

Thüringer Landtag**5. Wahlperiode****23. Sitzung****Mittwoch, den 16.06.2010****Erfurt, Plenarsaal**

Aktuelle Stunde	5
a) auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Schlussfolgerungen aus der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Bürgermeis- terwahlen am 6. Juni 2010“ Unterrichtung durch die Präside- tin des Landtags - Drucksache 5/1116 -	6
b) auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zum Thema: „Auswirkungen der Sparvorhaben des Bundes auf Thüringen“ Unterrichtung durch die Präside- tin des Landtags - Drucksache 5/1083 -	22
c) auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Aktuelle Situation von Opel in Thü- ringen nach den Empfehlungen des Lenkungsrats und des Lenkungsaus- schusses“ Unterrichtung durch die Präside- tin des Landtags - Drucksache 5/1094 -	35

d) auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Politische Schlussfolgerungen für Thüringen aus den aktuell vorgeleg- ten vorausschauenden Analysen für das Jahr 2020“	66
Unterrichtung durch die Präsiden- tin des Landtags - Drucksache 5/1119 -	
Fragestunde	81
Wahl der vom Thüringer Landtag zu wählenden Mitglieder der 14. Bundesversammlung	109
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 5/1118 - Neufassung -	

Die Sitzung wird um 14.01 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit großer Betroffenheit haben wir vom Tod unseres ehemaligen Kollegen Benno Lemke erfahren. Nach schwerem Leiden, immer auf Genesung hoffend, hat er den Kampf gegen die Krankheit verloren. Ich spreche den Angehörigen, seiner Lebenspartnerin, die heute auch hier sind, seinen Freunden und allen, die ihn kannten, im Namen der Abgeordneten des Thüringer Landtags mein tief empfundenes Beileid aus. Benno Lemke gehörte dem Landtag für die Fraktion der PDS, später DIE LINKE, mit Unterbrechung fast 11 Jahre lang an. In seiner politischen wie ehrenamtlichen Arbeit beschäftigte er sich unter anderem als Mitglied des Ausschusses für Bau und Verkehr und als Vorsitzender der Landesverkehrswacht besonders mit dem Gebiet der Verkehrspolitik. Benno Lemke wird uns als engagierter, streitbarer und fleißiger Abgeordneter in Erinnerung bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben und Benno Lemke zu gedenken.

Vielen herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Abgeordnete Dr. Voigt. Die Rednerliste führt der Abgeordnete Dr. Hartung.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Ministerpräsidentin ab 16.00 Uhr, der Abgeordnete Recknagel und der Abgeordnete Schröter.

Folgende allgemeine Hinweise: Zunächst möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Abgeordneten sowie den Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung für den Einsatz und ihr Engagement zum Tag der offenen Tür zu danken. Den diesjährigen Tag der offenen Tür haben wieder viele Thüringer genutzt, um einen Blick hinter die Kulissen eines Parlamentsbetriebs zu werfen. Wir waren „Parlament transparent“. Der Tag der offenen Tür war ein voller Erfolg. Das spiegelt auch die Resonanz in den Medien wider. Ich danke Ihnen nochmals insgesamt.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landespressekonferenz hat für morgen zu ihrem morgen traditionell stattfindenden Sommerfest eingeladen, das am Ende der Plenarsitzung gegen 19.30 Uhr beginnen soll.

Gestatten Sie mir folgende Hinweise zur Tagesordnung: Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, die Wahl in Tagesordnungspunkt 19 heute nach der Fragestunde, die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin am Freitag als ersten, den Tagesordnungspunkt 11 am Freitag als dritten und den Tagesordnungspunkt 13 am Freitag als zweiten Punkt aufzurufen.

Der Ältestenrat hat in Auswertung der Vorkommnisse bei der Wahl zu den Verfassungsrichtern des Freistaats Thüringen Veränderungen für den Ablauf von Wahlen beschlossen, welche ich Ihnen unmittelbar vor den heutigen Wahlen vorstellen werde.

Der Ältestenrat hat weiterhin einstimmig beschlossen, den Tagesordnungspunkt 2 und den Tagesordnungspunkt 3 gemäß § 29 Abs. 2 Geschäftsordnung in gekürzter Redezeit, also die Hälfte der Redezeit, zu behandeln. Die genauen Redezeiten der Fraktionen gebe ich Ihnen bei Tagesordnungspunkt 2 im Einzelnen bekannt.

Die angekündigten Beschlussempfehlungen des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit zu TOP 2 hat die Drucksache 5/1115. Dazu wurde ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/1117 verteilt. Weiterhin wird dazu ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/1131 verteilt.

Die angekündigte Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu Tagesordnungspunkt 3 hat die Drucksachenummer 5/1108. Als Berichterstatter wurde der Abgeordnete Hey benannt. Dazu wurde ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/1126 verteilt.

Weiterhin wurde dazu ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/1130 verteilt.

Der gemeinsame Wahlvorschlag zu Tagesordnungspunkt 19 hat die Drucksache 5/1118. Dazu wurde eine Neufassung verteilt.

Die Fraktion DIE LINKE hat zu Tagesordnungspunkt 20 keinen neuen Wahlvorschlag eingereicht; sie bittet gleichzeitig, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Zu Tagesordnungspunkt 21 - Fragestunde - kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/1095, 5/1098, 5/1099, 5/1100 und 5/1103 bis 5/1107 hinzu. Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert in Drucksache 5/1084 wird in Abstimmung mit der Landesregierung in der Plenarsitzung im August beantwortet.

Der Abgeordnete Kubitzki hat seine Mündliche Anfrage in Drucksache 5/1087 in eine Kleine Anfrage umgewandelt.

Die Landesregierung hatte bereits angekündigt, zu den Tagesordnungspunkten 9 und 12 von der Möglichkeit eines Sofortberichts Gebrauch zu machen. Außerdem wird sie zu den Tagesordnungspunkten 13, 15 und 16 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 Geschäftsordnung Gebrauch machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen CDU, SPD und FDP sind übereingekommen, anders als üblich, die Mittagspause nicht am Donnerstag, sondern am Freitag durchzuführen.

Die Fragestunde soll heute nur eine Stunde betragen. Sollten nicht alle Fragen abgearbeitet werden, sollen die restlichen Fragen am Freitag nach der Mittagspause aufgerufen werden. Ich frage zu diesem Punkt: Gibt es Widerspruch? Das sehe ich nicht.

Dann frage ich insgesamt: Gibt es Ergänzungen, Widerspruch zur Tagesordnung? Das sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 22**

Aktuelle Stunde

Die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die CDU haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für die einzelnen Themen beträgt jeweils 30 Minuten. Die Redezeit der Landesregierung bleibt unberücksichtigt. Die Redezeit für einen Beitrag eines Abgeordneten beträgt maximal 5 Minuten.

Ich rufe auf

**a) auf Antrag der Fraktion DIE LINKE
zum Thema:
„Schlussfolgerungen aus der niedrigen
Wahlbeteiligung bei den Bürgermeis-
terwahlen am 6. Juni 2010“**

Unterrichtung durch die Präsiden-
tin des Landtags
- Drucksache 5/1116 -

Als Erster hat sich der Abgeordnete Kuschel von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 6. Juni 2010 haben in rund 690 Thüringer Gemeinden Bürgermeisterwahlen stattgefunden. In 5 Gemeinden wurden hauptamtliche Bürgermeister gewählt, ansonsten ehrenamtliche Bürgermeister. Die Zahlen, die wir dabei vom Landeswahlleiter zur Kenntnis nehmen mussten, sollten uns alle zum Nachdenken bewegen. In 28 Gemeinden haben sich keine Kandidaten gefunden, um für dieses Amt zu kandidieren. In fast 500 Gemeinden gab es nur einen Kandidaten, der sich dem Votum der Wähler gestellt hat. Insgesamt gab es nur rund 900 Kandidatinnen und Kandidaten; denen ist zunächst von dieser Stelle her zu danken. Aber diese Zahlen sind natürlich kein Beleg, für eine lebhafte Demokratie auf kommunaler Ebene.

Wir müssen uns intensiv damit beschäftigen, warum immer weniger Menschen bereit sind, für ein solches Amt zu kandidieren. Eine Ursache aus unserer Sicht ist die gegenwärtige Situation in den Kommunen, insbesondere die sehr eingeschränkten finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Wenn natürlich nicht mehr viel zu entscheiden ist in einer Gemeinde, sondern nur noch letztlich der Mangel zu verwalten ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich dieser Herausforderung zu stellen. Deshalb sind wir in der besonderen Verantwortung, das Ermessen der Gemeinden sowohl rechtlich als auch finanziell so wieder auszugestalten, dass Kommunalpolitik zum Schluss auch etwas Spaß macht.

(Beifall DIE LINKE)

Ich meine, es gibt auch Menschen - dazu zähle ich mich -, die auch mit Mangel zurechtkommen und sich da immer noch sehr intensiv streiten können. Aber ich habe auch hohes Verständnis, wenn bestimmte Menschen sich dann verweigern und sagen, bei diesem Spiel machen wir nicht mehr mit. Deshalb unsere hohe Verantwortung und Sie wissen,

meine sehr geehrten Damen und Herren, über den Kommunalen Finanzausgleich müssen wir als Landesgesetzgeber letztlich dafür Sorge tragen, dass die Gemeinden tatsächlich noch Entscheidungsspielräume zur Verfügung haben. Gerade bei kleinen Gemeinden wird das Ermessen im Grunde genommen auf null reduziert. Dort, wo ehrenamtliche Bürgermeister tätig sind, gehören die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft an oder werden erfüllt und die Höhe der Kreisumlagen, die zu entrichten sind, und der Verwaltungsgemeinschaftsumlagen übersteigen in den meisten Fällen das eigene Steueraufkommen, so dass schon Landeszuweisungen verwendet werden müssen, um dort entsprechend überhaupt die Umlagen bezahlen zu können. Das heißt, für die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben und vor allem der sogenannten freiwilligen Aufgaben, davon lebt letztlich Kommunalpolitik, steht überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung.

Ein zweiter Komplex, auf den ich eingehen möchte und der uns genauso zum Nachdenken bewegen sollte, ist die Wahlbeteiligung. Nur noch 53 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben von ihrem Wahlrecht bei der Bürgermeisterwahl Gebrauch gemacht. Dort geht es ja nicht um irgendetwas, dort geht es um die Entscheidung, wer die Gemeinde in den nächsten sechs Jahren zu führen hat. Nur noch 53 Prozent, das ist die geringste Wahlbeteiligung seit 1990. Da hilft auch nicht, dass Herr Fiedler als innenpolitischer Sprecher es auf das schöne Wetter schiebt und sagt, gemessen an dem Sonnenschein an dem Tag war die Wahlbeteiligung noch vertretbar. Wenn das eine Begründung ist, dann fällt mir nichts mehr ein, sondern ich sage, nein, es gibt Ursachen dafür, weshalb die Menschen sich letztlich verweigern.

(Beifall DIE LINKE)

Eine Ursache ist natürlich, dass in 28 Gemeinden überhaupt kein Kandidat da war und in weiteren rund 500 Gemeinden nur ein Kandidat. Wenn man die Wahlergebnisse sich mal etwas näher betrachtet, wird man feststellen, dort, wo die Bürger eine Auswahl haben zwischen verschiedenen Kandidaten und zwischen verschiedenen Konzepten, da steigt auch die Wahlbeteiligung, zumindest tendenziell. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass sich wieder mehr Menschen finden, für die Kommunalwahl zu kandidieren. Eine weitere Ursache ist nach unserer und auch nach meiner Überzeugung der kapitale Fehler - den hat die CDU zu verantworten -, dass wir die Termine der Wahl für die Gemeinderäte, Stadträte und die ehrenamtlichen Bürgermeister entkoppelt haben, dass die Bürgermeister also separat gewählt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Begründungen, die dort angeführt werden, sind nicht mehr stichhaltig. Deshalb plädieren wir wieder für die Zusammenlegung der Wahltermine.

(Beifall DIE LINKE)

Das löst nicht alle Probleme, aber kann zumindest ein Beitrag dazu sein.

Eine letzte Anmerkung möchte ich machen: Das Wahlergebnis sollte uns auch noch einmal die Sicht darauf eröffnen, dass wir nun den Einstieg die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform brauchen, weil wir nur dann leistungsfähige Gemeinden bekommen, wo wir auch Bürger finden, die sich der Herausforderung eines Bürgermeisteramts stellen können, weil sie ein Ermessen haben, weil sie eine eigene Verwaltung haben und dergleichen, und da ist die Verwaltungsgemeinschaft nicht mehr das Zukunftsmodell. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Bergner von der Fraktion der FDP.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Gäste! Wer sich daran erinnert, wie sehnsüchtig die Menschen 1989 freie Wahlen friedlich erkämpft haben, muss heute natürlich dafür glücken, dass das Wahlrecht in seiner Wertigkeit nicht verkommt. Das gilt für alle Ebenen, meine Damen und Herren, und nicht nur für Kommunalwahlen.

(Beifall FDP)

Zugleich gilt aber auch, dass das Recht auf freie Wahlen das Recht beinhaltet, auf die Ausübung des Wahlrechts zu verzichten. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin ausdrücklich froh, dass heute keine Lautsprecherwagen mehr vor die Häuser von denen fahren, die nicht wählen gegangen sind, und sie dazu nötigen.

(Beifall FDP)

Eine realistische Sichtweise des Themas muss aber auch ein differenziertes Bild zeichnen. Gegenüber 2004 haben wir in der Tat eine Verringerung der Wahlbeteiligung um rund 10 Prozent mit landesweit 53,2 Prozent gegenüber 63,2 2004. Während aber im Vergleich 2006, da fanden ja auch Bürgermeisterwahlen statt, mit 48,4 Prozent eine um etwa 5 Prozent niedrigere Wahlbeteiligung zu konstatieren ist, das heißt im Klartext, dass der Tiefpunkt nicht in diesem Jahr erreicht worden ist. Dabei zeigt sich, meine Damen und Herren, eine weite Streuung landesweit, so dass ich schon denke, es kann kein einheitliches Bild sich ableiten lassen. Von etwa knapp 20 Prozent in Ziegelheim streut sich das bis rund 94 Prozent in Ködderitzsch im Weimarer Land. Es zeichnet sich aus meiner Sicht das Bild ab, dass vor allem bei kleinen Gemeinden die Wahlbeteiligung tendenziell höher ist, als es etwa in größeren Gemeinden ist, das heißt, die Wahlbeteiligung ist vor allem dort größer, wo die Menschen für sich selbst die Chance ausmachen zu partizipieren an dem Geschehen ihrer Gemeinde.

(Beifall CDU, FDP)

Gleichzeitig muss man auch sehen, dass eine niedrige Wahlbeteiligung kein ausschließlich thüringisches Problem ist.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das macht die Situation nicht besser.)

Nein, Sie können da auch in andere Bundesländer schauen, da ist es nicht viel anders. Die Ursachen können dabei sehr unterschiedlich sein, Unzufriedenheit mit den zur Verfügung stehenden Kandidaten oder auch, wie Kollege Kuschel gerade sagte, wenn nur ein Kandidat da ist, die Sicherheit, er wird es sowieso, deswegen muss ich gar nicht erst von zu Hause weg, mangelndes Interesse, manchmal auch Zufriedenheit mit den persönlichen Verhältnissen, wo man sich sagt, mir geht es gut, warum soll sich was ändern, dafür will ich gar nicht los, bis hin zu dem - und das stimmt auch - Thema Ausflugs Wetter, wo der eine oder andere sagt, heute könnte ich viel lieber etwas mit der Familie unternehmen, auch das ist in der Tat so.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist zu einfach.)

Gleichwohl ist es wichtig, sich Gedanken zu machen, worin jeweils die Ursachen zu suchen sind. Ich denke, da sind auch die hier im Hause anwesenden Parteien aufgerufen, in einer deutlich größeren Breite, als wir das jetzt verzeichnen konnten, Angebote zu unterbreiten. Da bin ich durchaus ein Stück weit bei ihnen. Und wir müssen uns auch Gedanken machen, wie mehr politische Partizipation in den Gemeinden stattfinden kann, wie mehr politische

Partizipation der Bürger angeboten werden kann. Das heißt für mich auch, Gebilde nicht plattzumachen, die die Menschen in den Gemeinden selbst wollen. Es muss aber auch die Frage erlaubt sein, ob in jedem Fall Medien ihrem Informations- und Bildungsanspruch angemessen gerecht werden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich denke schon, dass gerade auch auf der kommunalen Ebene viel zu wenig in Fernsehen, Radio, aber auch Zeitungen berichtet wird, viel zu wenig den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land vermittelt wird, was dort tatsächlich an Arbeit geleistet wird

(Beifall FDP)

und was vor allem auch der Einzelne eigentlich mit seinem Engagement in der Kommunalpolitik an Einflussmöglichkeiten hat.

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, handelt es sich um ein Thema, das immer wieder großer Aufmerksamkeit und Sensibilität bedarf und für das es, wie ich meine, keine einfachen und keine abschließenden Antworten geben kann. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir beraten heute vom Kollegen Kuschel und der LINKEN den Punkt „Schlussfolgerungen aus der niedrigen Wahlbeteiligung“. Ich möchte beginnen, indem ich erstens Dank sage an alle Wahlhelfer, die sich freiwillig zur Verfügung gestellt haben, und an alle, die mitgemacht haben, dass überhaupt Wahlen durchgeführt werden konnten.

(Beifall im Hause)

Dann möchte ich weiterhin Dank sagen und gratulieren, den Bürgermeister, die gewählt wurden, egal von welcher Partei.

(Beifall im Hause)

Ich glaube, auch das ist notwendig, dass sich überhaupt welche bereit erklären und das sie mitmachen. Das, denke ich, ist gut und wir wollen und können natürlich mit den Prozenten nicht zufrieden sein, da stimme ich ihnen zu, Herr Kollege Kuschel. Es fällt schwer, einmal zuzustimmen, aber es ist nun mal so, es könnte auch deutlich mehr sein. Nun kann man die Ursachenforschung wirklich weit betreiben. Ich könnte das, was Kollege Bergner gesagt hat, eins zu eins unterschreiben, aber ich will ja wenigstens noch ein bisschen was beitragen.

(Beifall FDP)

Nur mal eins: Es macht auch Spaß, als Bürgermeister zu arbeiten.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ja, genau.)

(Beifall CDU, FDP)

Ich rede aus Erfahrung und es gibt hier noch ein paar, die mitmachen oder länger mitgemacht haben. Natürlich hat man genauso wie in anderen Ämtern Verdruss, dass man sich mal ärgert über den einen oder anderen Bürger oder dieses und jenes, aber es macht Spaß. Und ich widerspreche der Aussage, dass man nicht mitgestalten kann - man kann mitgestalten, man kann vieles machen. Fragen Sie mal Ihre Kollegin Bürgermeister vor Ihnen, Herr Kuschel, der macht das richtig Spaß, man sieht es ihr an. Deswegen ist es notwendig, dass man wirklich mitmacht, mitgestaltet, wir haben genügend Möglichkeiten. Ich denke besonders in den kleineren Orten an die Dorferneuerung, was wir dort geschafft haben, was dort vorangekommen ist, auch bei der Städtebauförderung, etc. Ich will ein paar Beispiele herausgreifen, weil wir dort vieles gestaltet haben, auch in kleineren Gemeinden. Die haben ihr Geld zusammengenommen, haben es angespart und dann entsprechende Dinge durchgeführt. So haben es auch größere Gemeinden gemacht. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Vielen Dank, ich hatte nämlich das schöne Buch „Kommunalwahlen in Thüringen“ liegenlassen. Das kommt von unserem Thüringer Landesamt für Statistik. Ich habe mir das noch mal eingehend angeschaut. Dort kann man nachlesen, dass in der Regel - man findet immer Ausnahmen und andere Dinge - die Wahlbeteiligung in den kleineren Gemeinden sehr hoch ist, Gott sei Dank sehr hoch. Oft ist es so, je größer die Gemeinden oder Städte werden, umso schlechter ist das Wahlergebnis. Auch das muss uns zu denken geben, dass die Wahlbeteiligung im ländlichen Raum oder in kleineren Einheiten hoch und in größeren

kleiner ist. Das bringt mich und uns dazu, dass wir nicht immer nur in größeren Einheiten das Gute sehen, sondern auch in kleineren Einheiten, denn da kommt das bürgerschaftliche Engagement durch, da die Leute wissen, es geht um mein Dorf, es geht um meine Dinge, es geht um dieses und jenes.

Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, Herr Kuschel, Sie haben das mit dem schönen Wetter aus der Presse aufgegriffen, natürlich hat das schöne Wetter auch eine Rolle gespielt, das ist nun mal so. Aber nicht nur das schöne Wetter. Es sind auch viele in den Gemeinden, die sagen, ich habe eine sehr gute Bürgermeisterin, ich habe einen sehr guten Bürgermeister, der steht wieder auf der Liste, da weiß ich ganz genau, es ist kein anderer da, der wird es, also gehe ich gar nicht erst hin. Die müssen wir dazu bringen, dass sie hingehen - richtig. Ich denke mal, auch das spielt eine Rolle, dass man nicht zu allen Dingen unbedingt hingehen muss, weil man weiß, der wird es sowieso und der macht seine Aufgabe weiter. Ich denke, dass das solche Dinge sind, die wir wirklich genau anschauen.

Ich bin froh, Kollege Bergner hat es gesagt, ich will das nur verstärken, dass es keine fliegende Wahlurne mehr gibt und wir haben auch keine Wahlpflicht. Es gibt Länder, die haben Wahlpflicht, aber ich bin der Meinung, wir haben die Demokratie gemeinsam erstritten, jedenfalls die, die mitgemacht haben. Da sollten wir jetzt nicht Wahlpflicht oder so etwas wieder einführen. Wir sollten dafür werben, auch dort können wir uns alle mit einbeziehen. Ich stimme auch dem zu, dass die Medien, zumindest die öffentlich-rechtlichen, wirklich so eine Kommunalwahl mit fast 700 Orten etwas ausführlicher hätten bringen können. Ich gehe von mir aus, ich habe in meinem Dorf keine Werbung gemacht, auch nicht noch mal rumgeschickt, was alles schön und gut ist, das wissen die Leute selber. Aber dem einen oder anderen sollte man solche Dinge noch einmal darstellen, sollte entsprechende Publikationen machen. Lange Rede, kurzer Sinn - auch die Entkopplung der Wahl wird überhaupt nichts bringen. Wir bleiben dabei, es hat sich bewährt. Ich wünsche mir, dass sich weiterhin viele ehrenamtlich zur Verfügung stellen und wünsche allen Bürgermeistern alles Gute und dass sie viel gestalten können.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fiedler. Als nächstes spricht der Abgeordnete Meyer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mir zunächst erlauben, Herrn Fiedler noch ein bisschen zu unterstützen. Ich danke hier an dieser Stelle auch ausdrücklich allen Wahlhelferinnen

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und nicht nur den Wahlhelfern. Herr Fiedler, das kriegen wir gemeinsam noch hin, denke ich mal.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Für mich sind das alles Wahlhelfer.)

Also, dann machen Sie doch einfach nur Wahlhelferinnen, denn die große Mehrheit behauptet sind Frauen, die helfen, und zur Wahl stehen die Männer. Mehrheitlich. Auch das ist eine Tatsache, das können Sie übrigens in dem schönen Buch, was Sie gerade hatten, nachlesen.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Sie haben ja so recht.)

Herr Emde gibt mir auch schon recht. Was ist denn heute hier los?

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Gemeinden geht es nicht um den Weltfrieden, in den Gemeinden geht es um örtliche Prozesse. Da muss ich natürlich dann anfangen, mit Herrn Fiedler ein bisschen über Kreuz zu kommen. Sie können die Argumentation tragen und sagen: In kleinen Gemeinden ist die Wahlbeteiligung höher, das zeigt, dass kleine Gemeinden leistungsfähiger sind. Ich bestreite das nicht, aber überlegen Sie sich bitte mal, warum das so ist. Es gibt zwei Argumente - eine sozialpsychologische Begründung: In Gemeinden unter 400 Einwohnern kann ein Bürgermeister noch jeden Einwohner kennen. Mehr als 400 Menschen können Sie nicht kennen, das hat etwas mit unserer Gehirnkapazität zu tun.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Also ich kenne meine fast 500.)

Das ist so. Wenn Sie aber hingehen wollen ...

(Unruhe CDU, SPD)

Ausnahmetalente jetzt mal weggenommen.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu möchte ich gar keine weiteren Worte machen. Aber es bleibt trotzdem dabei: 400 Erwachsene Personen sind das Maximum, was man kennen kann als Mensch. Das ist keine Ausrede, die ich mir ausgedacht habe. Das Problem, was meiner Ansicht nach besteht, ist, dass kleine Gemeinden dieser Größenordnung regelmäßig bestimmte Probleme gar nicht mehr lösen können. Das hat mittlerweile sogar die Landesregierung und übrigens auch die CDU-Fraktion eingesehen, indem sie so etwas wie Landgemeinden kreierten und sagten, unter 3.000 geht es gar nicht mehr. Bei 3.000 Menschen können Sie nicht mehr jeden kennen und bei 3.000 Menschen haben Sie eine Wahlbeteiligung, die ähnlich ist wie bei 5.000 oder 10.000 Einwohnern. Auch das können Sie in Ihrem Buch gerne nachlesen. Das heißt, das zentrale Thema sind zwei andere Aspekte bei der Frage gerade der Bürgermeisterwahl. Das Erste ist die Frage, Talente zu finden, die auch tatsächlich Bürgermeisterin oder Bürgermeister sein wollen und können. Ich will ja nicht ausschließen, dass auch in den Fällen, wo nur eine Person zur Wahl gestanden hat, genau die richtige Person zur Wahl stand, wo sich alle anderen gesagt haben, ich brauche dagegen nicht anzutreten, dieser Mensch ist gut geeignet. Das gibt es tatsächlich, das kenne ich auch aus eigener Erfahrung, aber die Regel ist das nicht, und garantiert nicht in den Kommunen, in denen man mehr oder weniger auf Knien rutschend zu den Leuten gegangen ist und gesagt hat: Mach es bitte noch mal, du wolltest zwar nicht mehr, aber ohne dich haben wir gar keinen, der es machen will. Oder noch schlimmer ist, dass irgendwelche Namen auf irgendwelche Zettel geschrieben worden sind.

Nebenbei bemerkt haben auch einige meiner Vorredner zu Recht darauf hingewiesen, dass auch das Thema steht, dass man Talente auch aussuchen können muss, und zwar auch auf dem Wahlzettel. Das spricht alles für größere Strukturen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für größere Strukturen spricht auch, dass Menschen Verantwortung tragen wollen. Schauen Sie doch mal genau hin, wer als Bürgermeister kandidiert gerade in den Gemeinden, die in Wirklichkeit zweigeteilt sind - in das alte Dorf und das neue Dorf oder das alte Dorf und die neue Siedlung. Wer kandidiert für den Bürgermeisterposten? Ich sehe Kopfschütteln, Herr Emde, bei Ihnen. Aber, ich versichere Ihnen, auch diese Beispiele kennen wir, dass sich dieses Thema noch nicht gelöst hat, weil die Zugezogenen sagen: Diese Themen sind mir

einfach zu popelig; ich möchte, wenn ich schon etwas tun kann, auch mehr tun können, als bloß die Frage zu klären, wann die Straßenreinigung eine Straße befährt oder nicht.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Zum Beispiel das Weltklima retten.)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Da hat er recht.)

Zum Beispiel das Weltklima retten, das wäre ein Beispiel, ja.

Letzte Bemerkung, wenn Sie schon sagen, wir wollen mehr Verantwortung in die Gemeinden holen und mehr Talente finden, dann wäre auch eine Argumentation, zu sagen: Wie wäre es denn mit dem Wahlalter auf 16 Jahre runter?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau dann würden Sie nämlich die Leute zum Wählen bringen, die meistens auch von dem Thema belastet sind, was die Gemeinden angeht, nämlich z.B. die schlechte Jugendförderung in den Gemeinden. Also noch einmal ganz deutlich: Wenn Herr Fiedler sich zitieren lässt in einer CDU-Postille, das Wahlrecht unter 16 Jahre ist unter Jugendlichen selbst umstritten und außerdem sind Jugendliche noch keine uneingeschränkt für sich selbst verantwortlichen Erwachsenen, dann freue ich mich mit Ihnen gemeinsam auf die Debatte zum Fahren begleitet mit 17 Jahren, weil Sie genau dann wieder merken, wo Sie die Argumentation nicht mehr tragen. Entweder wir nehmen die Leute ernst und dann gehen sie auch zur Wahl, dann stellen sie sich auch zur Wahl und dann haben wir auch wieder die Chance, dass nicht nur ein Mann ...

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Beim Fahren mit 17 brauchen Sie eine Begleitperson.)

Ich glaube, unsere Lehrerinnen und Lehrer sind schlau genug, bis 16 Jahre den politischen Unterricht so gut gemacht zu haben, dass die Leute auch wissen, wen sie wählen dürfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davon bin ich fest überzeugt. Ich möchte Ihnen noch einen draufsetzen ein bisschen pointiert, beim Wählen geht es regelmäßig nicht um Leben und Tod, beim Autofahren in der Regel schon.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Unglaublicher Vergleich!)

Aus diesem Grund sorgen Sie dafür, dass mehr Talente nach vorne kommen und dann bekommen wir auch wieder bessere Bürgermeisterwahlen hin. Danke.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Ein unglaublicher Vergleich.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Hey.

Abgeordneter Hey, SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich nach den Bürgermeisterwahlen vor anderthalb Wochen mit einigen Leuten im Wahlkreis unterhalten. Natürlich haben wir auch über die Wahlbeteiligung gesprochen, die lag in den meisten Orten so im Schnitt bei rund 50 Prozent. Das ist ja auch so der Thüringentrend. Wenn rund die Hälfte der Leute, die wählen können, zu Hause bleiben, ist das natürlich sehr beunruhigend. Aber man muss sich natürlich auch - das ist hier eben schon angesprochen worden - immer mal in den Gemeinden vor Ort anschauen, wie ist es denn da gewesen. Es gab in vielen Wahlkreisen etliche Orte, die hatten nur - wir haben es gehört - einen einzigen Kandidaten auf dem Wahlschein. Da gab es durchaus Menschen, die zu mir gesagt haben, es ist eigentlich völlig egal, wenn der hingehet und sich selbst ankreuzt - das kann er nämlich - und ein paar aus seiner Familie und Freunde und vielleicht noch der Keglerklub, dann ist er ohnehin gewählt, das ist keine spannende Veranstaltung, da gehe ich nicht hin.

(Beifall DIE LINKE)

Ob diese Leute nun damit recht haben oder nicht, es drängt sich natürlich auch die Frage auf, warum es in so vielen Gemeinden überhaupt keine Rangelei um den Bürgermeisterposten gibt. Es gibt ja auch Kommunen - das haben wir vorhin gehört, 28 an der Zahl -, da gab es überhaupt keinen Kandidaten. Da hat der Wahlleiter dann aufgerufen und hat gesagt, schreiben sie doch auf den Zettel wenn möglich Name, Alter und Beruf. Da muss man sich das auf der Zunge zergehen lassen, da sind die Leute in eine Wahlkabine

gegangen und hatten einen leeren Wahlschein. Das ist eigentlich unglaublich. Wenn wir heute in dieser Aktuellen Stunde darüber reden, dann ist eigentlich unser Faktum das, dass der Wahl nicht nur die Wähler verloren gegangen sind, sondern auch die Kandidaten, die überhaupt zur Wahl stehen können. Das ist etwas, das heute hier auch zur Sprache gekommen ist.

Ich reflektiere jetzt mal auf die Anfrage der LINKEN oder bzw. auf die Thematik, die heute gestellt wurde, es geht um die Menschen, die immer mehr zu Hause bleiben und die nicht zur Wahlurne gehen, also um die Wähler. Wir haben eben schon von Herrn Meyer gehört, eine Antwort auf die Frage, warum das so ist, könnte sein, dass man sagt, probieren wir es doch mal mit der Absenkung des Wahlalters. Das haben wir im Plenum hier ja auch schon diskutiert. Sie wissen, Herr Meyer, wir befürworten ja übrigens diese Regelung. Nur ist es so, das muss man fairerweise auch sagen, in sehr vielen Ländern, in denen das Wahlalter bereits unter 18 gilt, ist bestätigt worden, dass dort nicht etwa die Demokratie zusammengebrochen ist, dass es aber auch keine signifikante Erhöhung der Wahlbeteiligung um 5, 10 oder gar 15 Prozent gegeben hat.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist also wahrscheinlich auch nicht die Patentlösung. Man muss auch klar sagen, es fehlen bei den Wahlen ja nicht nur die Wähler wie jetzt bei den Bürgermeisterwahlen am 6. Juni 2010, das ist ein Trend, den wir ja schon seit mehr als anderthalb Jahrzehnten beobachten können. Wenn man sich vor Wahlen oder auch nach Wahlen mit Leuten unterhält und sie fragt, warum sie denn nicht wählen gegangen sind, dann sagen sie frank und frei heraus, ich gehe da nicht hin, weil das nichts bringt, weil die ja sowieso machen, was sie wollen. Damit meinen sie die Politiker und meistens sagen sie dann noch „die da oben“. „Die da oben“, das sind mittlerweile auch wir, also damit meinen sie auch uns. Das ist die entscheidende Frage, die ich für ungemein wichtig halte: Wie kommt es, dass die Leute den Eindruck haben, sie können nichts mehr ändern, ihre Stimme ist gar nicht mehr wichtig, sie werden nicht mehr gefragt? Woher kommt das? Wenn man sie zurückholen will an die Wahlurnen, dann muss man die Frage stellen: Wie schafft man es, dass die Leute gern und bereitwillig zur Wahl gehen, weil sie das für wichtig erachten. Ich glaube deshalb jenen Experten, die sagen, wenn wir die Leute, wenn wir die Wählerinnen und Wähler mehr einbinden in die Entscheidungen, die getroffen werden in den kleinen und auch in den großen Parlamenten, wenn sie sich einbringen können, z.B. bei einem Verfahren, wenn ein Gesetz entsteht, wenn auch nur ein klitzekleines Stück von ihnen als Idee in diese Gesetzgebungsverfahren zum Beispiel mit hineinfließen kann, wenn sie etwas machen können bei der Gestaltung eines Platzes in ihrer Innenstadt oder bei der Verlegung einer Straße, also bei all dem, was täglich entschieden wird in Gemeindestuben, in Rathäusern oder auch zum Beispiel hier im

Landtag, dann werden sie auch wieder mehr Anteil nehmen an dem, was politisch um sie herum geschieht. Wir haben ja beispielsweise hier im Haus auch schon darüber gesprochen, ob es eine Variante wäre, Gesetzgebungsverfahren zum Beispiel öffentlich auf einer Internetplattform zur Diskussion zu stellen. Das ist ja eine dieser Möglichkeiten, das alles ein wenig transparenter zu machen. Wir fänden das gut, einen Weg zu finden, wie wir die Menschen mehr an den Verfahren auch hier im Hause beteiligen können. Wir müssen in diese Richtung weiter diskutieren. Wir haben dazu natürlich jeder nur fünf Minuten Zeit und ich schätze, wir werden auch heute keine probate Allgemeinlösung für dieses Problem finden, aber es ist sehr gut, dass wir das Thema heute aufgegriffen haben, weil, wenn das so weitergeht, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der sinkenden Wahlbeteiligung, wenn immer weniger Menschen zur Wahl gehen, dann wird es nicht mehr allzu lange dauern, dass ganz andere politische Kräfte das ausnutzen. Die haben dann eine Klientel, das geht hundertprozentig zur Wahl. Das geht nicht nur zur Wahl, ich sage es einmal despektierlich, die marschieren dann zur Wahlurne. Diese Gefahr ist sehr real und das kann uns eigentlich nicht egal sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Fiedler.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, es sind ja nun einige Dinge ausgetauscht worden. Ich will noch einmal auf einiges eingehen. Ich denke, es wäre auch die Pflicht und Schuldigkeit der Parteien, sich hier etwas mehr einzubringen in das ganze Geschehen. Denn auch das ist im Grundgesetz mit vorgesehen und in der Verfassung. Ich will noch einmal daran erinnern, zumindest ist die CDU noch die Einäugige unter den Blinden. Wir haben 133 Mandate, also 22,1 Prozent, DIE LINKE 7 Mandate, 2,5 Prozent, die SPD 20 Mandate, 5,9 Prozent, FDP 9 Mandate, 1,6 Prozent, die GRÜNEN haben überhaupt keine Kandidaten, also keine Verbundenheit mit dem Volk, das ist klar, da ist gar nichts da,

(Beifall SPD)

Sonstige 520 - 68 Prozent. Wir wissen aber - deswegen will ich noch einmal an alle Parteien appellieren -, dass man sich hier ein bisschen mehr Mühe gibt und dass man versucht, auch das zu verbreitern. Wir wissen doch, wie es im Lande ist. Unter den sogenannten Sonstigen sind doch so viel engagierte Menschen in dem Dorf; ob das die Feuerwehr ist, ob das der

Faschingsverein ist, der Sportverein ist, weil es keine Partei in dem Ort gibt. Die Parteienbindung fehlt, die ist überhaupt nicht da. Deswegen finden sich so viele andere. Das muss doch aber deswegen nicht verwerflich sein. Wir können froh sein, dass überhaupt so viele mitmachen. Das ist doch ein Positivum, was man auch einmal zur Kenntnis nehmen sollte. Aber man sollte auch mal bei sich anfangen. Herr Meyer, ich weiß, dass die GRÜNEN wie auf einem klapprigen Gaul reiten mit ihren Wahlhelfern und -helferinnen. Ich meine natürlich die Wahlhelferinnen mit. Da gibt es überhaupt keine Frage. Ich sage auch nicht Mensch oder Menschen, das mögen Sie ruhig immer machen. Ich meine natürlich die Frauen mit. Da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall FDP)

Die sind ausdrücklich sehr engagiert und machen ausdrücklich mit. Aber muss man das nun 20 Mal immer wieder herbeten? Wenn es sein muss, dann machen Sie es.

Zu den 16 Jahren, Herr Kollege Hey, Sie sind auch in dieser Richtung etwas aktiv. Mit den 16 Jahren wird es auch nicht besser, Sie haben es noch mit eingeflochten. Schauen Sie nach Rheinland-Pfalz, was dort los ist und wie die damit umgehen. Da wissen wir, was los ist. Es gibt dort ganz andere Erfahrungen vor Ort. Wir haben das schon öfters diskutiert, ob das Jugendparlamente sind, ob das andere Dinge sind, die angeboten werden. Das geht so lange, wie sich noch welche finden, die da engagiert mitmachen. Sobald die zum Studium gehen oder zu einer Lehre, bricht meistens das Ganze zusammen. Es wird damit nicht signifikant besser.

Sie, Herr Meyer, Sie brachten das mit dem begleiteten Fahren mit 17 Jahren. Wollen Sie denn bei dem 16-Jährigen einen Begleiter mitgeben, damit er das Richtige ankreuzt? Das habe ich nicht verstanden, wie Sie das gemeint haben. Das Ganze wäre vielleicht noch mal zu betrachten.

Ich glaube, wir sollten eines mal zur Kenntnis nehmen, wir haben nach der Wende - nein, das soll ich nicht sagen -, nach dem friedlichen Ende der DDR, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, außer denen, die nicht mitgemacht haben, sollten wir ausdrücklich

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es soll auch Blockflöten gegeben haben.)

Es soll auch Blockflöten gegeben haben. In Kirchengemeinden haben viele Blockflöten gespielt, da gebe ich Ihnen recht. Da gebe ich Ihnen völlig recht, dass es da jede Menge gab und da kamen auch gute Töne raus.

Mir geht es einfach darum, dass wir das jetzt erreicht haben. Ausgerechnet auf der kommunalen Ebene, wo eine große Verbundenheit wirklich vorhanden ist, da kommen wir auf eine Größenordnung - ich glaube, Sie, Herr Meyer haben das gesagt - von 3.000, 5.000. Ich bin sehr dafür, dass wir nun endlich das Gesetz mit einer Mindestgröße von 3.000 Einwohnern für die Einheits- und Landgemeinden auf den Weg bringen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Dauerhaft!)

Dauerhaft, na klar. Da sind wir uns doch einig - voll und ganz einig. Auch bei VGs mit mindestens 5.000 Einwohnern - dauerhaft. Da sind wir uns doch vollkommen einig. Wir haben aber einen Vorteil bei den Landgemeinden, wenn sie sich umwandeln zu Landgemeinden, haben wir die Möglichkeiten der verschiedenen Ortsteile, die dann auch alle mit wählen gehen. Ich denke, das sehe ich dort nicht so tragisch, wie das in größeren Einheiten ist. Denn dort haben wir oft die Probleme, dass es dann wirklich schwierig ist. In einem Dorf kennt noch jeder jeden. Es mag bei Ihnen anders sein. Ich bin kein Superhirn, wahrlich nicht, aber wer dann 20 Jahre in so einem Dorf wohnt, der kennt seine Leute. Da Sie keine Bodenverbundenheit haben, das sieht man ja, können Sie das nicht wissen.

(Beifall DIE LINKE)

Das kriegt man auch hin, ohne dass man besonders viele graue Zellen hat. Ich denke, das ist auch wichtig in dieser ganzen Geschichte, wenn man das nicht kaputtredet. Wir hatten 2006 schon mal weniger. Das soll uns nicht dazu bringen, dass wir nichts machen.

Ich rufe alle Parteien auf, dass sie sich mehr um die Wähler kümmern. Ich rufe die Wähler auf, dass sie wählen gehen, damit sie mitgestalten können. Ich glaube, da kommen wir ein Stück voran.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fiedler. Wir haben keine Redezeit mehr für die Abgeordneten. Die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet mit Herrn Innenminister Prof. Huber.

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Wahlbeteiligung ist ein rechnerischer Durchschnittswert. Im Gegensatz zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, bei denen in der Tat nur eine Wahl mit einer Wahlbeteiligung zu betrachten ist, setzt sich dieser Durchschnittswert bei den Kommunalwahlen aus Ergebnissen einer Vielzahl von Einzelwahlen mit örtlicher Bedeutung und örtlichen Gegebenheiten zusammen. Bei den Bürgermeisterwahlen vom 6. Juni 2010 waren es 689 einzelne Wahlen, für die sehr unterschiedliche Wahlbeteiligungen ermittelt wurden. In dem Landesdurchschnittswert von 53,2 Prozent flossen Quoten von 19,9 Prozent (Gemeinde Ziegelheim im Landkreis Altenburger Land) bis zu 97,9 Prozent (Gemeinde Gerstengrund im Wartburgkreis) ein. Aus dem Durchschnittswert ist nicht einmal ablesbar, in welchen Gemeinden die Wahlbeteiligung gesunken ist. Erst recht können keine belastbaren Aussagen über bestimmte Ursachen für das Sinken der Wahlbeteiligung gemacht werden. Obwohl auch die Landtags-, Bundestags- und Europawahlen eine große Bandbreite in den Wahlbeteiligungsquoten der einzelnen Gemeinden aufweisen, spielen bei den Kommunalwahlen die örtlichen Probleme und die Persönlichkeit der zur Wahl stehenden Kandidaten die entscheidende und dominierende Rolle.

(Beifall CDU)

Die Landesdurchschnittswerte bei den verschiedenen großen kommunalen Wahlrunden seit 1994 lassen kaum Rückschlüsse auf einen Trend zu. So unterscheiden sich etwa die Durchschnittswerte nach den Wahlformen. Bei der Wahlform mit Bindung an mindestens zwei Wahlvorschläge - das ist eingangs gesagt worden - ist der Landesdurchschnittswert höher als bei der Wahlform ohne Bindung an den Wahlvorschlag. Die Relativität von Durchschnittswerten zeigt sich allerdings z.B. an den beiden Gemeinden mit der niedrigsten und der höchsten Wahlbeteiligung. In beiden wurde die Bürgermeisterwahl ohne Bindung an Wahlvorschläge durchgeführt. Ob der Wahlbeteiligte und Wahlberechtigte sein Wahlrecht wahrnimmt oder nicht, ist zudem in jedem Einzelfall in erster Linie eine höchstpersönliche Entscheidung. Solchen Entscheidungen liegen ganz unterschiedliche Motive zugrunde: Desinteresse, Zufriedenheit oder bewusstes Abseitsstehen, natürlich auch banale Gründe wie schönes Wetter. Weder aus dem Durchschnittswert aller Bürgermeisterwahlen noch aus der Wahlbeteiligungsquote in den einzelnen Gemeinden können meines Erachtens Rückschlüsse auf die Motivation der Wahlberechtigten, die zur Wahl gegangen sind, und damit zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung gezogen werden.

Im Übrigen ist eine geringe Wahlbeteiligung ein Phänomen, das auch mit Blick auf alle anderen Länder zu beobachten ist mit anderer Kommunalverfassung und bei ganz unterschiedlichen Wahlsystemen. Das gilt selbst für das Ausland. Etwa in der Schweiz sank die Wahlbeteiligung trotz ihrer direkten Demokratie in den letzten Jahren erheblich und liegt

bei knapp über 40 Prozent. Ausdruck der Staatsverdrossenheit oder mangelnde Akzeptanz der Demokratie ist diese Wahlbeteiligungsquote nicht und es gibt kein Politikwissenschaftler, der diese Interpretation anbietet.

Es gibt auf kommunaler Ebene jede Menge zu entscheiden. Der eigene Wirkungskreis, auch bei den Angehörigen von Verwaltungsgemeinschaften, umfasst alle Dinge, die das Zusammenleben und Wohnen vor Ort betreffen. An den Zuständigkeiten liegt es nicht, sonst hätten wir auch auf Bundesebene keine sinkenden Wahlbeteiligungen; schon gar nicht liegt es an der Finanzausstattung der Kommunen, wie es der Abgeordnete Kuschel zu insinuieren versucht hat. Sowohl für Wahlen auf nationaler Ebene als auch im kommunalen Bereich gilt: Entscheidend für die Beteiligung ist nicht die Finanzausstattung, entscheidend sind die spezifischen und ganz unterschiedlichen Verhältnisse vor Ort. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Damit beende ich die Aktuelle Stunde zum Punkt a und rufe auf den **zweiten Teil der Aktuellen Stunde**

b) auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN zum Thema:

**„Auswirkungen der Sparvorhaben des
Bundes auf Thüringen“**

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags

- Drucksache 5/1083 -

Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Meyer.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in fünf Minuten über das was Frau Merkel das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik genannt hat zu reden, ist relativ schwierig, deshalb nur einige allgemeine Bemerkungen, bevor ich dann zu drei Aspekten komme, die mir wichtig sind.

Ich halte die von der Bundesregierung uns aufoktroierten Sparbemühungen für sozial ungerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Stichwort heißt „mangelnde Beteiligung von Besserverdienenden an den Sparbemühungen“. Ich habe es mit Freude zur Kenntnis genommen, dass auch unsere Ministerpräsidentin mittlerweile in dieses Horn bläst und sagt,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Streichung des Elterngeldes bei Hartz IV ist eine soziale Katastrophe. Da kann ich Frau Lieberknecht nur recht geben.

Die Vorschläge der Bundesregierung sind nicht ausreichend, sie halten mal gerade so die Mindeststandards ein, die die Schuldenbremse uns vorschreibt. Die Finanzlast, die Deutschland tragen muss, ist weiterhin viel zu hoch, das wissen wir alle, keiner kann seriös auf diese Art und Weise nachweisen, wie wir in der Zukunft ohne dramatische Geschichten wie beispielsweise Hyperinflation dieses Problem lösen wollen.

Das Sparpaket ist auch immanent relativ schwierig, ich möchte nur daran erinnern, dass darin solche banalen Sachen vorkommen wie eine Globale Minderausgabe in 2014. Kein Mensch weiß zurzeit, was man damit meinen will. Auch die Kürzung von sogenannten disponiblen Ausgaben, auch wenn es in diesem Fall zum Großteil die Bundeswehr betrifft, ist natürlich ohne jede Untersetzung. Das ist einfach reingeschrieben worden, um den Sack zuzubinden.

Schlimmer finde ich noch, dass es keinerlei Zusatznutzen für den gesellschaftlichen Umbau bietet, was uns dort geboten wird. Eine kleine Bemerkung dazu, die Verkehrssubventionen sind innerhalb von zwei Jahren von 2006 bis 2008 um sage und schreibe 3,4 Mrd. € gestiegen, nicht gesunken, gestiegen. Wer in diesem Bereich hinget und sagt, ich habe noch 500 Mio. €, die ich der Bundesbahn abknapsen will, ansonsten bleibt alles wie bisher, der hat nicht verstanden, wohin Nachhaltigkeit wirklich gehen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dazu kommen wir heute noch im Verlauf dieser Debatte.

Es hat in dem Sinne auch keinen Zusatznutzen für die ökologische Umsteuerung. Ökologische Umsteuerung heißt auch, dafür zu sorgen, dass der Frieden in der Welt eine Chance bekommt, denn wir haben zunehmend damit zu tun, dass wir nicht nur im Golf von Mexiko, sondern auch in anderen Gegenden für unser Öl kriegerische Auseinandersetzungen führen lassen. Ich möchte daran erinnern, was gerade in Afghanistan passiert. All das kommt in diesem Thema überhaupt nicht vor, außer nachher bei dem Thema der Bundeswehr.

Jetzt zu einigen konkreten Aspekten, die mir wichtig sind, die bislang, wie ich finde, in der Debatte überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen sind. Für Thüringen: Die Bundesregierung will eine Brennelementesteuer einführen. Damit verbunden, das ist allgemein bekannt, soll eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland sein. Das hat natürlich dezidierte Auswirkungen für alle, die in Thüringen leben und arbeiten und die Zukunftsinvestitionen im Bereich Sonne und Wind produzieren helfen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die werden darunter direkt leiden. Die Bundesregierung gefährdet, um es zugespitzt zu sagen, Arbeitsplätze in Thüringen auf diese Art und Weise.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was das eigentlich bedeutet, werden wir dann merken, wenn es so weit kommt. Ich bin mal gespannt, man schiebt ja diesen Termin immer weiter vor sich her, wie lange die Laufzeit nun sein soll, ob die Laufzeit der Atomkraftwerke auf 4 oder 28 Jahre verlängert wird. Aber wer weiß, was im Herbst ist, vielleicht hat die Journaille mal recht und die Frage stellt sich dann gar nicht mehr, ob diese Bundesregierung diese Frage beantworten will oder nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Punkt, der mir nicht besonders nahe liegt, das ist kein Geheimnis, aber den ich trotzdem ansprechen möchte, ist das Thema der Streitkräftereform. Da stehen locker so ein paar Milliarden drin und wir sind alle in der Thematik groß genug drin, um zu wissen, dass es darum geht, die Bundeswehr von einer Wehrpflichtarmee auf eine Freiwilligenarmee umzubauen. Das wird wohl nicht ganz ohne Auswirkungen auf die Standorte in Thüringen bleiben. Und dazu überhaupt nichts zu sagen, noch nicht mal 1 € einzusetzen für so etwas wie Konzeptstudien zur Konversion dieser Standorte, ist, mit Verlaub gesagt, nicht nur kurzsichtig, das ist auch eine Verhöhnung aller Interessen gerade im ländlichen Raum - Herr Fiedler ist gerade draußen -, aber das ist mal so ein Beispiel. Bad Salzungen wird sich dafür

bedanken, dass auf diese Art und Weise Politik gemacht wird mit der Zukunft des südlichen Wartburgkreises.

Das Dritte, was ich sagen wollte, das Sparkonzept bietet auch - und das finde ich ganz perfide daran, völlig unsolidarisch überhaupt nicht einen einzigen Euro Einnahmeverbesserung für die Länder und die Kommunen. Es wäre so einfach gewesen, Spitzensteuersatz, Umsatzsteuerbeteiligung oder Umsatzsteuerausnahmen, wie auch immer, ich muss auch das nicht wiederholen. Die Bundesregierung bringt es fertig, uns als Länder nicht einen einzigen Euro dazuzugeben, wissend darum, dass unsere Haushalte genauso desolat sind - aus welchen Gründen auch immer, lasse ich mal dahingestellt - wie der Bundeshaushalt. Und das ist, mit Verlaub gesagt, nicht nur unsolidarisch, das ist eine Sache, die ich hier oben nicht sagen darf, aber Sie wissen alle, was ich damit meine. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Lehmann von der Fraktion der CDU.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich könnte es mir leicht machen und angesichts des Titels der Aktuellen Stunde sagen: Wenn Sie damit den Landeshaushalt meinen - keine direkten Auswirkungen. Aber ich weiß natürlich, dass die Sparvorhaben des Bundes fiskalische Auswirkungen haben, und zwar ganz konkret auf die Menschen in Thüringen und ganz bestimmt auch auf manche Kommune.

Dem Grunde nach ist die Richtung des sogenannten Sparpakets richtig. Bis zum Jahr 2014 sollen durch den Abbau von Subventionen, durch höhere Beteiligung von Unternehmen und Banken bei den Einnahmen, durch Einsparungen in der Verwaltung und auch durch die neue Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. € weniger Schulden aufgenommen werden. Darum geht es auch, werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Es sollen neue Einnahmen generiert werden mit mancher Maßnahme und es sollen Ausgaben gespart werden, um die Neuverschuldung zu senken.

Wogegen ich mich ausdrücklich wehre, ist, dass gleich wieder die linkspopulistische Keule herausgeholt wird, weil das Sparen angeblich nur auf Kosten der Schwachen in der Gesellschaft geht.

(Zwischenruf Abg. Henning, DIE LINKE: Das ist doch aber so.)

Auch wenn der Sozialbereich mit 30 Mrd. € beteiligt sein soll, muss man diese Zahl auch ins Verhältnis setzen, denn die Hälfte aller Bundesausgaben sind Sozialausgaben. Dieser Bereich soll mit einem Drittel an den Minderausgaben des Sparpakets beteiligt werden. Es ist ganz klar, dass der größte Etat von Einsparungen auch im Bund nicht verschont bleiben kann. Es ist aber auf jeden Fall ungerecht, weitere Schulden auf Kosten der kommenden Generationen zu machen. Ich sehe mit diesem Paket den Einstieg in einen ganz bestimmt mehrjährigen Prozess, in dem auch noch viele andere Tabus fallen werden. Ich spreche da noch mal das Steuersystem an, es muss einfacher werden, es muss gerechter werden. Sicherlich kann man auch so manche Ausnahme im Steuerrecht abschaffen in den kommenden Jahren, was dann auch noch mehr Einnahmen generieren würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin dafür, dass eine ausgewogene, gerechte Verteilung der Lasten zwischen Unternehmen und Bürgern, zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen in das Haushaltsgesetz hineingeschrieben werden sollte. Die Debatte hat begonnen, in wenigen Wochen sollen die Gesetzentwürfe vorliegen. Dann werden wir Genaueres wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Behauptung ist falsch, dass bei Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für SGB II-Empfänger verstärkte Altersarmut drohe. 2,17 € mehr Rente durch den aktuellen Zuschuss pro Monat

(Zwischenruf Abg. Henning, DIE LINKE: Oh.)

sind wirklich nicht der Betrag, wo man von Armut sprechen kann. Wenn Sie es sich mal ausrechnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, es macht bei 2,17 € im Monat dann im Jahr 26,04 €. Wenn man zehn Jahre Hartz IV-Empfänger wäre, dann 260,40 €. Wir werden noch erleben, wie lange auch mancher auf Hartz IV angewiesen ist.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Das ist ja genau das Problem.)

Aber eins ist auch klar: Selbst bei 20 Jahren wird dieser Betrag immer noch von dem, was als Grundsicherung, Wohngeld und auch Heizkostenzuschüsse gezahlt wird, übertroffen

werden. Hier kann man auch wieder feststellen, linke Tasche, rechte Tasche. Ich denke, es wird dadurch keine Nachteile geben.

(Unruhe DIE LINKE)

Allererstes Ziel der Politik muss es deshalb weiterhin sein, Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Die angekündigte Konzentration der Förderprogramme im Bereich des Arbeitsmarktes wird helfen, mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Das ist der allerbeste Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Bei einigen Punkten entstand in der Öffentlichkeit auch ein verzerrtes Bild, wie ich meine, zum Beispiel bei diesen Heizkosten. Es sollen nicht die Heizkosten an sich, sondern jener Zuschuss gestrichen werden, der 2008 wegen der hohen Ölpreise zusätzlich zu den Heizkosten für Wohngeldempfänger eingeführt wurde. Die Heizkostenzuschüsse an sich wird es auch weiterhin geben.

Kritisch sehe auch ich - so wie mein Vorredner - die Abschaffung des Elterngeldes für ALG II-Empfänger. Denn auch wenn im Gegenzug die Bildungsangebote verbessert werden sollen, sollte man doch vorsichtig sein, wenn man glaubt, dass Eltern, die Hartz IV-Empfänger sind, nicht auch verantwortungsvoll mit ihren Kindern umgehen könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was mir auch Sorge bereitet, wie bei meinem Vorredner, ist diese Brennelementabgabe, aber bei mir aus einem ganz anderen Grund, denn die Unternehmen werden diese Abgaben wieder auf den Strompreis umlegen, den wir am Ende alle als Bürger und auch die Thüringer Bürger bezahlen.

Verweisen möchte ich noch zum Abschluss auf den Artikel heute im Pressespiegel vom Freien Wort „Wer hilft den Starken?“ von Klaus Köster zum Dilemma der Mitteschicht; so viel auch zur gerechten Verteilung der Lasten. Ich empfehle Ihnen, diesen Artikel zu lesen. Meine Redezeit ist zu Ende. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Sie haben nichts kapiert.)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht der Abgeordnete Bärwolff von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, heute wurde in den Medien eine Studie zitiert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, nach der die Mittelschicht in Schrumpfungen begriffen ist, in der die Unterschicht massiven Zuwachs bekommt. Aber nicht nur das; auch die Reichen und Superreichen bekommen Zuwachs und mehren ihr Vermögen. Die Politik der Bundesregierung hat sich seit Jahrzehnten in einer fatalen Logik verfangen, immer mehr Sozialabbau, Kürzungen und vor allem der Abbau von Rechtsansprüchen von Versicherungsleistungen, also Pflege, Rente, Soziales, Gesundheit, das sind die Mantras, die unablässig zu hören sind. Trotz der Finanzkrise und dem offensichtlichen Scheitern der neoliberalen Ideologie hält die schwarz-gelbe Bundesregierung an diesen Mantras fest. Um den Haushalt zu sanieren und um die Schuldenbremse umsetzen zu können, fällt der Bundesregierung leider nichts anderes ein, als weiter bei den Schwächsten der Schwachen zu kürzen. Die Ansprüche beim ALG II werden kassiert, Heizkostenzuschüsse für immerhin 40.000 Thüringer Wohngeldempfänger werden gestrichen und das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger fällt völlig weg. Was das für die Betroffenen bedeutet, kann man sich an 5 Fingern abzählen - weiterer sozialer Abstieg und Abstiegsangst bei denjenigen, die noch in Arbeit sind und die Zunahme von Hilfebedürftigkeit vieler Geringverdiener.

Die versprochenen Konjunkturimpulse, die mit diesem Streichkonzert gezeitigt werden sollen, können auf diese Weise wohl kaum zustande kommen. Denn gerade bei denjenigen, die ihr Einkommen zu 100 Prozent in den Konsum stecken, wird gestrichen. Aber genau hier müsste ein Konjunkturprogramm im eigentliche Sinne ansetzen und genau diese Leute müssten mehr Geld bekommen, um die Binnenwirtschaft auch in Fahrt zu bringen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn aber, wie es derzeit geplant ist, die Pflichtleistungen aus dem SGB II, also bei Hartz-IV, in Ermessungsleistung umgewandelt werden, dann kommt das einer krassen und unverhohlenen Sozialkürzung gleich. Bis 2014 möchte man 29,5 Mrd. € sparen. Sparen ist in dem Sinne ein wirklich falsches Wort, denn diese 29,5 Mrd. € fehlen den Betroffenen, die fehlen aber auch im Konsum, in der Binnenwirtschaft und diese 29,5 Mrd. €, die dort gestrichen werden sollen, die können auch nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: So ist das.)

Hier wird also auf Kosten der Schwächsten der Gesellschaft weiter gekürzt und gestrichen und man sägt sich den Ast ab, auf dem man sitzt. Die Kürzungen der Zuschüsse beispielsweise für die Rentenversicherung haben zur Folge, dass zum einen die Rentenhöhe abnimmt - das hat Frau Lehmann schon gesagt -, aber Altersarmut ist für die Betroffenen bereits jetzt schon vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass es sich bei dieser Maßnahme um ein Nullsummenspiel handelt. Denn erstens werden die Betroffenen nun auch noch zum Sozialamt geschickt, um Grundsicherung in Anspruch zu nehmen, und zweitens bekommt die Rentenversicherung die Defizite durch den Steuersäckel ausgeglichen. Gespart hat man dabei nichts. Dieses Sparpaket der Bundesregierung ist unsozial und völlig unangemessen.

(Beifall DIE LINKE)

Bei der Bundesregierung hat sich dummerweise nur die Erkenntnis festgesetzt, dass man nur über Kürzungen einen Haushalt sanieren kann. Kann man denn aber nicht auch über höhere Einnahmen diskutieren, kann man denn auch nicht über höhere Einnahmen einen Bundeshaushalt sanieren?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo also bleibt die Beteiligung der Reichen und absolut Vermögenden? Wo bleiben die Profiteure der Spekulationen und der Finanzmarktgeschäfte? Warum verzichtet die Bundesregierung mutwillig auf die Einnahmen aus einer Börsenumsatzsteuer, aus Vermögensabgabe- und Erbschaftssteuer?

(Beifall DIE LINKE)

Diese Sanierungsvorschläge, die die Bundesregierung vorgelegt hat, gehen auf Kosten der unteren und mittleren Einkommensschichten, auf Kosten der Geringverdiener. Dieser Weg kann nicht aufgehen. Nicht einmal der Wirtschaft tun sie damit einen Gefallen, denn wenn große Teile der Bevölkerung weniger Einkommen erhalten, dann können sie auch weniger Einkommen für den Konsum ausgeben. Mit diesem Sparpaket wird die gesellschaftliche Spaltung weiter vorangetrieben und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat ja bekannt gegeben, dass auch die Zahl der Reichen und Vermögenden ganz massiv zugenommen hat. Mit sozialer Marktwirtschaft hat dieses Sparpaket wirklich nichts mehr zu tun. Bei dem vorgelegten Sparpaket von sozialer Ausgewogenheit zu sprechen, das ist zynisch, denn soziale Gerechtigkeit bedeutet, einen Ausgleich zu schaffen zwischen Arm und Reich, und das Instrument dazu heißt Solidarität. Die Bundesregierung ist aber dummerweise nur mit den Mövenpicks und Ackermanns solidarisch, nicht aber mit der breiten Bevölkerung. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die FDP-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebes Publikum! Ich bin zunächst erst einmal sehr erfreut, dass die Bundesregierung in Berlin die schwierige Aufgabe der Haushaltskonsolidierung angepackt hat.

(Beifall FDP)

Ebenso unterstütze ich, dass in den Bereichen Bildung und Forschung nicht gespart wird. Unsere Ansicht ist auch das - für Thüringen hinweisend: Haushaltssanierung bei gleichzeitiger Förderung von Bildung und Forschung. Das ist sicherlich das Programm der nächsten Jahre. Wir hoffen inständig, dass die Landesregierung in ihrer Gesamtheit den Bemühungen der Bundesregierung um Konsolidierung zur Seite tritt. Frau Lieberknecht wird zitiert in der Osterländer Volkszeitung am 15. Juni: „Ich will nicht den Weg in den Schuldenstaat weitergehen.“ Das begrüßen wir und hoffen deswegen auch, dass Frau Lieberknecht ihre Parteiforderungen in Berlin hiermit unterstützt. Wir haben vollstes Vertrauen in die Arbeit von Herrn Dr. Schäuble und Frau von der Leyen, die in einem gemeinsamen Brief vom 10. Juni schreiben, wir sparen nicht nur nachhaltig, sondern wir sparen auch gerecht. Wir beteiligen Verwaltung, Unternehmen und Sozialleistungsempfänger gleichermaßen an den zu schulternden Lasten. Frau von der Leyen wurde damit zitiert zu sagen, wir würden denen nichts wegnehmen, die sich selbst nicht mehr um die Verbesserung ihrer Einkommenssituation kümmern können. Aber wir stellen selbstverständlich Ansprüche an diejenigen, die heute noch leisten können. Ich halte das für sehr wichtig, dass wir die Leute durchaus dazu bewegen, ihren Teil dazu beizutragen, dass sich das Gemeinwohl nährt.

Zweierlei können wir für Thüringen ablesen:

1. Es war und bleibt ein unverzeihlicher Fehler, mit dem Haushalt in 2010 die Ausgaben um 540 Mio. € zu erhöhen und gleichzeitig massiv neue Schulden aufzunehmen. Wir erinnern uns noch - 820 Mio. €. Diese werden unserem Haushalt hier in Thüringen auch bei einem niedrigen Zinssatz im Jahr 2011 mit ca. 37 Mio. € belasten. Eine Konsolidierung öffentlicher Finanzen lässt sich nur über die Ausgabenseite realisieren. Das ergibt auch eine Studie aus

Harvard aus dem Oktober 2009. Dass Steuererhöhungen zu neuen Ausgaben führen, zeigt die Steuererhöhungssorgie, die wir in 2006 und 2007 zu verzeichnen hatten. Es ist wieder WM, wer erinnert sich nicht; während der WM 2006 wurden in Berlin 3 Prozent mehr Mehrwertsteuer beschlossen. Diese Mehrwertsteuer hat einen immensen Mittelzufluss bedeutet für die Haushalte der Republik. Was ist geblieben: weiter Schuldenstaat. Das kann die Lösung nicht sein. Deshalb monieren wir das auf das Schärfste, dass das nicht passieren kann. Die eben von mir zitierte Studie aus Harvard zeigt zudem einen weiteren Zusammenhang. Haushaltskonsolidierung war nur erfolgreich, wenn Ausgabenkürzung und leichte Steuersenkungen Hand in Hand gehen, weil das Kräfte in der Wirtschaft frei setzt und die Leistungsträger die Gesellschaft motivieren, mehr zu machen, mehr dazu beizutragen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN - Sie haben die Aktuelle Stunde ja beantragt, auch Sie können die Studie lesen -, Abgaben- und Steuersenkungen, das ist das Mittel, Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Frau Siegesmund, wir werden Sie an Ihren Worten heute in der TLZ messen, wo Sie gesagt haben, Sparen ist als Chance zu verstehen. Sie stellen hier groß infrage, wo denn die Antworten bleiben. Ich habe die anderthalb Seiten gelesen, eine Antwort von den GRÜNEN habe ich auch nicht lesen können, wie wir die Haushalte konsolidieren, aber Sie sind ja sehr weit nach vorne gesprungen. Eine Ausgabenenkung

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist normal.)

mit Steuersenkung führt zur Ausgabendisziplin, vermeidet Steuerverschwendung und sendet an alle Bürger das Signal aus, das wir für wichtig halten, die gehen verantwortlich mit eurem Geld um, wir greifen nicht weiter sinnlos in eure Taschen, sondern wir werden sinnvoll mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln umgehen. Das führt zu Wirtschaftswachstum, das führt zu Zutrauen in den Staat, in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und wird das Wachstum, was wir tatsächlich haben seit diesem Jahr, beschleunigen.

Herr Bärwolff noch etwas zu Ihnen: Reich ist man in Deutschland nach dieser Statistik, die sie immer zitieren ab 1.873 €. Das sollen Sie mal bitte draußen allen erklären. Wir sehen mitnichten gerne, dass die Harz IV-Empfänger da anwachsen. Aber bedroht ist hier die Mittelschicht. Und Frau Lehmann hat es Gott sei Dank auch noch einmal ausdrücklich gesagt, bedroht ist die Mittelschicht, das sind die Leistungsträger dieser Gesellschaft und hier stehen wir an deren Seite,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ihr seid echt3,81 € Stundenlohn.)

um sie zu stärken. Vielen Dank. Herr Ramelow, wir können gerne draußen weiter reden.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht der Abgeordnete Dr. Pidde von der SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es waren einmal zwei Schwestern, die mit einem kleinen Leichtfuß befreundet waren. Alle drei versprachen Sie den Wählerinnen und Wählern vor der Bundestagswahl gewaltige Steuersenkungen. Und auch nach der Bundestagswahl, Finanzkrise hin, Euroschwäche her, hielten sie eisern daran fest. Es ging ja noch um die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Die ist inzwischen Geschichte und man lernt daraus, es hat nichts genützt, wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut. So blöd sind die Menschen nämlich nicht.

Herr Kemmerich - Sie sind nun nicht mehr da - bei den Thüringer Liberalen ist es vielleicht noch nicht angekommen, dass sich im Berliner Regierungslager inzwischen auch der Letzte vom Steuersenkungsmärchen verabschiedet hat. Mit dem Sparpaket in Höhe von 80 Mrd. € ist Schwarz-Gelb auf dem harten Boden der Realität angekommen. Dabei ist noch vieles ungeklärt, weil die Eckpunkte insbesondere mittel- und langfristig mehr als vage sind. Wo und wie soll bei der Bundeswehr gespart werden? Lässt sich der Stellenabbau beim Bund wirklich so durchsetzen wie er dort beschrieben ist? Sind die Kürzungen beim Arbeitsmarkt nicht eher kontraproduktiv? - Fragen über Fragen. Bei den 80 Mrd. €, die dort eingespart werden sollen, bleibt die Frage: Wie viel werden zum Schluss wirklich übrig sein, was steht nur auf dem Papier? Eins steht aber schon jetzt fest: Auf die Bürgerinnen und Bürger kommen in den nächsten Jahren gewaltige Belastungen zu, auch in Thüringen und besonders in den fünf neuen Bundesländern. Das ist soweit okay, wenn generell gespart werden muss, aber die Waage neigt sich sehr einseitig nach einer Seite. Arbeitnehmer, Familien mit Kindern, Arbeitslose werden massiv belastet. Beispiele sind hier genug genannt worden, darauf will ich jetzt gar nicht noch einmal eingehen. Dafür wird über die Verursacher der Misere, über die Banken und über die Spekulanten ein weiterer Schutzschirm aufgebaut. Der kleine Mann muss ihre Suppe auslöffeln. Die Gelder für die Steuergeschenke an die Hoteliers am Starnberger See oder an die reichen Erben in Hamburg holt sich die Bundesregierung bei den jungen Familien wieder rein.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass der Staat Jahr für Jahr mehr Geld ausgibt als er einnimmt. Es ist auch prinzipiell richtig, dass unabhängig vom Weltfrieden hier gespart werden muss,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil es dazu einfach keine Alternativen gibt. Es ist aber bei Weitem nicht so, dass sich in Berlin mutige und entschlossene Reformer frisch ans Werk gemacht haben, um endlich lang gehegte Projekte für den Aufschwung Deutschlands anzupacken. Wenn man bei der Verkündung des Sparpakets in die Gesichter von Frau Merkel, Herrn Westerwelle und Herrn Seehofer gesehen hat, dann hat man gesehen, dass es ermüdete und enttäuschte Gesellen sind. Ermüdet und enttäuscht von der Last der Probleme, von der schwierigen Zusammenarbeit und von dem Verlust an Zustimmung. Und die müden und enttäuschten Gesellen haben es gerade noch einmal geschafft, so ein Sparpaket zusammenzuzimmern. Kein proklamierter Aufbruch, keine Kraft zum Neustart! Ich bin gespannt, wie lange das in Berlin noch so weitergeht. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Runde der Abgeordneten? Das sehe ich nicht. Die Finanzministerin für die Regierung, bitte schön.

Walsmann, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten. Wir haben in den letzten Jahren die negativen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zu spüren bekommen. Und noch bevor die Krisen in Erscheinung traten, hatten sich Bund und Länder auf die generelle Begrenzung der Neuverschuldung mit Verfassungsrang verständigt. Wie richtig und wie wichtig die Schuldenbremse ist, sehen wir heute. Wir müssen einfach akzeptieren, dass die internationalen Kapitalmärkte auch Staaten kritisch in den Blick nehmen und auf eine übermäßige Verschuldung der öffentlichen Hand deutlich reagieren. Aber auch unabhängig davon ist die Rückführung der öffentlichen Verschuldung unabdingbar. Allein die Zinslasten schränken den Handlungsspielraum des Staates stark ein, abgesehen von der Notwendigkeit, dass wir auch unsere Schulden irgendwann tilgen müssen. Die Bundesregierung hat deshalb in der vergangenen Woche das Ergebnis ihrer

Haushaltsklausur präsentiert. Im Ergebnis sollen bis 2014 insgesamt über 80 Mrd. € eingespart werden. 80 Mrd. €, meine Damen und Herren, das klingt erst mal viel, ist aber bei einem Gesamthaushalt allein in diesem Jahr von rund 320 Mrd. € und verteilt auf vier Jahre nicht wirklich ehrgeizig. Hinzu kommt, dieser Betrag wird nicht allein durch Einsparung bei den Ausgaben erbracht, die Bundesregierung beabsichtigt auch, neue Einnahmequellen zu erschließen, insbesondere den Luftverkehr und die Energiewirtschaft betreffend. Ziel der geplanten Maßnahmen ist es, den Bundeshaushalt vorzubereiten auf die Wirkung der neuen grundgesetzlichen Schuldenbremse.

(Zwischenruf Abg. Hennig, DIE LINKE: Wer hat die beschlossen?)

Diese sieht für den Bund ab 2011 eine gleichmäßige Rückführung des strukturellen Defizits vor.

Meine Damen und Herren, die Initiative ist grundsätzlich richtig. Ich hätte mir allerdings noch deutlichere Schritte und auch mehr Sorgfalt bei der sozialen Ausgewogenheit des Pakets gewünscht. Ich würde mir wünschen, dass auch über eine stärkere Beteiligung der Bezieher sehr hoher Einkommen an der Konsolidierung der Haushalte nachgedacht wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Zumindest könnte man ja mal darüber nachdenken, ob man überprüft, was damals von der rot-grünen Bundesregierung vor einigen Jahren beschlossen wurde im Blick auf die Senkung des Spitzensteuersatzes. Wir wollen die Vergangenheit nicht ganz ausblenden. Genaue Informationen, meine Damen und Herren, welche konkreten, direkten Auswirkungen sich für Thüringen und seinen Landeshaushalt ergeben, liegen mir noch nicht vor. Wir werden jedoch sehr genau hinschauen, ob der Bund seinen Verpflichtungen etwa im Rahmen des Korb II zum Solidarpakt II auch weiterhin nachkommt und die neuen Länder entsprechend bei seinen Förderprogrammen berücksichtigt.

Was die indirekten Folgen, Auswirkungen auf Länder und Kommunen betrifft, natürlich sind wir abhängig von der konkreten Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen. Hier werden wir genau prüfen, welche Folgen konkret mit welchen Maßnahmen auch verbunden sind, sobald die Details bekannt werden. Vorsorglich weise ich aber auch darauf hin, dass unsere Einflussmöglichkeiten über den Bundesrat begrenzt sind, denn bei der gesetzlichen Umsetzung der Sparmaßnahmen handelt es sich zum größten Teil um nicht zustimmungspflichtige Gesetze.

Meine Damen und Herren, die Zeit der Sonntagsreden ist aber auch vorbei und jetzt müssen wirklich Vorschläge auf den Tisch, wie die Neuverschuldung schrittweise zurückgeführt werden soll. Das gilt für den Bund, das gilt für die Länder und eben auch für Thüringen. Die Länder und auch wir werden anders sparen müssen als der Bund. Der Bund kann im Gegensatz zu den Ländern die Konsolidierung auch durch die Erhöhung von Einnahmen ergänzen. Diese Möglichkeit ist uns nicht gegeben. Unsere Konsolidierung muss ausschließlich über die Ausgaben stattfinden. Das möchte ich hier noch mal betonen. Die Thüringer Landesregierung hat bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung Folgendes festgelegt: „Zielmarke bleibt eine Haushaltsstruktur, die ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden ermöglicht und die Bedingungen der im Grundgesetz geregelten Schuldenbremse erfüllt.“ Ich denke, das sagt für uns alles. Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Wir haben noch fünf Minuten Redezeit. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Damit schließe ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil der Aktuellen Stunde**

c) auf Antrag der Fraktion der SPD

zum Thema:

„Aktuelle Situation von Opel in Thüringen nach den Empfehlungen des Lenkungsrats und des Lenkungsausschusses“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/1094 -

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat als Erstes um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Minister Machnig.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 14.11 Uhr haben wir eine neue Situation, was das Thema Opel angeht. 14.11 Uhr ist öffentlich von der Geschäftsführung von General Motors und von Opel mitgeteilt worden, dass alle Anträge, die in Europa gestellt worden sind - also nicht nur die in Deutschland, sondern auch die in

Spanien und Großbritannien und in Österreich -, zurückgezogen werden und das Unternehmen nun gedenkt, allein die Sanierung und Restrukturierung durchzuführen. Das ist ein Einschnitt, der uns sehr nachdenklich machen sollte, und zwar deswegen, weil dies erhebliche Konsequenzen haben kann für die Entwicklung in Eisenach, für die Entwicklung aller Opel-Standorte in Deutschland und für das Unternehmen insgesamt. Bevor ich das erläutern will, will ich allerdings ein paar Bemerkungen machen zu dem bisherigen Verfahren, weil das Verfahren auch ein bezeichnendes Licht auf die politische Klasse in Deutschland wirft. Das will ich so deutlich sagen. Seit nunmehr eineinhalb Jahren diskutieren wir das Thema Opel, seit eineinhalb Jahren gibt es Bemühungen ...

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Die Hälfte dieser Zeit hat die SPD regiert.)

Jedes Mal, wenn Sie das jetzt machen, mache ich Folgendes, mache ich nur noch dieses.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollte sich jeder gut anschauen, auch Sie, Herr Barth. Mehr muss man an der Stelle nicht sagen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Soviel zu Ihrem Niveau.)

Nein, ich mache nur noch so, Herr Barth.

Präsidentin Diezel:

Herr Minister Machnig, es haben alle gesehen.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Das werde ich wohl noch dürfen, dass ich eine Zeitung, die jeder am Kiosk erwerben kann, hier im Hohen Hause hochhalten kann.

Seit eineinhalb Jahren suchen wir nun eine Lösung für das Thema Opel, seit eineinhalb Jahren wissen die Beschäftigten nicht, was aus ihrer Zukunft wird, seit eineinhalb Jahren wissen wir nicht, ob das Unternehmen Bestand hat und wie die weitere Entwicklung in den Regionen ist. Das hat zu erheblichen, zu dramatischen Konsequenzen geführt. Es hat z.B. dazu geführt, dass das Unternehmen Woche für Woche, Tag für Tag, seitdem es so öffentlich in den Schlagzeilen ist, eines hat miterleben müssen: Das Vertrauen der Käufer ist

zurückgegangen, der Marktanteil von Opel ist zurückgegangen und die Absatzzahlen sind zurückgegangen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Unter anderem wegen der Abwrackprämie.)

Ja, sicher, das behaupten die Ideologen der FDP. Das ist wahr. Die Ideologen der FDP behaupten das, das macht die Behauptung aber nicht richtiger.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einmal auf das Verfahren hinweisen. Seit dem 09.02.2010 liegt ein neuer Antrag - es gab ja schon einmal eine Debatte im Zusammenhang mit dem Magna-Deal - vor. Wir haben dann eines erlebt, und zwar ein unwürdiges Schauspiel auf der Berliner Ebene. Das will ich so deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab Sitzung auf Sitzung des Bürgerschaftsausschusses am 22.02., 24.03., 12.05.; es wurden immer wieder neue Fragenkataloge vorgelegt. Es gab Sitzungen des Lenkungsrates und des Lenkungsausschusses und dann kam der politische Höhepunkt - für mich der politische Höhepunkt -, dass den Ländern Unterlagen, die im Lenkungsrat vorgelegen haben, nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Das heißt, den Ländern sind Unterlagen vorenthalten worden, die im Lenkungsrat zur Debatte standen. Daraufhin hat der hessische Ministerpräsident, bekanntermaßen ein Koalitionspartner der FDP, den Wirtschaftsminister, bekanntermaßen auch FDP, in Berlin aufgefordert, diese Unterlagen, weil er sie für unverzichtbar hält, für eine politische Entscheidung vorzulegen. Was wir bekommen haben, meine Damen und Herren, sind zwei Seiten. Zwei Seiten - so sehen sie aus -, in denen es eine - wie auch immer geartete - Zusammenfassung gibt. Die zwei Seiten sind aber an einer Stelle interessant, in diesen zwei Seiten wirft der Lenkungsrat Fragen auf, die für die politische Entscheidung von Bedeutung sind. Jetzt will ich zitieren: „Der Lenkungsrat ist sich allerdings des Umstandes bewusst, dass der Lenkungsausschuss in seiner Beschlussfassung nicht ausschließlich an die in der Satzung des Lenkungsrates ausgeführten Kriterien gebunden ist, sondern darüber hinaus auch weitere politische Erwägungen berücksichtigen kann.“ Dann werden sie genannt: Europapolitische, Beziehungen zu den USA und das Anliegen der Beschäftigungssicherung. Obwohl der Lenkungsrat diese Erwägungen in die Debatte eingebracht hat, ist am Ende so entschieden worden - und auch das ein Schauspiel zweiter Teil. Das Schauspiel zweiter Teil bestand dann im Folgenden, dass, wie in einer bühnenreifen Inszenierung, man in der Bundesregierung dann Folgendes verabredet hat: Zwei Häuser sind dafür, das waren die

CDU-Häuser, zwei Häuser sind dagegen, das waren die FDP-Häuser. Damit wurde dann festgestellt, es gibt keine einheitliche Position und damit ist der Antrag abgelehnt. Das ist schon ein besonderes politisches Stück. Ich habe das in meiner langjährigen politischen Laufbahn noch nicht erlebt, meine Damen und Herren.

Das findet statt vor dem Hintergrund einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom 10. November 2009. Wir alle wissen ja, wie das mit Regierungserklärungen ist. Regierungserklärungen werden abgestimmt in einer Bundesregierung, d.h., diese Regierungserklärung ist auch eine Regierungserklärung der FDP, weil die Bundeskanzlerin sie für die Bundesregierung gehalten hat. Ich will mal aus der Regierungserklärung vom 10. November 2009 zitieren. Dort heißt es: „Eine faire Balance in Sachen Opel ist eine entscheidende Bedingung, damit die jetzt kommenden Gespräche eine Aussicht auf Erfolg haben können. Ich sage hier ganz deutlich zu, das, was der Bundesregierung den Landesregierungen der vier Opelstandorte hierzu möglich ist, werden wir tun. Darauf können sich alle verlassen.“ Aussage der Bundeskanzlerin vom 10. November 2009. Da gab es ja noch eine andere Aussage,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist eine politische Entscheidung. Das verstehen Sie nicht.)

nämlich die Aussage, die da lautete: Das Wort des Herrn Brüderle war nicht das letzte Wort. Ich bin sehr dankbar, dass die Ministerpräsidentin wie der Minister in dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin unsere Interessen dort massiv eingebracht und auch klar gemacht hat, wir als Landesregierung, wie alle anderen Landesregierungen, haben ein Interesse, dass Opel eine klare, gute und belastbare finanzielle Situation vorfindet.

Das Ganze ist jetzt weitergegangen - das gehört zum Bericht - gestern, 15.06., nachmittags gab es dann ein Gespräch der vier Länder mit Opel unter Beisein des Mandaras PWC. Ich will mal eines sagen, ich mache auch schon ein paar Tage Politik, aber wenn in einer Landesregierung, und mein Staatssekretär war anwesend, der eine Staatssekretär, CDU, und der andere Staatssekretär, FDP, den Eindruck erwecken, als gehören sie gar nicht der gleichen Regierung an, sondern in der Sitzung mit Opel-Vertretern und vor den Augen aller Länder so tun, als habe man unterschiedliche Interessen, dann darf man sich nicht wundern, wenn Opel daraus bestimmte Konsequenzen zieht.

Gestern nach dieser Sitzung hat es folgende Vereinbarung der Länder gegeben - aller vier - und daraus will ich jetzt vorlesen. Das sind fünf Punkte:

1. Nach der Entscheidung des Bundes ist das ursprüngliche Bürgschaftsverfahren erledigt.

2. Die Länder haben zur Kenntnis genommen, dass das Unternehmen angekündigt hat, neue Anträge bei den Ländern zu stellen. Stand: 15.06., also gestern.
3. Dem Unternehmen wurde eine konstruktive Zusammenarbeit und eine zügige Bearbeitung der Anträge zugesichert.
4. Sie haben vereinbart, die Bürgerschaftsverfahren so weit wie möglich parallel durchzuführen und dazu den Mandatar des bisherigen Verfahrens gebeten, die Arbeit fortzusetzen.
5. Die Länder haben angekündigt, dass jedes Land auf der Basis der jeweiligen länderinternen Regularien eine eigene Entscheidung treffen werde.

Das ist die Erklärung von gestern Abend, 19.05 Uhr in meinem Büro eingegangen. Jetzt gibt es ab heute 14.11 Uhr eine neue Situation. Ich will auch erklären, wie diese Situation zu bewerten ist und welche Konsequenzen es gibt. Die Konsequenz daraus ist die folgende: Offensichtlich hat es General Motors satt, das politische Schauspiel fortzusetzen. Ich muss sagen, ich habe dafür sogar ein gewisses Verständnis, denn - der Eindruck ist gestern entstanden - im Verfahren mit den Ländern hat man sich auf ein längeres Verfahren zur Entscheidung über die Bürgerschaftsanträge einzustellen. Das heißt im Umkehrschluss, Opel ist weiter in den Schlagzeilen und alle empirischen Beläge zeigen eines: wenn Opel weiter so öffentlich diskutiert wird, führt das zu einem: die Marke verliert an Substanz, die Marke verliert an Marktanteilen und die Marke verliert an Umsatzmöglichkeiten. Das ist die Konsequenz, die heute gezogen worden ist.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Ausgesprochener Unsinn.)

Ob wir darüber glücklich sein können, ist eine ganz andere Frage. Was heißt das nun? Das heißt, ab heute, 14.11 Uhr, wird rein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten agiert. Ob die Erklärung, die heute abgegeben worden ist, es gelte der Viability-Plan 6 und er sei die Grundlage für alles Weitere, zustande kommen wird, werden wir sehen. Wenn man von Grundlage redet - so lange bin ich auch schon in der Politik -, dann heißt das nicht, dass das eins zu eins umgesetzt wird. Die Konsequenz lautet: Wir können nicht sicher sein, dass es zu dem Abbau der Beschäftigtenzahl in der Summe kommt. Wir können nicht sicher sein, ob zum Beispiel Ankündigungen, die jetzt getroffen worden sind, dass etwa der Junior in Thüringen, in Eisenach produziert wird. Wir können nicht sicher sein, dass diese Bedingungen in der Form gelten, wie wir sie diskutiert haben.

Das ist die Konsequenz und jetzt machen wir es mal umgekehrt. Wenn jetzt etwas passiert und Standorte gefährdet sind und es weiteren Arbeitsplatzabbau gibt, dann sind das die Standortverluste von Herrn Brüderle, der Arbeitsplatzabbau von Herrn Brüderle und von sonst niemandem. Das ist eine unverantwortliche Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage hier für die Landesregierung, wir werden uns weiterhin bemühen, das haben wir bisher gemeinsam getan. Ich bin meiner Ministerpräsidentin ausdrücklich dankbar, weil es eine intensive Zusammenarbeit auf diesem Gebiet gibt. Wir werden alles tun, dass wir den Standort erhalten. Morgen wäre die Wirtschaftsministerkonferenz gewesen, ich bin da nicht hingefahren, ich wäre da wahrscheinlich etwas lauter geworden gegenüber dem Kollegen Brüderle. Ich bleibe besser hier.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der hat bestimmt keine Angst vor Ihnen.)

Ja, ich vor dem auch nicht. Vor politischen Nulllösungen brauchen wir keine Angst zu haben, Herr Barth. Und das ist eine politische Nulllösung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine politische Nulllösung - das ist er und das bleibt er, und das wird sich auch in seiner Amtszeit nicht ändern. Deswegen werde ich morgen eines tun, ich habe gebeten, dass morgen die Geschäftsleitung und der Betriebsrat zu mir kommen. Wir wollen über die Konsequenzen beraten. Ich glaube, dass das ein angemessener Schritt ist, denn wir brauchen auch belastbare Signale für die Kolleginnen und Kollegen. 1.800 Menschen mit ziemlich vielen Familienmitgliedern, die - ich unterstelle - nach einem anderthalbjährigen Prozess nicht wissen, was auf sie zukommt. Dass Menschen dann an Politik, an ihrer Handlungsfähigkeit, an dem, was in der Politik gesagt wird, zweifeln, dafür habe ich großes Verständnis. Den Menschen müssen wir ein klares Signal geben, dass wir an ihrer Seite stehen und dass wir uns um ihre Zukunftsperspektive kümmern.

Das wird jetzt die Aufgabe sein. Wir werden auch die Maßnahmen, wenn das belastbar bei den Dingen bleibt, die Opel angekündigt hat, weiter vorantreiben. Sie wissen und ich habe darüber hier im Parlament berichtet, es gibt einen letter of intend der Landesregierung von mir und meinem Haus an Opel, dass wir, wenn der Junior kommt - das ist die Voraussetzung - bereit sind, über GA-Mittel den notwendigen technologischen Erneuerungsprozess, den Erneuerungsprozess in der Produktionstechnik im Unternehmen zu unterstützen, damit das Unternehmen und der Standort weiterhin wettbewerbsfähig sind. Wir sind in Gesprächen mit

der Geschäftsleitung von Opel Eisenach, ob es Möglichkeiten gibt sogar den Standort zu erweitern und wir prüfen, ob es möglich ist, z.B. über das Mietfabrikprogramm der Landesregierung einen Beitrag zu leisten, die Produktionskapazitäten zu erweitern. Das sind die Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen wollen und die wir prüfen. Es ist für uns von überragendem regional- und strukturpolitischen Interesse, dass Eisenach und der Standort erhalten bleibt. Ich sage das auch nicht nur aus regionalen und strukturpolitischen Interessen, ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass der Standort Eisenach immer ein Leuchtturmprojekt im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost war. Wenn dieser Standort gefährdet würde, hätte das Konsequenzen nicht nur für Eisenach, nicht nur für Thüringen, sondern auch weit darüber hinaus, was das Zutrauen in den Aufbau Ost und die Zusagen auf diesem Gebiet wirklich angeht.

Ich würde mir wünschen, wenn es von heute, von hier aus ein klares Signal auch des Landtags geben würden, dass wir uns gemeinsam bemühen, alles zu tun, damit den Beschäftigten im Unternehmen geholfen wird, dass Opel Eisenach eine sichere Zukunft hat und dass wir vor allen Dingen daran arbeiten, den Vertrauensverlust, den es durch politische Entscheidungen in Berlin gegeben hat, zurückzuholen und klarmachen, wir stehen zu unserem Wort, wir stehen an der Seite der Kolleginnen und Kollegen und wir bemühen uns darum, mit den beschränkten und bescheidenen Mitteln des Landes - das muss ich dazusagen -, den Menschen in der Region Eisenach und am Standort Eisenach eine gute und sichere Zukunft zu geben. Ich bin von einem nach wie vor überzeugt: Wenn Opel aus den Schlagzeilen kommt, wenn es uns gelingt ein vernünftiges Finanzierungskonzept auf den Weg zu bringen und wenn Opel in die Zukunft investiert, in neue Produkte, in neue Verfahren, in Elektromobilität und andere Fragen, dann hat das Unternehmen eine wirkliche Zukunft. Ich hoffe, dass es heute von diesem Tag, aus dieser Debatte ein solches gemeinsames Signal gibt, dass der Landtag sich zu Opel, dem Standort und zu den Kolleginnen und Kollegen bekennt. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Minister. Als Nächster spricht der Abgeordnete Bergemann für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, 14.11 Uhr hat der Minister gerade gesagt, 15.11 Uhr haben wir die Debatte begonnen. Noch nie in diesem Haus,

solange ich dabei bin, war eine Aktuelle Stunde aktueller, das darf man vielleicht mal vorwegschicken.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich haben sich die Bedingungen jetzt doch schlagartig verändert. Sie haben ja sehr ausführlich die Probleme und auch die Gründe angesprochen. Ich glaube, trotz alledem muss man noch auf zwei, drei Dinge eingehen. In fünf Minuten ist da wenig Zeit. Aber, wir waren alle überrascht und dass wir als Politik ein Stück aus dem Rennen sind, ist jetzt ziemlich eindeutig. Wie das am Ende ausgehen wird, das wage ich auch nicht vorherzusehen, denn es ist angesprochen worden, 18 Monate haben die Menschen vor Ort in den Regionen, an den Standorten bangen müssen, sind hingehalten worden, Spielchen auf deren Rücken sind ausgetragen worden, das haben wir alles in der letzten Aktuellen Stunde schon einmal ziemlich deutlich gemacht.

Wie die Sanierung von GM aussehen wird - auch das habe ich, glaube ich, in meinem letzten Redebeitrag gesagt -, weiß man nicht genau. Es gibt eine klare Aussage, dass der Standort, dass die Arbeitsplätze erhalten werden. Es gibt auch inzwischen eine Stellungnahme des Gesamtbetriebsratschefs Herrn Franz, der sich erleichtert gezeigt hat über diese Entscheidung, der aber auch sagt, es bleibt dabei, dass die Standortsicherung steht, dass das ausgehandelte Konzept zwischen Arbeitnehmervertretung und GM auch bestehen bleibt. Das macht ein Stück Hoffnung. Ich sage aber noch einmal ganz deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war auch ein Stück enttäuscht von der Entscheidung, die im Lenkungsausschuss gefallen ist. Das muss man einfach so sehen. Sie haben das Patt erläutert, wie dann die Entscheidung durch Herrn Minister Brüderle - das entscheidende Nein - gekommen ist. Vor allen Dingen hat mich auch als Christlich-Sozialem ein bisschen gestört die Begründung in Bezug auf die soziale Marktwirtschaft. Er hat gesagt, wir müssen zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zurückkehren. Für mich heißt soziale Marktwirtschaft, der Mensch steht im Mittelpunkt aller Politik. Er ist nicht Objekt und er darf auch nicht Mittel zum Zweck sein.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das ist die Rede von gestern.)

(Beifall CDU)

Das ist eine Grundsatzfrage. Diesen Konflikt, den wir über die 18 Monate ausgetragen haben, das haben die Menschen dort gespürt, deshalb glaube ich, ist das ein bisschen, ich will nicht zynisch sagen, aber es ist nicht ehrlich. An der Stelle, Herr Kemmerich, Sie haben mich das letzte Mal so belehrt, 1 Mrd., das waren in der Sekunde, etwa 1 Euro zurücklegen,

etwa 35 Jahre. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben weit über 1 Mrd. in dem Sparpaket zugesagt, damit sie da sind, wo wir heute sind. Die bekommen es nicht zurück, da brauchen wir keinen Euro zurücklegen, das Geld ist für diese Familien, für die Menschen dort vor Ort weg. Das ist der Beitrag, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Standorten geleistet haben. Das wollte ich an der Stelle zumindest noch mal erwähnt haben, weil ich auch glaube,

(Beifall CDU)

dass die Dinge, Herr Minister Machnig, die Sie noch mal genannt haben im Gutachten vom Lenkungsrat, die uns auch nicht zugänglich geworden sind,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:
Zwei Seiten.)

das fand ich schon ein bisschen merkwürdig, weil nur daran natürlich auch Bedingungen geknüpft sind. Ich kann es jetzt verstehen, dass General Motors sagt, ich will das nicht noch einmal durchmachen, dass wir jetzt anfangen müssen, einen Bürgerschaftsausschuss in den einzelnen Ländern wieder anfragen, müssen dieses Prozedere von vorn beginnen, ohne einen gewissen Ausgang,

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Jeder Mittelständler muss das auch machen.)

dass der am Ende ...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Hör auf, zu ...!)

Aber, lieber Herr Kemmerich, nach 18 Monaten - und Sie sind doch wirtschaftspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion, Sie sind Fachmann, Sie schneiden zwar nur Haare und bauen keine Autos,

(Unruhe im Hause)

aber trotzdem eine Marke wie Opel, die kann nicht noch einmal monatelang dahinvegetieren und sagen, irgendwo wird es schon werden. Wenn ich technisch investieren will, ich muss investieren, die 11 Mrd. stehen jetzt auch bereit, dann muss ich auch mal zu Potte kommen. Dafür habe ich Verständnis.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Darüber kann man sicher streiten, dass die Spanier und die Briten, die Österreicher und die Polen möglicherweise schon lange eine Entscheidung getroffen haben. Wir haben das nicht getan, aus welchen Gründen am Ende auch immer. Sie könnten jetzt sagen, das war die richtige Entscheidung, ich sage, es war die falsche Entscheidung. Für mich jedenfalls war es die falsche Entscheidung. Ich bin auch davon fest überzeugt oder ich hoffe, dass wir uns hier an dem Podium nicht noch einmal darüber unterhalten müssen, wie das am Tag X möglicherweise weitergeht. Es bleibt bei der Schließung in Antwerpen, die anderen Standorte sind zugesagt. Der Minister hat das angekündigt, im Gleichschritt habe ich gesagt, mit der Ministerpräsidentin wird natürlich der Kontakt - wir müssen ja mit Eisenach im Geschäft bleiben - gehalten. Und wenn es uns gelingt in Sachen über GA bei technischer Entwicklung zu helfen, dann ist das, glaube ich, auch ein Weg, der zumindest regional beschränkt werden muss. Ich weiß auch um die Solidarität hier im Hause, wir haben an so einer Erklärung bzw. im Januar schon mal einen gemeinsamen Antrag gehabt, wo wir uns miteinander verständigt haben, außer Ihnen leider von der FDP, aber wir stehen, glaube ich, in den Fraktionen da ziemlich geschlossen in den Reihen, weil man einfach sagen muss, dieses Werk in Eisenach wurde immer als Leuchtturm über Jahre propagiert, das verdient es auch, dass wir hier gemeinsam zusammenhalten und dass wir helfen, dass in Eisenach der Standort und die Arbeitsplätze gesichert bleiben. Ich wünsche, dass die Regierung da hart dranbleibt. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bergemann. Als Nächster spricht Abgeordneter Ramelow für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Wir sind Opel, meine sehr verehrten Damen und Herren, so war das T-Shirt mit Ausnahme der FDP, die ist da immer ehrlich gewesen, ich lobe die Ehrlichkeit. Herr Kemmerich hat schon im Wahlkampf bei einem IHK-Forum gesagt, wir sollen uns nicht für Opel einsetzen, sondern für Ersatzarbeitsplätze. Damals hatte ich mir gewünscht, dass eine solche Meinung nie in den Landtag kommt. Denn um was geht es? Es geht um den Standort Opel-Eisenach. Es geht um 1.800 Menschen, damit 1.800 Familien, aber es geht auch um einmal für jeden Arbeitsplatz noch fünf weitere Arbeitsplätze, die direkt in Thüringen an diesem Betrieb hängen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Es geht also um viel mehr als nur um einen amerikanischen Konzern und seine Außenstelle. Ein bisschen irritiert bin ich in der Debatte zurzeit, dass die gleichen Menschen, die vor einem Jahr öffentlich gesagt haben, kein deutsches Geld in amerikanische Kassen - ich habe das noch gut im Ohr, es darf keine Bürgschaft geben, wenn nicht garantiert ist, dass das Geld in Deutschland bleibt, der damalige Ministerpräsident in Thüringen hat das auch laut und deutlich vertreten -, dass nun aus diesen Stimmen umgekehrt die Meinung kommt, aber aus amerikanischen Kassen soll das Geld jetzt kommen, das in Deutschland den Umstrukturierungsprozess und in Europa den Umstrukturierungsprozess begleiten soll. Wir haben überhaupt kein Problem damit, wenn General Motors - und das ist der entscheidende Unterschied von der Debatte vor anderthalb Jahren - mittlerweile verstaatlicht ist, unter dem staatlichen Schutzschirm der USA steht und damit in den Kassen dieses Konzerns Geld mit der Hilfe des amerikanischen Staates aufgeräumt ist. Ich glaube, dass es uns gut anstehen würde, wieder zurückzukommen auf das Konzept, das ursprünglich mal gestanden hat, nämlich wie man aus der Marke Opel einen europäischen Konzern entstehen lässt, der nicht ein atomisiertes Teil eines Weltkonzerns ist, sondern wo Opel selber in seiner Beziehung zu den europäischen Werken in der Produktionstiefe und in der Wertschöpfungskette einfach sich verbessert.

(Beifall DIE LINKE)

Dasselbe gilt auch für Eisenach im gleichen Maßstab. Das Werk in Eisenach, dem modernsten Werk des General Motors Konzerns, ist aber gleichzeitig das gefährdetste Werk überhaupt, weil es nämlich jederzeit von Saragossa mitproduziert werden kann. Ich erinnere mich sehr gut, dass im Wahlkampf auf einmal Frau Merkel und wer nicht alles in Rüsselsheim zur Betriebsversammlung erschienen ist und die große Solidarität verkündet hat. Das, was mich daran stört, ist, dass hinterher so getan wird, als wenn ein europäischer Teil dieses Konzerns nicht berechtigt wäre, einen Antrag zu stellen, und dieser Antrag über ein Dauerfeuer monatelang öffentlich zerredet wird. Der eigentliche Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nämlich, dass zur Rettung der Banken begleitend der Deutschlandfonds aufgelegt wurde - ich saß damals noch im Deutschen Bundestag, ich erinnere mich sehr genau daran -, ausdrücklich mit der Bemerkung, dass damit produzierende Arbeitsplätze saniert, begleitet, umstrukturiert werden sollen. Das ist Sinn und Zweck des Deutschlandfonds. Und die Firmen sind eingeladen gewesen, egal ob groß oder klein, Anträge zu stellen. Dann ist das passiert, was Wirtschaftsminister Machnig gerade erzählt und was die Vertrauensleute und der Betriebsrat von Opel Eisenach mal sehr anschaulich dargelegt hatten. Jeden Tag wurden Details der Antragstellung veröffentlicht,

am meisten immer am Sonntag, wenn sich niemand der Arbeitnehmer dagegen zur Wehr setzen konnte. Damit wurde Stimmung gemacht ausschließlich gegen einen einzigen Antragsteller. Vergleichbares ist in Deutschland nicht passiert. Ich kann mich nicht erinnern, dass ein anderes Unternehmen öffentlich so behandelt worden ist, wie man Opel behandelt hat. Ich stehe unter dem Eindruck, dass hier eine Marke zerstört werden soll und dass das die FDP in Thüringen mitmacht,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

dass das die FDP in Thüringen noch mit Presseerklärungen begleitet - letzte Woche, Herr Kemmerich, bei Ihnen erschüttert mich gar nichts mehr. Da kann ich nur sagen, ich nehme es zur Kenntnis. Da stand dann drin, Herr Machnig sei Schuld. Bei Herrn Kemmerich ist die Welt so schön einfach. Schuld an dem, was Brüderle gemacht hat, am Abend der Brüderle-Entscheidung war Machnig schuld. Werter Herr Wirtschaftsminister, Sie haben eine geniale Ausstrahlung, dass Sie schon auch dafür haften, was Herr Brüderle treibt.

Ich kann nur sagen, das ist blanker Zynismus von der Thüringer FDP.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur sagen, es läuft mir eiskalt den Rücken runter, wenn man selbst Menschen mit 3,81 € Stundenlohn beschäftigt und sich dann hinstellt und sagt, ein produzierender Betrieb soll lieber hopsgehen - das heißt es nämlich auf gut Deutsch, was Sie sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Deswegen, meine Damen und Herren, dass die Solidarität der Länder zerbrochen ist, liegt ja nicht an unserem Wirtschaftsminister, sondern offenkundig an dem FDP-Wirtschaftsminister in Hessen, der gestern verkündet hat, er sei nicht mehr bereit, mit den anderen drei Ländern zusammenzuarbeiten. Das heißt, die Solidarität, die die Betriebsräte durchgehalten haben - keine Standortkonkurrenz -, macht der Wirtschaftsminister von Hessen auf einmal auf, nur weil er drei Tage vor einem Landesparteitag seiner FDP steht. Da kann ich nur sagen „pfui Teufel“, so geht man nicht mit Menschen, so geht man nicht mit Arbeitsplätzen, so geht man nicht mit Industrie um.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: Pfui)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

So geht man nicht mit unserem Standort Opel in Thüringen um. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind Opel!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Barth für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister, Ihrer Rede hat man vor allem eines angemerkt: Sie ärgern sich darüber, dass Sie jetzt keinen politischen Einfluss mehr auf den Fortgang bei Opel haben.

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: So ein Blödsinn.)

(Beifall FDP)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war der traurige Höhepunkt des heutigen Tages. Sie sind mit Vorfreude hierhergekommen und hatten eine Rede eingesteckt, die bis 14.10 Uhr noch die richtige war, und haben versucht, die an die neue Lage anzupassen. Ich kann Ihnen attestieren, das ist ihnen nicht gelungen.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Sie sind Politiker.)

(Beifall FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir heute erlebt haben, ist, dass sich ein Unternehmen, ein großes amerikanisches Unternehmen,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das passt.)

welches in den letzten Monaten viel Geld verdient hat - da ist von 900 Mio. Dollar Gewinn zu lesen, da ist von vorsichtigen Schätzungen zu lesen, dass man über 10 Mrd. € auf der hohen Kante habe - hinstellt und sagt, wir brauchen keine staatliche Bürgschaft mehr...

Präsidentin Diezel:

Lassen Sie sich mal kurz unterbrechen. Herr Minister Machnig, Sie sind kein Abgeordneter, ich kann Ihnen keinen Ordnungsruf erteilen, sollten Sie Vitamine brauchen, dann bitte schön außerhalb.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist ein politisches Statement, was ich gerade abgegeben habe.)

Herr Minister Machnig, wir sind im Haus der Debatten und der Argumente und nicht der nonverbalen Äußerung.

(Beifall CDU)

Abgeordneter Barth, FDP:

Ich finde es aber schön, Herr Minister, dass Sie den Thüringerinnen und Thüringer mal demonstrieren, auf welchem Niveau Sie sich so üblicherweise bewegen.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 10 Mrd. € nach vorsichtigen Schätzungen, hat das Unternehmen auf der hohen Kante.

(Unruhe SPD)

Ich sage Ihnen, dass sich in den letzten Tagen mancher, auch mittelständische Unternehmer, der sich um Bürgschaften kümmert, der bei Herrn Machnig noch nicht einmal einen Termin bekommt,

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Ihr Niveau.)

(Unruhe DIE LINKE)

schon die Frage gestellt hat, warum kriegen die eigentlich Geld, obwohl sie es überhaupt nicht brauchen und warum kriege ich keins, warum muss ich bei Bürgschaften...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wo haben die denn Geld gekriegt?)

(Beifall FDP)

Er hat ihnen, ohne dass sie einen Antrag gestellt hatten und ohne, dass er den mithin hätte prüfen können, schon mal sicherheitshalber 68 Mio. € in Aussicht gestellt, meine Damen und Herren,

(Unruhe DIE LINKE)

das ist schlicht jeder siebente Euro, der für die Förderung für Bürgschaften für den mittelständischen Bereich in Thüringen insgesamt vorgesehen ist.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Dann frage ich mich, was Bürgschaft ist. Von Politik haben Sie nichts verstanden.)

Jeden siebenten Euro aus diesem Bürgschaftsrahmen, hat er ohne Antrag für Opel versprochen. Das ist ein Vorgang an sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schlicht Rechtsbruch, denn er darf eine Bürgschaft nur dann aussprechen,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Das ist einfach Unsinn.)

wenn er einen Antrag hat und wenn er den auch entsprechend geprüft hat.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Opel ist nicht durch die Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten gekommen, sondern General Motors ist in Schwierigkeiten gekommen, weil man über Jahre eine falsche Unternehmenspolitik gemacht hat. Dass man jetzt noch Bürgschaften brauchte, hat schlichtweg damit zu tun, dass die Banken, die Kredite geben sollten, nicht genügend Vertrauen in die neue Unternehmenspolitik hatten. Das ist der Punkt. Deswegen sollte der Steuerzahler dieses Vertrauen haben. Jetzt hat General Motors erkannt, dass man dazu ein paar Dinge beibringen muss. Jetzt hat General Motors erkannt, dass man dazu Anträge schreiben muss und dass es eben nicht ganz so einfach ist,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Unglaublich.)

dass man nur hergehen und Geld fordern kann.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht das erste Mal, dass General Motors die deutsche Politik vorgeführt hat. Der eine oder andere erinnert sich noch an den geplanten Verkauf an MAGNA, der schon mit 4,5 Mrd. € öffentlichem Geld abgesichert war, das war eine Brautschau, was GM da gemacht hat mit Opel. Das Geld ist politisch zur Verfügung gestellt worden und am Ende hat Opel gesagt - genauso wie jetzt -, wir brauchen es nicht. Das ist - am Ende noch mal gesagt - doch der eigentliche Punkt, der den Minister hier so ärgert, dass es seiner politischen Entscheidung entzogen ist, dass das Unternehmen aus sachlichen Gründen eine Entscheidung getroffen hat, die heißt, wir brauchen kein öffentliches Geld und ich finde es richtig, dass man dann auch sagt, dann nehmen wir auch keins.

(Beifall FDP)

Herr Kollege Ramelow, ein Punkt vielleicht zu Ihrem Vergleich mit dem deutschen und dem amerikanischen Steuergeld, was wechselseitig zur Verfügung gestellt wird: Es gibt den feinen Unterschied,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Sie haben mir nicht zugehört. Sie haben nichts verstanden. Nichts!)

der besteht darin, dass es hier um eine Hilfe für eine Tochter ging, von der verhindert werden soll, dass sie zur Ernährung der Mutter dient, während eine Mutter eine natürliche Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, dass das Geld, was für die Tochter zur Verfügung gestellt wird, auch bei der Tochter bleibt. Das sicherzustellen, darum ging es und um nichts anderes.

(Beifall FDP)

Herr Minister, letztlich will ich daran erinnern, dass die FDP ganz am Anfang der Debatte um Opel Sie schon einmal aufgefordert hatte, sich um einen sogenannten „Plan B“ Gedanken zu machen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ja, um die Arbeitslosigkeit und dann zu vermitteln.)

Es geht tatsächlich darum: Wir sind nicht Opel, wir sind Thüringen. Wir sind vor allem Thüringen

(Unruhe DIE LINKE)

und deshalb, Herr Minister, haben Sie dafür Verantwortung, am Standort Arbeitsplätze zu erhalten.

(Beifall FDP)

Wenn Ihnen die politischen Einflussmöglichkeiten bei Opel jetzt entzogen sind, was ich ausdrücklich begrüße,

(Beifall FDP)

dann haben Sie die Verpflichtung, andere Möglichkeiten zu suchen, wenn es denn die Notwendigkeit dazu geben sollte, was ich ausdrücklich nicht hoffe. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht zu uns der Abgeordnete Adams von der Fraktion Bündnis 90/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, das ist natürlich wirklich eine sehr angespannte Diskussion und ist auch ganz interessant. Ich finde es interessant, was Herr Barth uns erzählt und wir sollten uns das alle gut merken, weil ich glaube, da passt einiges nicht zusammen, was Sie vor einiger Zeit mal erzählt haben und was Sie heute erzählen. Ich finde, in Ihrer Wirtschaftspolitik hier in Thüringen wie auf der Bundesebene passt überhaupt nichts zusammen und das ist eigentlich bedrückend, weil Sie ja da eigentlich eine Kompetenz haben sollten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNE - zunächst dieses Geständnis - sind ganz bestimmt nicht Opel, wir sind gar kein Auto, wir sind nur intelligente Mobilität und genau das haben wir uns technologisch auch

versprochen für den Fall, dass wir als Staat, als Freistaat, hier die Möglichkeit haben, Einfluss nehmen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, das, was ich sage, kann ganz kurz gemacht werden. Ein Unternehmen nimmt seine Geschicke selbst in die Hand, das ist ganz wunderbar. Wer will eigentlich dagegen sein. Es ist auch überhaupt nicht zu kritisieren, dass Opel heute, 14.11 Uhr, oder irgendwann diese Erklärung abgibt. Irgendwann muss ja ein Unternehmen auch mal Konsequenzen ziehen und muss ein Unternehmen auch irgendwann eine Entscheidung treffen. Die Politik, die Brüderle-Politik in Berlin hat diese Entscheidung ja nicht getroffen. Das ist traurig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon von vielen gesagt worden, wir als Politik sind jetzt raus. Da mögen einige klatschen, ganz rhythmisch, aber das heißt auch, dass wir nicht wissen und nicht beurteilen und nicht begleiten können, was mit den Menschen vor Ort passiert, und das ist traurig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was das arbeitsmarktpolitisch heißen wird, werden wir sehen. Was das für die Technologieentwicklung heißen wird, das werden wir sehen. Ob wir jetzt noch die Chance haben, hier in Thüringen mit einer Entwicklung zu - lassen Sie es mich so sagen - einer grünen Zukunft von Opel, mit Innovationen dieses zu gestalten, wollen wir mal sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen das ja.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Sie können Förderung beantragen wie alle anderen auch.)

Herr Kemmerich, es ist ja interessant Ihnen zuzuhören. Man erlernt dabei nur nicht über die Maßen viel Neues. Das ist wirklich ein Problem. Und, Herr Barth, Sie haben ja die Chance gehabt, hier schon zu reden, Sie können nachher auch noch einmal drankommen, aber vielleicht haben Sie die Würde, mich hier ausreden zu lassen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Sie sind auch keine Mehrheit.)

Herr Kemmerich, das ist ganz dünn, was Sie hier abgeben. Technologisch hätten wir Opel helfen müssen. Der Minister hatte das gesagt, wie wichtig das sein würde. Das hätten wir tun können. Jetzt können wir das nicht mehr tun. Sollte Opel in Europa sich entscheiden, Eisenach zu schließen, dann trägt Schwarz-Gelb in Berlin die Schuld dafür. Dann trägt der Wirtschaftsabbauminister Brüderle die Verantwortung dafür.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich frage mich, wie lange er diese Verantwortung überhaupt noch tragen kann. Das ist eine wirkliche Frage, meine sehr verehrten Damen und Herren. Schwarz-Gelb ist die Puste ausgegangen auf der Bundesebene. Sie kriegen nichts Vernünftiges Fruchtbares mehr hin. Das geht nur den Berg runter, und die FDP hat an diesem Tag wirtschaftspolitisch hier im Landtag und auf der Bundesebene ihren wirtschaftspolitischen Offenbarungseid geleistet. Ganz traurig ist der. Skandalös und peinlich nenne ich das, was Sie hier abgezogen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen vor Ort werden diesen Schaden ausbaden müssen. Glauben Sie mir, ich befürchte, dass dieser um einiges höher sein wird, als die Kosten einer Bürgschaft zu Buche geschlagen hätten. Vielen Dank.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht für die Fraktion die SPD, der Abgeordnete Lemb.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Adams, ich stimme in weiten Bereichen zu, aber dem Hinweis, dass Herr Barth vielleicht noch einmal an das Rednerpult geht, da möge uns Gott oder wer auch immer, davor bewahren.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Seit 14.11 Uhr ist mir klar, dass die Apologeten der neoliberalen Ideologie heute in Verzückung geraten werden in diesem Parlament. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, sie müssten erkannt haben, erstens das neoliberale Jahrzehnt ist zu Ende und sie liegen irgendwo bei 3 bis 5 Prozent, insofern haben sie auch keine gesellschaftlichen Mehrheiten.

Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: 29 sind auch keine Mehrheit.)

Bitte? 29 sind aber deutlich mehr als 5.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ja das habe ich gerade noch hingekriegt,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Eine Mehrheit ist es trotzdem nicht.)

ich kann auch besser rechnen als die Kollegen der FDP, insofern stimme ich auch meinem Kollegen Gustel Bergemann leider nicht zu, weil weder Kemmerich noch der Kollege Barth sind ein Fachmann in dieser Frage, weil sie permanent einen Widerspruch konstruieren,

(Beifall DIE LINKE)

und das seit vielen Monaten in dieser Auseinandersetzung, dass es einen Widerspruch gebe in der notwendigen Maßnahme Opel zu helfen und dem Mittelstand. Der Kollege Ramelow hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir bis zu 10.000 Arbeitsplätzen in Thüringen haben, die von Opel Eisenach abhängig sind. Wenn Sie es immer noch nicht begriffen haben, eine Vielzahl dieser Arbeitsplätze sind aus dem Bereich des Mittelstandes in Thüringen, insofern sind sie genauso davon betroffen in den Folgewirkungen, was möglicherweise jetzt vor uns steht. Deshalb, finde ich, muss man schon noch mal über die Frage des Prozesses, aber auch über die Frage der aktuellen Situation reden. Dieser Prozess, der sich in den letzten 14 Tagen und in den vielen Monaten davor abgespielt hat, ist an unglaublichem Vorgang in der Tat nicht zu überbieten. Das ist das, was ich in den letzten 20 Jahren nach der Wiedervereinigung so in dieser Form hier in Thüringen, aber auch bundesweit überhaupt noch nicht erlebt habe. Ihre Reaktion, Kollege Barth, setzt eigentlich dem, was Brüderle als größter anzunehmender Unfall in der Besetzung eines Bundeswirtschaftsministers nach der Wendezeit ist,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

eigentlich noch die Krone auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 14.11 Uhr ist schon ein paar Mal genannt worden. Aber es gibt auch eine Meldung von 14.45 Uhr, und diese Meldung von 14.45 Uhr ist eine Meldung des Opel-Chefs Nick Reilly, der sehr deutlich macht, dass er die Schuld an dem gescheiterten Prozess der staatlichen Unterstützung eindeutig dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundeswirtschaftsminister zuordnet. Es wird sehr deutlich gesagt - und das halte ich für einen fatalen Vorgang -, dass Brüderle selbst das Management von GM und Opel darauf orientiert hat, entsprechende Anträge nach den Kriterien des Deutschlandfonds zu stellen, diesen Prozess anderthalb Jahre verzögert und dann erklärt, alles Pustekuchen, außer Spesen nix gewesen; von uns, von der Bundesrepublik Deutschland, könnt ihr keine Unterstützung erwarten.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der ist ja noch nicht mal ein Jahr im Amt.
Sie können nicht annähernd so gut rechnen, wie Sie behauptet haben.)

Das ist keine verantwortliche Wirtschaftspolitik und deshalb können sie die auch im Bund nicht machen. Kolleginnen und Kollegen, die Situation wie sie sich jetzt darstellt, und das will ich ganz offen sagen,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

da bin ich noch sehr vorsichtig, ob auch die Vorredner in der Tat richtig liegen. Wir tun alle im Moment so, als sei das Problem gelöst, indem GM erklärt hat, dass sie die Finanzierung in irgendeiner Form eigenständig regeln will. Ob das in der Tat der Fall ist, weiß keiner von uns heute. Die Folgewirkungen aus dieser Entscheidung weiß keiner von uns heute. Die Frage, ob GM dann möglicherweise in ein paar Tagen, Wochen, Stunden oder Monaten erklärt, dass wir, GM in dem Fall, zu anderen Schlussfolgerungen kommen als die, die vielleicht um 14.11 Uhr oder um 14.38 Uhr oder um 14.45 Uhr erklärt worden sind, wer will das denn heute sagen. Wer will denn heute sagen, dass Eisenach in der Tat Bestand hat. Wer will denn heute sicherstellen, dass Saragossa nicht möglicherweise doch die Produkte von Eisenach bekommt. Wer will denn heute sagen, dass in diesem Konzept tatsächlich dauerhaft tragfähig ist, dass Rüsselsheim zum Entwicklungszentrum wird. Wer will denn heute sagen, dass Bochum in der Tat eine Überlebenschance hat. Das alles wissen wir heute nicht und da besteht die Gefahr. Für diese mögliche Gefährdung zukünftiger Entwicklungen in unseren industriellen Standorten in den Opelländern trägt der Bundeswirtschaftsminister die Verantwortung, und wenn Sie das noch unterstützen, dann natürlich auch Sie in diesem Hohen Hause. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich jetzt Minister Machnig zu Wort gemeldet.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Vielen Dank, ich bin sehr vielen Rednern sehr dankbar für die sehr - wie ich finde - konstruktiven Beiträge. Ich habe die Gurke mitgebracht, Herr Barth, weil Herr Dobrindt recht hat. Ich gebe Herrn Dobrindt selten recht, aber in der Tat, Sie sind eine Gurkentruppe. Das will ich Ihnen mal eindeutig sagen,

(Beifall SPD)

eine Gurkentruppe, die nicht in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen, die nicht in der Lage ist, Wort zu halten, und die nicht in der Lage ist, sich dafür einzusetzen, was dieses Land eigentlich braucht.

Man stelle sich den Unsinn vor, der hier geredet worden ist, als könne eine Landesregierung aus dem Stand 1.800 Arbeitsplätze und den Faktor 5, den wir in Klein- und mittelständischen Unternehmen haben, ersetzen. Das ist Kleinkinderglaube; das kann eine Landesregierung gar nicht. Aber was die Landesregierung tun muss, ist, sich vor Unternehmen zu stellen, vor Beschäftigte zu stellen, die eine zentrale Bedeutung in der Region haben. Dazu gehören auch viele kleine und mittelständische Unternehmen, denn ich war häufig in Eisenach, ich bin vom Bäcker, von demjenigen, der ein kleines Einzelhandelsgeschäft hat, angesprochen worden und bin ermutigt worden, eines zu tun, mich für Opel Eisenach einzusetzen, weil die wussten, ihre Existenz hängt an diesem Unternehmen. Deshalb haben wir nicht nur für Opel uns eingesetzt, sondern wir haben uns für kleine und mittelständische Unternehmen und sehr, sehr viele kleine Geschäfte in der Region eingesetzt, weil die daran hängen, dass dort Produktion stattfindet in Eisenach.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch ein Wort zu den 68 Mio. €. Die Ministerpräsidentin - und ich bin ihr sehr dankbar dafür - hat unmittelbar nach dem Gespräch, das bei Herrn Bruderle stattgefunden hat, eines erklärt, wenn denn eine neue Verteilung notwendig wird und die Länder müssten alles übernehmen, dann sei Thüringen bereit, den dann erhöhten Anteil von 68 Mio. € zu zahlen. Das war im übrigen auch - weil wir ja auch manchmal über das eine und andere sprechen, was die Zukunft angeht, und wenn bestimmte Fälle nicht eintreten - in der Landesregierung

abgesprochen zwischen der Ministerpräsidentin, der Finanzministerin und auch mir, wir hätten uns dieser Verantwortung gestellt und das wäre auch notwendig gewesen.

(Beifall SPD)

Deswegen will ich noch eines sagen, damit das auch noch einmal klar ist, worüber wir reden. Wir reden nicht nur darüber, dass nichts klar ist für Opel, dass die Zusagen, die jetzt da sind, ob sie denn eingehalten werden, zunächst mal verifiziert werden müssen, und dazu müssen jetzt auch Gespräche von unserer Seite geführt werden. Das heißt, so zu tun, als seien Probleme gelöst, ist falsch, und Indianergeheul darüber anzustoßen, wie das von der FDP getan worden ist, halte ich für unverantwortlich. Aber was hier passiert ist, es ist massiver Vertrauensverlust festzustellen. Denn die politische Klasse in Deutschland hat eines gezeigt, sie ist nicht in der Lage, so zu agieren, dass Entscheidungen dabei herauskommen, die im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an wichtigen Standorten sind. Das ist die Konsequenz und deswegen müssen wir an anderer Stelle uns nicht wundern, wenn Menschen auch den Glauben an Politik verlieren.

Eines Eindrucks kann ich mich nicht verwehren: Das Ganze findet statt, das ganze Schauspiel um Opel, einige Tage vor der Bundespräsidentenwahl. Ich habe das mal auf folgende Formel gebracht: Offensichtlich war das Nein zu Opel der Preis für Wulff. Ich muss sagen, das ist schon eine besondere Form von Zynismus gegenüber den Kolleginnen und Kollegen. Ich wünsche mit eines und ich bin mal gespannt und werde dafür sorgen, das kann ich Ihnen sagen: Ich werde morgen dem Betriebsrat von Opel vorschlagen, dass die FDP-Fraktion nach Eisenach eingeladen wird.

(Beifall SPD)

Ich hoffe, Sie stellen sich dann vor die Kollegen und halten solche Reden. Ich bin mal gespannt, ob Sie den Mut haben, das den Kolleginnen und Kollegen wirklich ins Gesicht zu sagen; das wäre dann immerhin mutig. Auch wenn ich Ihnen eines versichere, diese Haltung versteht in Eisenach niemand und das ist auch gut so. Deswegen bleibe ich dabei, die FDP ist auf dem Weg, sich überflüssig zu machen. Das ist gut für Thüringen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich möchte trotzdem der guten Ordnung halber darauf hinweisen, obwohl die Ordnungsrufe nur für Abgeordnete gelten, dass Sie, wenn Sie Abgeordneter wären, einen Ordnungsruf erhalten hätten für die „Gurkentruppe“.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:
Damit kann ich leben, Frau Präsidentin.)

Sie haben mich auch nicht zu kommentieren.

Ich rufe als Nächsten für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Mohring auf.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zunächst etwas Formelles sagen. Ich finde, gute Politik ist nicht nur eine Frage des Inhalts, sondern auch des Stils und des Umgangs, nicht zuletzt bürgerliche Politik natürlich. Für unsere CDU-Fraktion will ich deutlich sagen, dass wir von der Regierung, die wir tragen, und von den Ministern, die in der Regierung Mitglied sind, erwarten, dass sie mit Anstand politische Debatten verfolgen und nicht mit Gurken um sich wedeln. Das gab es noch nie in diesem Thüringer Landtag und ich finde, das gehört sich auch in der Zukunft nicht.

(Beifall CDU, FDP)

Es mag eine emotionale Debatte sein, das hat man auch gemerkt bei den Zwischenrufen, aber ich finde, es muss auch soviel Niveau in dem Hause sein, dass man seine Argumente gegenseitig austauscht. Das ist allemal wichtiger, als hier einzeln Fraktionen zu belehren und zu beklagen mit Obst und Gemüse. Ich finde, das gehört sich nicht.

Ich will eins anmerken, das ist wichtig und das geht noch mal zur Debatte zurück, dass wir natürlich - das hat Gustav Bergemann richtig ausgeführt - verwundert sind, dass die Bundesregierung durch den Bundeswirtschaftsminister so lange gebraucht hat, um zu einer Entscheidung zu kommen, nicht zuletzt deshalb, weil es auch eine Ermunterung gab vom Bundeswirtschaftsminister bei Opel, aus dem Deutschlandfond Anträge zu stellen. Wenn eine Ermunterung kommt, aus dem Deutschlandfond Anträge zu stellen, dann erwartet man von der Ermunterung, dass es eine positive Entscheidung gibt. Dass es dann hinterher zu einer Ablehnung gekommen ist, ist etwas ganz anderes. Das hat natürlich dazu geführt, dass insgesamt der Opelstandort Deutschland länger gebraucht hat, um sich zu entscheiden, mit dem Ergebnis von heute 14.11 Uhr - anders, als uns andere europäische Staaten das vorgemacht haben. Wenn es Kritik gibt an dem Verfahren, wie die Bundesregierung damit

umgegangen ist, dann ist es die Frage des zeitlichen Aspekts. Das will ich ausdrücklich sagen. Ich will auch anmerken, dass unabhängig davon in dieser Frage der zeitlichen Offenheit und wie das alles ausgeht, die Arbeitnehmer für Opel eine deutliche Entscheidung getroffen haben. Das will ich hier bestätigen. Die Arbeitnehmer bei Opel haben auf 1 Mrd. € Einnahmen verzichtet auf Dauer, um damit ihren Beitrag zur Konsolidierung des Zukunftsplans zu leisten. Das ist aller Ehren wert, aller Anerkennung wert. Die Entscheidung ging jedenfalls schneller als die der Politik, das will ich noch einmal anmerken. Ich will auch unseren Respekt seitens der CDU-Fraktion zollen für die Arbeitnehmer, die diese persönliche Entscheidung für sich auf Dauer so getroffen haben.

(Beifall CDU, FDP)

Nichtsdestotrotz ist die Entscheidung von Opel heute, auf staatliche Bürgschaften zu verzichten, eine gute Entscheidung, weil sie auch die Politik befreit, sich zu entscheiden zwischen dem ordnungspolitischen Gradmaß auf der einen Seite und zwischen der Entscheidung auf der anderen Seite, aus Sorge um viele Arbeitsplätze, am Automobilstandort hier in Eisenach, aber auch in Deutschland insgesamt, eine Entscheidung treffen zu müssen. Dass sich Opel selbst entschieden hat, auf staatliche Bürgschaften zu verzichten, ist deshalb insofern wichtig, weil wir auf die Zusagen vertrauen, die heute auch gegeben wurden, dass kein Werk in Deutschland geschlossen wird und dass über den Opelzukunftplan hinaus keine weiteren Stellen abgebaut werden sollen. Wir vertrauen auf diese Aussage und Opel soll sich daran messen lassen, dass diese Zusage Gültigkeit hat. Ich will auch anmerken, dass ich der festen Überzeugung bin, dass auch mit einer Bürgschaft seitens des Freistaats Thüringen oder auch der drei anderen Opelstandorte nicht sicherer gewesen wäre, dass diese Zusagen für die Zukunft eingehalten worden wären.

(Beifall CDU, FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir aber den Wirtschaftsminister an der Stelle ausdrücklich als Fraktion unterstützen. Für zukünftige Entscheidungen, für zukünftige Investitionen für neue Arbeitsplätze, für neue Investitionen am Automobilstandort in Eisenach hat er unsere ganze Unterstützung, was Mietfabriken und anderes betrifft. Wir haben die Instrumente dafür und es macht Sinn für die Zukunft, Eisenach zu sichern und dafür alle Unterstützung zu geben. Das will ich ausdrücklich für unsere Fraktion erklären. Ich denke, dass jetzt Klarheit herrscht. Da will ich ausdrücklich dem Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz zustimmen, der heute erklärt hat, dass mit der Klarheit nun aber auch wichtig ist, dass zukünftige Investitionen möglich sind. Wir vertrauen darauf. Deshalb auch ganze Unterstützung von unserer Fraktion für zukünftige Entscheidungen. Ansonsten denke ich,

dass es gut ist, an der Sachlichkeit in dieser Debatte auch in der Zukunft festzuhalten. Das tut auch dem Hause allemal für sein Gesamtbild gut. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Adams zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser wirtschaftspolitischen Debatte hat sich für mich eines gezeigt: FDP und wirtschaftspolitische Kompetenz passen einfach nicht zusammen. Ich will das an einem Beispiel hier erläutern, dass das auch im Protokoll steht. Seit Monaten, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen von der FDP, wollen Sie die Landesregierung dazu zwingen, Liquiditätshilfen für KMU, für kleinere und mittlere Unternehmen, bereitzustellen nach einem noch relativ offenen Schlüssel. Sie bekommen es nicht strukturiert im Ausschuss, um das endlich mal auch hier wieder zurück in den Landtag bekommen zu können. Nur eingeschoben; wenn irgendein Unternehmen sich auf ihre Liquiditätshilfen oder die Hoffnung, dass das schnell gehen könnte, verlassen hätte, die wären jetzt schon über die Wupper gegangen.

(Beifall SPD)

Aber gleichzeitig - während Sie sagen, das ist ein wichtiger Ansatz, das müssen wir machen, liebe Landesregierung macht das irgendwie, macht das wie in Sachsen, wir können euch selber auch nicht genau sagen, wie es geht, aber macht das irgendwie - schlagen Sie auf all diejenigen ein, die einem größeren Unternehmen, nur weil es größer ist, mit einer, finde ich, unweit größeren arbeitsmarktpolitischen Bedeutung eine Bürgschaft geben wollen. Ich finde, Sie sollten hier mal eine Entscheidung treffen innerhalb Ihrer Partei. Sind Staatshilfen richtig, ist es richtig, wenn ein Staat Verantwortung übernimmt für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ist das falsch? Beantworten Sie die Frage mal vom Grundsatz her, dann kommen wir hier mit der Debatte nämlich auch ein bisschen vernünftiger voran.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Hausold zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Mohring, Sie haben mich doch animiert, hier noch mal ans Rednerpult zu kommen. Sie haben sehr moderat und sehr sachlich hier Ihre Position vorgetragen, auch für die CDU-Fraktion, wenn ich das logischerweise so verstanden habe, aber ich muss mal sagen, in der Sache - das ist jetzt für mich eine große Frage - haben Sie nichts anderes vorgetragen als die Meinungsäußerung der FDP.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bitte Sie, Herr Mohring, wie können wir denn in der Situation dieser Wirtschaftskrise, dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dieser Tatsache, wie, glaube ich, Kollege Lemb vorhin hier deutlich gemacht hat, dass das neoliberale Jahrzehnt endgültig gescheitert ist, immer noch sagen, wir sind froh, dass Politik nichts mehr entscheiden muss, sondern jetzt ist es wieder beim Unternehmen und kann dann nur betriebswirtschaftlich und - sagen wir mal - neoliberal entschieden werden können,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Der VEB ist auch gescheitert.)

das kann doch nicht die Auffassung von Politik in Thüringen sein, meine Damen und Herren. Deshalb verstehe ich Ihre Meinung überhaupt nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihnen, Herr Barth, möchte ich dann noch folgende Bemerkungen machen: Sie müssen sich schon einmal entscheiden, Herr Machnig sagt ja gewöhnlich, Ihre Politik besteht nur aus zwei Punkten, da will ich mir gar kein Urteil anmaßen, aber heute haben Sie bewiesen, Ihre Politik besteht eigentlich aus überhaupt keiner Politik oder wie in Berlin beim

(Beifall DIE LINKE)

Minister Brüderle, aus einer Verhinderungspolitik und Strategie im Interesse der Wirtschaft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sollten Sie, das muss ich Ihnen auch sagen, Herr Barth, Ihre Wortwahl noch einmal durchdenken. Wer hier die Behauptung aufstellt, wir sind nicht Opel, wir sind Thüringen, denen muss ich sagen, da unterstelle ich Ihnen dann, dass 1.800 Beschäftigte, die Beschäftigten im Umfeld, die Stadt Eisenach, die ganze Region Ihnen überhaupt nicht wichtig sind, nur dass Sie Ihr neoliberales Grundverständnis hier predigen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist keine verantwortliche Politik im Lande Thüringen. Darüber sollten Sie nachdenken.

Das, denke ich, ist wichtig, auch aus einem ganz prinzipiellen demokratischen Grund, das sage ich noch mal Herrn Mohring, der das hier in Freundlichkeit vorgetragen hat, aber ich sage es auch insbesondere Ihnen, Herr Barth: Wenn Politik vor der Öffentlichkeit sagt, sie ist froh, keine Entscheidungen, zum Beispiel im wirtschaftspolitischen Rahmen, treffen zu müssen, weil andere entschieden haben, nachdem ein Bundesministerium verzögert hat, der führt den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land vor, dass es sich nicht mehr lohnt, sich politisch zu engagieren, dass es sich nicht mehr lohnt, zur Wahl zu gehen, dass es sich nicht mehr lohnt, in die Institutionen vertrauen zu haben. Deshalb ist Ihre Auffassung, insbesondere von der FDP, weit mehr als - ich stimme Herrn Adams vollkommen zu - wirtschaftspolitisch und fachlich unqualifiziert, sie ist auch demokratisch unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Meyer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank für die erhellende Debatte. Ich glaube, nachdem jetzt einige Stunden nach der Entscheidung des Unternehmens ins Land gegangen sind, sagen zu können, dass es für uns mitnichten einfacher geworden ist, vor allen Dingen ist es auch nicht einfacher geworden für die Landesregierung. Meiner Ansicht nach hat die Landesregierung jetzt zwei Probleme: Sie muss entweder - und das ist das, was ich hoffe - dafür sorgen, dass der Standort Eisenach durch die Firma GM auch weiterhin vernünftig und profitabel betrieben werden kann und wenn es geht auch noch so, dass es nachhaltig passiert. Das ist auch etwas, was Frau

Ministerpräsidentin einfordert, sprich, es muss dafür gesorgt werden, dass man mithilfe beispielsweise von Innovationsfördertöpfen, Mietfabriken oder Ähnlichem diesen Standort auch stützt. So weit - so richtig. Aber viel schlimmer und das sollte wenigstens an diesem Mikrophon auch einmal ausgesprochen werden, ist doch die Problematik, dass Sie auch für den Plan B gerüstet sein müssen. Keiner von uns hier würde doch zurzeit die Hände dafür ins Feuer legen können, wollen vielleicht schon, aber objektiv nicht können, dass das Unternehmen GM diesen Standort in zwei, drei oder vier Jahren noch betreibt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das bringt auch mit Bürgschaften nichts.)

Herr Barth, darüber kann man geteilter Meinung sein. Das war jetzt nicht mein Thema. Ich wollte nicht mit Ihnen streiten. Ich wollte darauf hinweisen, dass wir alle gefordert sind, dieses Thema auch im Auge zu behalten. Wir dürfen uns nicht verhalten wie British Petroleum, die für 20 Mio. Dollar Überlegungen anstellen, wie sie möglicherweise eine sprudelnde Ölquelle einmal wieder stopfen können, falls sie sie einmal stopfen müssten, aber Zigmilliarden ausgeben, um dafür zu sorgen, dass sie im tiefen Wasser bohren können und hinterher sagen können, das haben wir alles nicht gewusst.

Wenn wir Pech haben, stehen wir in wenigen Monaten oder in wenigen Jahren hier wieder und diskutieren Fälle, die wir jetzt gar nicht offen aussprechen wollen. Das will ich auch nicht tun. Wir müssen aber darauf vorbereitet sein. Ich wäre sehr daran interessiert, dass das in diesem Fall eine wirklich konzertierte Aktion wäre, das sage ich auch mit Hinblick auf die Tatsache, dass ich mich für Eisenach besonders engagieren möchte. Denn ansonsten stehen wir wieder vor der Debatte, dass dann schlagartig um 14.12 Uhr oder 15.48 Uhr Nachrichten hereintrudeln und wir dann gar nicht mehr wissen, was wir machen sollen. Wir brauchen dafür eine Vorbereitungszeit. Liebe Regierung, sorgen Sie bitte dafür, dass auch wir eingebunden werden. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der CDU hat sich der Abgeordnete Bergemann zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte das nur noch ein bisschen geraderücken. Wenn man aufmerksam zugehört hat, habe ich gesagt: für unsere Fraktion; da zählt mein Fraktionsvorsitzender selbstverständlich an erster Stelle dazu, was wir von

sozialer Marktwirtschaft halten, was wir darunter verstehen. Das ist unsere Grundeinstellung, das ist auch unsere Philosophie, da steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik und nichts anderes. Lieber Herr Meyer, das gilt für uns und ich nehme das auch den Kollegen von den Freien Demokraten ab, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Ich bin jetzt nicht so weit, dass ich hier das Wort des Neoliberalismus pflegen will, sondern hier soll eine anständige Debatte her und wir haben die Argumente ausgetauscht. Sicher ist doch auch, dass heute ab 14.11 Uhr eine andere Situation entstanden ist. Jetzt handelt GM und, lieber Wolfgang, ich habe das auch ziemlich deutlich gemacht, was das bedeuten könnte. Die Sorgen machen wir uns natürlich auch, wie das Sanierungskonzept aussehen könnte. Ich will überhaupt nicht spekulieren, aber wir haben darauf aufmerksam gemacht, das kann passieren, wir sind aber nicht mehr Herr des Verfahrens. Das ist die Situation, der muss man Rechnung tragen. Aber klar ist, soziale Marktwirtschaft ist für uns mit Sicherheit natürlich ein anderer Anspruch im Gegensatz, den möglicherweise in diesem Hause dieser oder jener hat. Herr Hausold, das gilt auch für Sie, wenn Sie so vehement - die Lautstärke macht es nicht immer, auch die Rhetorik macht es nicht immer, aus der Vergangenheit heraus, sondern man kann es auch sehr sachlich darbringen. Wir wollen gemeinsam nach vorn kommen, damit Eisenach eine echte Chance hat und die Argumente sind ausgetauscht.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Redeanmeldung für die FDP-Fraktion, der Abgeordnete Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren, Herr Meyer, ausdrücklichen Dank, dass Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir im November im Plenum schon gefordert haben, tatsächlich über einen Plan B zu sprechen, um gerüstet zu sein für Alternativen, die es einfach geben kann, denn hier handelt die Wirtschaft, das wird keinen verwundern, dass wir das ausdrücklich begrüßen. Nicht dass wir begrüßen, als Politik nicht mehr handlungsfähig zu sein, nein, es geht darum, dass Politik Rahmenbedingungen stellt, unter denen sich Wirtschaft zu bewegen hat. Aber wir bevorzugen den Weg, dass die Wirtschaft das macht. Ein VEB-Modell ist gescheitert und wir wollen es auch nicht neu aufleben lassen.

(Beifall FDP)

Wer Herrn Raily bis zu Ende liest, er hat auch verkünden lassen, es sollen keine weiteren Standortschließungen stattfinden, es soll kein weiterer Stellenabbau stattfinden. Wir

vertrauen mal auf sein Wort. Das ist auf jeden Fall erst einmal mehr Wert als die Hingabe von Bürgschaften und Subventionen u.a. auch in NRW von Rot-Grün, Herr Adams, an Nokia. Als der Investitionszeitraum abgelaufen war, hat Nokia seine Investitionen am Bochumer Standort beendet und ist nach Rumänien gegangen. So sieht Subventionshingabe aus, so sieht aus, Herr Meyer, wenn man dann wirklich irgendwann später da steht und dann das Problem der 3.000 Menschen eben nicht nachhaltig gelöst wird. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt noch zwei Minuten Redezeit. Herr Abgeordneter Lemb, SPD-Fraktion, zwei Minuten.

Abgeordneter Lemb, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kollegen, das ist genau das Problem, wenn man die Frage von Subventionen und Bürgschaften nicht unterscheiden kann, dann ist es sozusagen eine Darstellung dessen, was man offensichtlich an wirtschaftlichem Sachverstand nicht hat.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das sind alles Steuergelder.)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich weiß nicht, Herr Kemmerich, vielleicht waren Sie noch nie in der Situation, dass Sie in irgendeiner konkreten Auseinandersetzung um die Frage standen: Muss jetzt diesem Unternehmen x, y - welchem auch immer und wie groß auch immer, ob mittelständischer Betrieb, kleiner Betrieb oder großer Betrieb - geholfen werden und wenn ja wie. Wenn Sie nämlich schon einmal vor dieser Frage gestanden hätten, dann müssten Sie eigentlich nachvollziehen können, dass man, wenn man politisch verantwortlich handelt, in diesen Situationen dann auch zu entsprechenden staatlichen, politischen, begleitenden Maßnahmen kommen muss, wenn es uns darauf ankommt, Arbeitsplätze im Land, in Thüringen, im Freistaat, aber natürlich insgesamt auch in Deutschland zu halten. Wenn man natürlich die Philosophie hat zu sagen, das ist uns alles egal, lass es doch die Märkte richten, dann gebe ich Ihnen recht, dann könnten es die Märkte richten, aber möglicherweise in den konkreten Konsequenzen dann auch mit fatalen Auswirkungen. Das ist nicht unsere Politik.

Im Übrigen ist der Vorwurf von Herrn Barth vorhin auch überhaupt nicht zutreffend, dass der Wirtschaftsminister nicht für kleine Unternehmen zur Verfügung stünde. Das ist er jederzeit, da gibt es genügend Beispiele. Diese Philosophie, die Sie hier an den Tag legen, ist eindeutig nicht unsere. Wir wollen Wirtschaftspolitik verantwortlich begleiten. „Wir“ heißt die gesamte Landesregierung, die Koalitionsfraktionen und das bedeutet, dass wir in Zukunft immer wieder im Zweifelsfall uns dafür einsetzen werden, dass entsprechende Unterstützungsprogramme möglich sind, egal ob mit Bürgschaften oder Subventionen, immer dort zielgerichtet und angemessen, wo es notwendig ist mit einem Ziel, an dem Sie offensichtlich kein wirkliches Interesse haben, nämlich dauerhaft Arbeitsplätze, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen zu sichern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schließe jetzt diesen Teil der Aktuellen Stunde und ich rufe den **nächsten Teil** auf

**d) auf Antrag der Fraktion der CDU
zum Thema:
„Politische Schlussfolgerungen für
Thüringen aus den aktuell vorgeleg-
ten vorausschauenden Analysen
für das Jahr 2020“**

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags

- Drucksache 5/1119 -

Es hat zunächst das Wort für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Lehmann.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Tagen wurde in der Medienlandschaft in Thüringen besonders intensiv über eine Studie des ifo-Instituts berichtet, in der es um unseren Weg in Thüringen bis zum Jahr 2020 geht. Insbesondere ging es dabei um die wissenschaftliche Untersuchung der Finanzen in Thüringen, der Entwicklung unserer Einnahmesituation - ausgehend von heute bis zum Jahr 2020 - und auch um Hinweise, wie gegengesteuert werden kann. Was das Wirtschaftswachstum anbelangt, kann man sicherlich auch nur schätzen, wie es damit weitergeht. Feststehend ist aber die Entwicklung bei den Solidarpaktmitteln oder den EU-Mitteln, um nur zwei weitere

Faktoren zu nennen. Erschwerend kommt auch das Weiterschrumpfen der Bevölkerung hinzu - auch dazu gab es eine Reihe von Aussagen. Demzufolge sind die Ausgaben natürlich auch dieser Entwicklung anzupassen und die erforderlichen politischen Schwerpunkte zu setzen. Soweit ich diese Zahlen aus der Presse entnehmen konnte, decken sich die Feststellungen bzw. Aussagen zu notwendigen Schlussfolgerungen und Entscheidungen mit den Prognosen, die wir bzw. meine Fraktion bisher auch stets zu diesem Thema geäußert haben. Interessant finde ich auch die Aussagen zu den Personalausgaben, zur guten Ausstattung unserer Kommunen gegenüber den in anderen Bundesländern - und das kann man auch sehen -, zu den hohen Investitionen und auch dazu, dass man mit der oft von anderen Parteien zitierten Kreisgebietsreform lange nicht so viel sparen kann, wie sonst immer von den Befürwortern behauptet wird. Hierzu heißt es in dem Interview mit dem Finanzexperten Ragnitz, dass maximal ein zweistelliger Millionenbetrag pro Jahr möglich sein könnte, wenn überhaupt. Es stellt sich auch die Frage - und da sind wir hier gefordert, zu gegebener Zeit zu entscheiden -, ob mehr Kommunalisierung die richtige Lösung ist oder die Rückabwicklung von bereits erfolgten Kommunalisierungen besser ist. Das geht sicherlich beides auch ohne eine Kreisgebietsreform, denn in den letzten Jahren haben wir hier auch die Kommunalisierung durchgeführt, ohne eine Kreisgebietsreform in dem Zusammenhang mitzumachen.

Diese Studie, meine Damen und Herren, ist sicher eine gute Grundlage für die Landesregierung sowie für die Strukturkommission, für die Aufstellung des Haushalts 2011 und der folgenden Haushalte, denn man muss natürlich bereits jetzt den Blick auch über die jetzige Legislatur hinaus nehmen und mit dem Ziel arbeiten, dass Thüringen im Jahr 2020 rund 3,6 Mrd. € weniger an Einnahmen, dann also insgesamt nur noch 6,2 Mrd. € an Einnahmen haben wird. An dieses Ziel müssen wir uns heranarbeiten.

Diese Entwicklung wird zu einem Teil auch von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. In der Studie wurden offensichtlich mehrere Szenarien dazu untersucht. Das Haushaltsvolumen muss aber bereits im Jahr 2011 erheblich zurückgefahren werden, um schrittweise das Ziel 2020 mit den dann vorhandenen Mitteln anzupeilen. Deshalb reichen nicht nur 500 Mio. € weniger Ausgaben im Jahr 2011. Diese Zahl wird des Öfteren genannt. So werden wir unser Ziel also nicht erreichen, sondern es muss weiter an die Ausgaben herangegangen werden. Es wird auch unsere ganze Kraft kosten, vorhandene Strukturen, Landes- und kommunale Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen, zu entscheiden, was wir uns weiterhin leisten müssen, leisten können oder wollen, und dies dann auch weiterzufinanzieren. Auf diesen Weg müssen wir natürlich auch die Bürger mitnehmen. Ein großer Teil unseres Haushalts ist durch Bundesgesetze bereits fest gebunden, auch das macht unsere Situation nicht leichter.

Unsere Ministerpräsidentin hat bei den verschiedenen Gelegenheiten in den letzten Wochen die Menschen auf die Situation bereits eingestimmt. So muss alles unternommen werden, um von der jetzigen Neuverschuldung herunterzukommen. Die vielen Umfragen aus den letzten Monaten zeigten dieses auch auf. Die Bevölkerung beschäftigt sich mit der Thematik der Neuverschuldung auf Bundes- und Landesebene und teilt auch die Auffassung, dass wir davon wegkommen müssen. Details zu den Ausführungen unserer Ministerpräsidentin zum Beispiel im Gastbeitrag in der TA hat sicher jeder von Ihnen nachgelesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich wollen wir auch Schwerpunkte setzen. In diesem Jahr haben wir das bereits getan, z.B. mit dem Kindertagesstättengesetz, mit dem Arbeitsmarktprogramm oder auch dem Blindengeld - das Gesetz werden wir hier noch behandeln -, um nur mal einige Beispiele dazu zu nennen. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, mit Geld kann man Engagement, Zuwendung und Einsatz von Menschen für Menschen in ihrem Beruf oder auch im Ehrenamt bestimmt nicht kaufen und damit auch nicht den unbedingten Erfolg.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, würden Sie bitte Ihren letzten Satz sprechen?

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Ja. Mehr Geld heißt nicht gleich bessere Ergebnisse oder bessere Bildung, meine Damen und Herren. Es kommt immer auf den Menschen an und wie er sich verhält. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Huster zur Wort gemeldet.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Lehmann, ich verstehe Sie wieder mal nicht. Ich verstehe die CDU-Fraktion nicht, was sie mir dieser Aktuellen Stunde hier am heutigen Tage erreichen will, was sie uns Neues an Zahlen mitzuteilen hat, nämlich nichts. Ich vermute, Ihr Motiv war, dass Sie Ihre koalitionsinterne Auseinandersetzung hier noch mal öffentlich machen wollten, nämlich die Frage, wie man zu Haushalten kommt, die aus Ihrer Sicht zukunftsfähig für dieses Land sind. Ich kann Ihnen zumindest wertend die

Fraktionsmeinung der LINKEN zum wiederholten Mal kurz vorstellen in der Hoffnung, dass wenigstens das eine oder andere Argument in Ihre Meinungsbildung innerhalb der Koalition vielleicht Eingang findet, so dass wir auch sagen können, Sie haben sich wenigstens an der einen oder anderen Stelle beraten lassen.

Was ich schon an Ihrem ersten Redebeitrag in der Aktuellen Stunde wieder festgestellt habe und was Sie hier wieder bekräftigt haben, dass Sie ausschließlich suggerieren, Sie könnten nachhaltige Haushalte in Thüringen aufstellen, indem Sie drastisch in die Ausgaben gehen. Bei Ihnen spielen die Bund-Länder-Verknüpfungen und damit die Chance, auch Einnahmen natürlich mitzubestimmen, überhaupt keine Rolle. Volkswirtschaftliche Betrachtungen, dass Ausgabenkürzungen natürlich auch danach untersucht werden müssen, ob sie bei Menschen oder bei Institutionen zu Kaufzurückhaltung, Konsum- oder Investitionsverzicht führen und damit wieder negativ im Kreislauf wirken, das spielt offenbar bei Ihnen überhaupt keine Rolle. Das ist doch ganz klar, hier ist jeder, der suggeriert, er könne die drastischen öffentlichen Defizite durch Ausgabekürzungen abbauen, dass der sich natürlich insbesondere an der heimischen klein- und mittelständischen Wirtschaft vergeht. Das ist Ihre Politik, die Sie hier seit Monaten - so als wenn es keine Wirtschaftskrise, keine Finanzkrise gäbe - bringen. Dieser Weg ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Alles Weitere, wo man ansetzen könnte, dazu hat Matze Bärwolff hier vorhin vortrefflich gesprochen. Ich will nur eines ergänzen: Man darf den Fokus bei der Einnahmeverbesserung natürlich nicht auf die Frage der Einkommensteuersätze richten, sondern da geht es tatsächlich um die Frage, bekommen wir eine Vermögenssteuer, eine Millionärssteuer, ja oder nein, bekommen wir drastische Veränderungen bei der Erbschaftssteuer, ja oder nein? Das sind die wichtigen Steuern, um wirklich hohe Vermögen anzugehen, die keinen Ertrag für die Gesellschaft haben, aber deren spekulatives Potenzial eher zur Destabilisierung vernünftiger realwirtschaftlicher Beziehungen führen kann und auch deshalb es ein Interesse des Staates sein muss, diese Vermögen so zu besteuern, dass Haushaltskonsolidierung auch damit möglich wird.

Jetzt zurück zu den originären Thüringer Problemen: Natürlich müssen wir auch ausgabeseitig über Konsolidierungsschritte nachdenken. Das haben wir als Fraktion auch immer versucht, auch im Rahmen der Haushaltsdebatten. Nur eines ist doch entscheidend, auch das muss die Regierung klären: Es gibt einen Konflikt zwischen Ihnen. Entweder man glaubt, man könnte über alle Ressorts verteilt und damit einschließlich Soziales, einschließlich Kultur und Bildung den Haushalt irgendwie sanieren, oder man will Prioritäten setzen und fängt damit an, was originär staatspolitische Aufgabe ist, nämlich Verwaltung zu

organisieren und man fängt bei dem Thema Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform an.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Entscheidung müssen Sie treffen. Das ganze Land wartet auf diese politische Entscheidung und die CDU-Fraktion blockiert.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das hat doch mit der Fraktion nichts zu tun.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Doch, das habt ihr gerade wieder bewiesen.)

Herr Mohring, wenn Sie und Ihr politischer Sprecher sich hier hinstellen und sagen, Sie sind bereit, morgen in die Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform einzusteigen, dann werden wir uns hier hinstellen, Sie unterstützen. Da bin ich sicher, diese Regierung würde einen Tag darauf loslegen mit einem Entwurf und einer breiten Diskussion im Lande Thüringen. Davon bin ich wirklich überzeugt.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wenn das Ziel, Frau Lehmann, der Aktuellen Stunde war, diesen Konflikt noch mal hier darzustellen, dann bin ich Ihnen dankbar. Ich will aber auch sagen, wenn beide Partner der Meinung sind, dass sie diesen Konflikt nicht lösen können, dann ist es auch Zeit, dass beide Partner darüber nachdenken, aus dieser Konstruktion auszusteigen - je eher desto besser. Denn die Zukunftsfähigkeit des Freistaats Thüringen hängt zentral von dieser Frage ab und wir haben tatsächlich keine Zeit mehr zu verlieren bei der Frage einer Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Pidde zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, alle Studien, die ich kenne, besagen, dass es so in Thüringen nicht weitergehen kann wie bisher.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verwaltungsstrukturen stimmen nicht, sind ineffizient und wir dürfen nicht immer nur nebulös von Strukturreformen reden wie über den Weltfrieden, sondern irgendwann muss man auch einmal konkret werden. Das sage ich hier im Hohen Haus mit schöner Regelmäßigkeit schon seit zehn Jahren. Das Ziel müssen ausgeglichene Haushalte sein, da stimme ich mit den meisten meiner Kollegen überein. Das ist drei Jahre lang gelungen bei exorbitant hohen, von niemandem erwarteten Steuereinnahmen. Aber sobald wir ein normales Einnahmejahr haben, haben wir eine Deckungslücke zwischen Ausgaben und Einnahmen, jetzt in schweren Zeiten für 2011 eine Deckungslücke von 1,2 bis 1,3 Mrd. €. Diese Deckungslücke, jede Deckungslücke kann nur durch drei Maßnahmen geschlossen werden, einmal durch Mehreinnahmen, die werden nicht kommen. Was wir an Möglichkeiten haben, um Mehreinnahmen zu erzielen, das ist marginal.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nein, da gibt es schon etwas.)

Der zweite Punkt ist Kreditaufnahme, da sind die Grenzen gezogen. Da sollte man auch wirklich so knapp wie möglich damit umgehen. Das Dritte ist Ausgabenkürzung. Jetzt kommt die allgemeine Frage: Wie viel wollen wir denn reduzieren: 500, 600, 700 oder noch mehr Millionen? Die Frage ist, wie viel können wir denn reduzieren? Was ist denn überhaupt möglich?

Meine Damen und Herren, ich möchte daran erinnern, von unserem Haushalt sind 2,5 Mrd. € in Personalausgaben gebunden. Da beißt die Maus keinen Faden ab. 2,6 Mrd. gehen jedes Jahr an die Kommunen raus, plus/minus ein paar Hunderttausend. Wenn wir den verbleibenden Rest dann noch anschauen, dann sind sehr viele Gelder in Verträgen gebunden, ob das Zinsausgaben sind, ob das die Ausgaben sind für alternative Finanzierung von Baumaßnahmen, für die Gebäude, die schon errichtet sind und die jetzt abgezahlt werden müssen, ob das Verträge von PPP-Maßnahmen sind oder Leasingverträge für Polizeiautos. Dann kommt ein ganzer Schwung bundesgesetzlicher Leistungen, die müssen vollzogen werden. Dann bleibt schon gar nicht mehr viel übrig. Eine Kaffeemaschine rettet den Weltfrieden dann auch nicht mehr,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern dann gibt es bloß die Möglichkeit, an die Investitionen heranzugehen. Aber jede Investition bedeutet Baumaßnahmen, bedeutet Anschaffung, bedeutet Arbeit für die einheimische Wirtschaft, für die Handwerker. Oder wir gehen an Landesgesetze ran, wir kürzen irgendwelche Leistungen. Das wird ein Spagat. Deshalb sage ich: Wie viel können wir überhaupt reduzieren an den Ausgaben? Wie viel können wir 2011 reduzieren? Wie viel muss dann noch mal in den Folgejahren reduziert werden? Das weiß noch keiner. Deshalb besagen alle Studien, wenn wir mittelfristig was erreichen wollen, müssen wir an die großen Ausgabeblocke ran, an die Personalkosten, an die Gelder für die Kommunen. Das geht nur, wenn wir die Verwaltungsstrukturen fit machen für das Jahr 2020. Da geht es vor allen Dingen um Effektivität in den einzelnen Verwaltungsebenen und in den einzelnen nachgeordneten Einrichtungen. Und wir müssen bei allem sicherstellen, dass unsere Kommunen trotz der weiter dramatisch zurückgehenden Einwohnerzahlen in den Jahren 2020 und danach ihre Aufgaben auch noch erfüllen können.

Meine Damen und Herren, das Ganze gehört in die Beratungsgremien der Koalition, dazu brauchen wir keine Aktuellen Stunden, und ich hoffe einfach auf die Strukturkommission der Landesregierung, dass dort mit externem Sachverstand Ausgabenvergleiche mit anderen Bundesländern vollzogen werden, und wir brauchen auch eine vernünftige Gemeindegröße und auch eine vernünftige Größe der Landkreise. Ob es nun 200 Mio. sind oder ob es 90 Mio. sind, ist zweitrangig. Ich will nur zitieren Joachim Ragnitz vom ifo-Institut: „Kreisreform ist die Voraussetzung für den Umbau der Verwaltung und eine echte Kommunalisierung.“ Sie wird auf mittlere Sicht zu einer effizienten und kostensparenden Aufgabenerfüllung beitragen. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Schönen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Barth zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wesentlichen Punkte sind bekannt: Weniger EU-Mittel ab 2014, das Auslaufen des Solidarpakts 2019, die demographische Entwicklung in Thüringen, die entsprechend zu weniger Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich führen wird. Ob das alles am Ende zu 20, 25 oder auch 30 Prozent weniger Einnahmen führen wird, ist vielleicht noch nicht ganz so sicher. Eines ist sicher, es wird dramatisch weniger Geld sein, welches dem Freistaat in Zukunft zur Verfügung steht. Aber diese Fakten waren alle auch schon bei der Aufstellung des Haushalts 2010 bekannt;

die Landesregierung hat sie nur bewusst ignoriert. Insofern ist es sicherlich ein unverzeihlicher Fehler, dass dem Haushalt 2010 nach drei Jahren ohne Neuverschuldung und auch im Bund, Herr Kollege Pidde, hat es eine deutliche und unerwartete Segnung mit Steuermitteln gegeben. Dort hat eine Regierung mit dem SPD-Finanzminister regiert und hat auch in diesen Zeiten weiter Schulden gemacht. Deswegen muss schon noch mal erwähnt werden, dass es hier immerhin drei Jahre ohne Neuverschuldung gegeben hat und es eben ein Fehler ist. Ich will das hier auch noch einmal ausdrücklich als unnötig und unverantwortlich bezeichnen, dass wir in Thüringen 820 Mio. € neue Schulden gemacht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber es gibt Hoffnung. Es gibt eine aufrechte Bürgerin, die versucht, diese Regierung wachzurütteln. Diese Bürgerin hat sich in der „Thüringer Allgemeinen“ zu Wort gemeldet und sie schreibt dort: „Wir müssen lernen, mit dem auszukommen, was wir selbst erwirtschaften.“ Diese mutige Bürgerin erhofft sich einen „neuen Aufbruch“, der sich um die Reduzierung der Ausgaben und die Neuverschuldung, die Rückführung der Neuverschuldung kümmern soll, und sie sagt: „Wir haben einen Weg vor uns, der steinig ist und steil. Aber es ist ein Weg, den wir zusammen bestreiten können. Lassen Sie uns gemeinsam aufbrechen.“ Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Name dieser aufrechten Bürgerin ist Christine Lieberknecht.

(Beifall FDP)

Diese Bürgerin hat eine zweite Funktion, sie ist nämlich Ministerpräsidentin von Thüringen seit einem halben Jahr. Leider ist es aber so nach meinem Eindruck, dass die Bürgerin Christine Lieberknecht und die Ministerpräsidentin nicht so sehr viel und nicht so sehr häufig miteinander sprechen. Deswegen sollte die Bürgerin ihrer Ministerpräsidentin vielleicht einmal einen Brief schreiben. Denn im Gegensatz zur Bürgerin

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Man sollte nicht immer nur von sich ausgehen.)

hat die Ministerpräsidentin den Ernst der Lage offenbar ebenso wenig begriffen wie Kollegin Rothe-Beinlich den Inhalt meiner Rede.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die verspielten Chancen des Haushalts 2010 habe ich schon gesprochen. Aber es ist ja nicht zu spät. Man könnte ja jetzt anfangen, auf die Bürgerin zu hören. Was macht aber die Bürgerin in ihrer Funktion als Ministerpräsidentin? Anstatt die Sparbemühungen ihrer eigenen Parteifreunde, die diese auf Bundesebene unternehmen, zu unterstützen, wirft sie ihnen Knüppel zwischen die Beine. Ihre

Parteifreunde haben nämlich soeben diesen Weg, der steinig ist und nach Erkenntnis der Bürgerin Lieberknecht eben auch steil, zu beschreiten. Deshalb glaube ich, dass wir hier schon konstatieren müssen, es ist spät, aber vielleicht noch nicht zu spät. Man kann noch umsteuern und die Landesregierung möge doch bitte überlegen, ob es wirklich das richtige Signal ist, sich im Zusammenhang mit dem Haushalt 2011 jetzt darüber zu streiten, ob wir vielleicht 500 oder doch 700 Mio. € an Ausgaben einsparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen noch einmal zur Erinnerung: Die Neuverschuldung im im letzten Haushalt betrug 820 Mio. €. Das ist die Latte, an der Sie sich messen müssen, das ist die Zahl, um die es mindestens geht. Denn wir haben auch vorhin schon mal gehört, dass bei der Neuverschuldung Zinsen anfallen. Selbst bei niedrigem Zinssatz 37 Mio. € aus diesen 820 Mio. €, und da ist noch kein Euro Tilgung dabei. Jeder, der einen Privatkredit laufen hat, weiß, dass man da nicht nur Zinsen bezahlt, sondern dass man den langfristig auch irgendwann einmal zurückzahlen muss. Deswegen liebe Kollegen, insbesondere von der CDU-Fraktion, dass von ihrem Koalitionspartner keine Einsparvorschläge kommen werden, hat Kollege Pidde in der Haushaltsberatung und auch hier eben noch mal eindrucksvoll bewiesen, alle Ausgaben haben sie in der Haushaltsberatung gesagt,

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: So ein Quatsch.)

alle Ausgaben sind ja quasi alternativlos und deswegen appelliere ich ausdrücklich auch an die Ministerpräsidentin, hören Sie auf so zu tun, als hätten Sie nichts mit alldem zu tun, sondern nehmen Sie die Verantwortung, die Sie am 30. August von den Bürgerinnen und Bürgern auferlegt bekommen haben, wahr, nehmen Sie sie ernst und legen Sie Haushalte vor, die ohne Neuverschuldung auskommen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abgeordnete Meyer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei diesem Thema habe ich keine Lust mich zu streiten. Keine Sorge, ich habe auch nicht vor, jetzt gleich wieder Schwarz-Grün auszurufen, aber ich habe mir alle Bemerkungen dazu verkniffen, die man heute ohne Weiteres hätte machen können. Ich erinnere da nur an den Beitrag von Herrn

Huster gerade. Wir reden über einen Zeitungsartikel, denn die Analyse selbst kenne ich nicht, ich kenne nur diesen einen Artikel und es scheint auch bisher nicht mehr zu geben. Aber das ist auch in Ordnung so. Wenn die CDU aus diesem Artikel heraus diese Schlussfolgerung zieht, die ich gerade hören durfte von Frau Lehmann, vielen Dank. Das meine ich auch wirklich ganz im Ernst.

Bemerkungen dazu, was noch da drinsteht: Abgesehen davon, dass Herr Dr. Radnitz sagt, es droht Personalabbau, es fehlen über 3 Mrd., die Ausstattung der Kommunen müssen zurückgefahren werden, die Investitionen sind zu überprüfen, Strukturreformen sind notwendig und Leistungsgesetze müssen gekürzt werden (alles richtig), müssen wir auch feststellen, dass das bedeutet, dass die Leistungen pro Einwohner deutlich zurückzufahren sind. Ob wir jetzt unter Leistungen Kilometer Straßenneubau oder Straßenunterhaltung meinen, Plätze in Kindertageseinrichtungen oder meinetwegen auch freiwillige Leistungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, ist völlig nebensächlich, es meint weniger Leistungen pro Einwohner. Dem gegenüber steht - und auch das wird immer gerne vergessen, auch wenn die Demographie heute schon mehrfach hier genannt worden ist -, dass die Menschen, die in 10 oder 20 Jahren in Thüringen leben werden, auch noch eine geringere Leistungskraft haben werden, was das Finanzielle angeht, als die Menschen heute im Durchschnitt. Es liegt einfach daran, dass sie älter sind und in der Regel dann über Renteneinkommen verfügen, das in der Regel niedriger ist als Arbeitseinkommen. Schlimmstenfalls müssen sie Harz IV erdulden, weil sie nach einem Leben in Arbeit dann trotzdem nur noch Grundsicherung bekommen. Das heißt, auch damit müssen wir uns auseinandersetzen, unsere eigenen Einnahmen werden noch weiter schrumpfen, als wir sie bisher schon erwartet haben.

Wenn man das alles ernst nimmt, dann kann ich nur sagen, dann sollten wir hier darüber keine Streitereien anfangen, sondern feststellen, das kann man nur gemeinsam lösen - das habe ich schon mehrfach gesagt und das wiederhole ich hier auch -, dann muss die Regierung Wege und Möglichkeiten finden, ohne demokratische Gepflogenheiten außer Kraft zu setzen, dafür zu sorgen, dass auch die Opposition mittun kann. Denn Sie werden keinen einzigen dieser Punkte - Personalabbau intern, Ausstattung der Kommunen zurückfahren, Investitionen überprüfen, das heißt kürzen, Strukturreformen angehen, meinetwegen Kreisgebietsreform und vor allen Dingen auch Leistungsgesetze kürzen - auch nur ansatzweise in deren Deutlichkeit durchbekommen, wenn Sie nicht mit der Opposition gemeinsam dazu Konsens finden, wenigstens in den groben Bereichen. Das liegt schon daran, dass wir über 300 Mio. pro Jahr reden. Es können auch 500, 700 oder 750 sein, das spielt keine Rolle. 300 Mio pro Jahr würde bedeuten, der kleinere Koalitionspartner setzt sich durch und sagt, wir streichen bei den Investitionen alles zusammen - Herr Machnig ist nicht da, ich darf das ruhig mal gesagt haben -, oder der große Koalitionspartner setzt sich

durch und sagt, das machen wir jetzt alles im Bildungsbereich. Auch keine wirklich gute Idee, Herr Matschie.

Herr Dr. Pidde, es gibt auch noch eine vierte Möglichkeit, wie man das Problem angehen kann, indem man Vermögen umschichtet. Auch ein unschönes Thema, gerade für die CDU-Fraktion, aber auch da bin ich der Meinung, müssen wir ran, landeseigenes Vermögen umschichten,

(Zwischenruf Abg. Höhn SPD: Welches denn?)

- Gesellschaften zum Beispiel oder Anteile an bestimmten Unternehmen. Ich wollte jetzt nicht Reizthemen ansprechen wie z.B. Flughäfen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Da ist nicht mehr so viel da.)

Ich weiß, das ist auch eins der Probleme, das wir zu diskutieren haben. Ich habe dann gedacht, weil ja die Stunde heißt Schlussfolgerungen aus den Analysen, die vorliegen, dass auch die Grundsatzrede von Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht in Jena eine Rolle spielen könnte. Ich habe darin gelesen und auch einige ganz gute Bemerkungen gefunden, z.B. hat Frau Lieberknecht - ich zitiere - ausgeführt: „Regionen wie Sachsen und Thüringen konkurrieren auch in den Hochtechnologiesparten längst mit Standorten wie Bangalore und Tsenghen.“ Da hat sie völlig recht, wir haben nur eine Welt. Frieden in Afghanistan hat was mit uns zu tun. Sozialer Frieden in Deutschland, den zu erhalten, hat was damit zu tun, wie in Bangalore die Menschen leben. Diesen Zusammenhang herzustellen heißt für uns aber auch, entsprechend wahrzunehmen, dass man nicht nur hingehen darf und sagen darf, im Jahre 2020, ich zitiere wieder: „wird es in der Regel und nicht die Ausnahme sein, dass Regionen auf EU-Ebene ihre Interessen koordinieren und gemeinsam durchsetzen.“ Dann muss man aber den Mut haben, zu sagen, das könnte doch auch mit Bundesländern gemeinsam passieren, und zwar ernsthaft und nicht immer nur so tun, als wenn Strafvollzugsanstalten schon der Weisheit letzter Schluss sind, auch Länderfusionen sind zu diskutieren, wenigstens zu diskutieren, wenn auch nicht gleich so schnell durchzuführen.

Ich möchte darauf hinaus, dass wir eine Aufgabe vor uns haben, wo es meiner Ansicht nach nicht darum gehen kann, uns immer nur die Versäumnisse der Vergangenheit vorzuhalten, da hätten wir eine Menge zu tun, das mache ich bei Gelegenheit auch gerne mal wieder, heute hier an diesem Tag nicht. Ich schließe mit einem Zitat, wiederum von Frau Lieberknecht, allerdings hat sie da jemand anderes zitiert, nämlich Max Weber und der hat gesagt: „In der Politik bedürfe es jener Festigkeit des Herzens, die auch beim Scheitern aller Hoffnungen „dennoch“ zu sagen vermag.“ Darauf hoffe ich hier auch, vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich der Abgeordnete Ramelow zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich ahnte nicht, dass bei der Thematik der Aktuellen Stunde politische Schlussfolgerungen für Thüringen aus den aktuell vorgelegten vorausschauenden Analysen für das Jahr 2020, so ist der Titel der Aktuellen Stunde, über die wir debattieren, sich dahinter die Verwaltungs-, Gebiets- und Kommunalreform verbirgt. Hätte man das nicht einfacher schreiben können? Hätte man nicht sagen können, lasst uns mal endlich darüber reden, was in diesem Land an Verwaltung nicht so optimal läuft? Lasst uns mal ein bisschen darüber reden, wie Abwanderungsdruck von Menschen, von Bevölkerung sich auf unsere Einnahmenseite auswirkt. Wie sich die sinkenden Einnahmen, die wir jetzt schon wissen, die SoBEZ, die Solidarpaktmittel und die europäischen Gelder, auswirken. Während die Debatte läuft - das ist der Grund, warum ich mich zu Wort gemeldet habe und Mike Huster anspricht, dass wir dann ja gemeinsam über die Verwaltungsreform reden sollten, und zwar als offensive Debatte und nicht als zerstörerische Debatte, es geht ja darum, über Lösungen gemeinsam zu reden - springt Mike Mohring auf als Fraktionsvorsitzender und sagt, die CDU-Fraktion ist nicht dran Schuld. Also wir haben schon mal geklärt, wer nicht dran Schuld ist. Die CDU-Fraktion produziert solche seltsamen Sätze, wie ich sie gerade vorgelesen habe als Aktuelle Stunde, man muss Hellseher oder Wahrsager oder sonst was sein, um darauf zu kommen, dass eigentlich damit gemeint ist, dass in der Koalition ein offener Punkt ist, der nicht geklärt werden kann. Ich biete deswegen ausdrücklich - und das war der Grund, dass ich vorgekommen bin - die Mithilfe und Mitunterstützung an meiner Fraktion, wenn wir eine offensive Debatte über die Verwaltungs- und Gebietsreform endlich hier im Hohen Haus zielgerichtet führen mit Ergebnissen am Schluss. Wenn dann die CDU-Fraktion ganz klar sagt, sie akzeptiert in der Koalition jede Abstimmung, die mehrheitsfähig ist hier im Hohen Haus, dann hätten wir tatsächlich eine neue Qualität, dann würden wir mal über Lösungen reden. Wir würden also mal über die Zweistufigkeit der gesamten Verwaltung reden, wir würden mal über die Einräumigkeit der Verwaltung reden. Warum haben wir 158 Zweckverbände im Wasser- und Abwasserbereich? Warum haben wir ein nicht aufeinander abgestimmtes Verfahren von Schulnetzplanung, kommunaler Planung, von den Dingen, die in den kreisfreien Städten im Verhältnis zu Kreisstädten sich die Dinge abspielen usw. Wenn das gemeint wäre, dann hätte man das doch einfacher schreiben können. Wenn wir darüber reden würden, um zu

sagen, das ist der Zukunftsplan Thüringen 2020, dann sage ich, wir sind dabei. Wir würden gerne da mitmachen. Wir würden auch gerne die Mehrheiten dafür mit absichern, damit wir zielgerichtet zuerst über das Instrumentarium, über den Kompass des Verwaltungsumbaus reden, damit dann alle Beteiligten im Land auch wissen, was das Hohe Haus, das Parlament und die Regierung von allen anderen Beteiligten im Land erwartet. Da sagen wir ganz klar, aus unserer Sicht: Abschaffung des Landesverwaltungsamtes. Gestern in der Zeitung las ich auf einmal, dass der Erfinder des Landesverwaltungsamts für die Erfindung von einer Drei-Regionalen-Verwaltungsgliederung war. Als ich mal gewagt habe vor fünf Jahren, das Wort „drei“ in Mund zu nehmen - drei oder vier - wurde mir SED angedichtet, wurde mir die Wiedereinführung der Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik angedichtet und was nicht alles. Ich wusste gar nicht, was mir da begegnete. Jetzt kommt der Erfinder des Landesverwaltungsamtes gestern in der TLZ und sagt, das Landesverwaltungsamt könnte man eigentlich abschaffen im Sinne einer Überwindung zu drei regionalen Verwaltungseinheiten.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Bezirke.)

Damit wären wir dann beim Thema, wie viele obere und untere ... Bezirke - Herr Barth, Sie haben es nicht verstanden, Sie sollten die Zeitung nehmen, einfach nachlesen. Ich habe zitiert, aber Ihnen fällt nur „Bezirke“ ein. Das ist so dieser Schaum vorm Mund, der dann bis ins Gehirn durchgeht, dass man sagt: Na ja, das hört sich alles an wie DDR. Dabei geht es darum, wie bekommen wir eine bessere, eine optimalere und eine stabilere Verwaltung hin, bei der gleichzeitig die Planungssicherheit für alle Beteiligten da ist. Ich nehme noch einmal auf den Kollegen Fiedler heute Bezug, der vorhin bei der Bürgermeisterwahl mit Stolz verwiesen hat auf das Gemeinwesen in kleinen Kommunen. Daran müssen wir denken, wie wir dieses Gemeinwesen ausbauen, wie wir es stärken, wie wir es stabilisieren und keine Pseudoüberbauten an Verwaltungen darüber setzen. Deswegen muss man sich darüber erst einmal verständigen, was wollen wir auf der kommunalen und Verwaltungsseite denn auf den Weg bringen. Wenn das das Ziel dieser Aktuellen Stunde wäre, Frau Lehmann, dann bin ich begeistert, dann machen wir mit, dann sind wir dabei und dann heben wir auch die Hand, wenn es verantwortlich um Entscheidungen für dieses Land geht, für Thüringen 2020. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schaue mal in die Reihen der Landesregierung, wer dort für dieses Thema verantwortlich ist - die Finanzministerin. Frau Finanzministerin Walsmann.

Walsmann, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, reden wir doch über das, was ausgewiesen ist für die Aktuelle Stunde, reden wir über die Zukunft, Zukunft, die schon begonnen hat. Die Thüringer Zeitungsgruppe hat eine Serie aufgelegt mit dem Titel „Thüringen 2020“. Ich finde die sehr gut, weil diese Serie auch eines zeigt, nämlich ein großes Bedürfnis, was besteht, einen Blick in die Zukunft zu werfen in dem Wissen, dass wir heute eben die richtigen Weichen stellen müssen. Das ifo Dresden hat im Auftrag der Staatskanzlei Daten ermittelt, wie sich der Freistaat in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird. Auch diese Zahlen kommen zu dem eindeutigen Ergebnis, dass in Thüringen in den nächsten zehn Jahren die Einnahmen drastisch zurückgehen werden - das ist nichts Neues. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Leistungen aus dem Solidarpakt II, die momentan ein wesentlicher Bestandteil unserer Einnahmen sind, bis 2020 schrittweise abgeschmolzen werden. Immerhin - nur um es unter dem Thema auch noch einmal zu sagen - erhalten wir im Jahr 2010 rund 1,25 Mrd. € aus diesem Topf. Die Einnahmen aus Steuern, dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen werden sich nach unseren aktuellen Prognosen bis zum Jahr 2020 - unser Thema - auf etwa 6,1 Mrd. € reduzieren. Das sind rund 300 Mio. € weniger, als wir beispielsweise in diesem Jahr zur Verfügung haben. Dabei haben wir sogar einen moderaten Anstieg der Steuereinnahmen von 0,75 Prozent jährlich unterstellt und die demographiebedingten Einnahmeverluste berücksichtigt. Auch das Ifo kommt zu dem Ergebnis, dass bis 2020 rund 200.000 Menschen weniger im Freistaat leben werden. Was die Einnahmen betrifft, verliert Thüringen in Abhängigkeit von der jeweiligen Steuerkraft und der jeweiligen Wanderungsbewegung für jeden verlorenen Einwohner Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung jährlich zwischen 2.000 und 2.500 €.

So ergibt sich eben allein aufgrund der demographischen Entwicklung auf der Einnahmenseite ein jährlicher Gesamtverlust von 40 bis 50 Mio. €. Zusätzlich zu den genannten Einnahmen werden wir im Jahr 2020 zwar noch Einnahmen vom Bund und von der EU erhalten, aber auch diese - auch das ist kein Geheimnis - werden deutlich reduziert sein. Man muss dazu sagen, dass diese Einnahmen durch den Kofinanzierungscharakter immer auch Ausgaben erzeugen. Was kurzfristige Einnahmeeffekte durch neue Kredite betrifft, so werden denen massiv langfristige und dauerhafte Ausgaben beispielsweise in Form von Zinsen gegenüberstehen. Denn Schulden bedeuten nun immer auch mal Zinsen. Schon heute zahlen wir dafür in Thüringen rund 700 Mio. €, die uns zur politischen Gestaltung des Landes fehlen.

(Abg. Huster, DIE LINKE: Das ist bekannt, Frau Ministerin.)

Das Jahr 2020 setzt auch einen Schlusspunkt - auch das ist bekannt. Aber es schadet ja nichts, wenn man es manchmal wiederholt, weil es der ein oder andere vielleicht noch nicht begriffen hat.

(Beifall CDU)

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verbietet von da an die Aufnahme neuer Schulden. Deshalb interessiert auch die Bevölkerung der Blick in das Jahr 2020, weil die Bevölkerung eben diese Themen diskutiert, mehr als Sie jemals unterstellen. Auch wenn sich aktuell die Wirtschaftsdaten immer mehr von ihrer guten Seite zeigen und es endlich wieder aufwärtsgeht, und zwar in kleinen Schritten. Wir wollen nicht zu optimistisch sein, aber es wird besser. Allein der Blick auf die Arbeitslosenzahlen stimmt ja optimistisch, mit einer Arbeitslosenquote von derzeit 10 Prozent - was immer noch zu viel ist, da sind wir uns alle einig - haben wir in Thüringen die niedrigste Maizahl seit 1991. Eine konjunkturelle Belebung wird sicher dazu beitragen, dass unsere Einnahmehasis, auf diese schauen Sie ja immer, Herr Huster, stärker wird. Aber wir müssen auch realistisch bleiben. Ich bin für einen realistischen Blick in das Jahr 2020, weil wir uns nicht gegenseitig die Taschen vollhauen wollen. Das wird uns nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst dazu beizutragen, Einnahmen und Ausgaben zusammenzuführen.

Meine Damen und Herren, aus den Einnahmeprognosen für 2020 und dem Verbot, neue Schulden aufzunehmen durch die Schuldenbremse, wird eben eines deutlich, wir kommen in den nächsten Jahren nicht drumherum, strukturelle Anpassungen vorzunehmen. Oder ganz konkret: Weniger Einnahmen bedeuten weniger Ausgaben. Die Prognosen der Experten machen noch etwas deutlich, wir haben doch kein Erkenntnisproblem. Darum geht es doch hier auch gar nicht. Mit jeder Analyse wird immer klarer, wo wir künftig einnahmeseitig stehen werden. Es nützt also nichts, weiterhin um den heißen Brei herumzuschleichen.

(Beifall FDP)

Was wir jetzt tun müssen, ist der nächste Schritt, und zwar - da komme ich auf das „gemeinsam“ zurück und da trägt auch jeder die gleiche Verantwortung - wir müssen unsere Ausgaben reduzieren in allen Bereichen mit Augenmaß, nachhaltig, aber ohne Ausnahme und ohne Tabus. Ich möchte noch einmal sagen, dass die bevorstehenden strukturellen Einschnitte keinen Kahlschlag, sondern Anpassung an das Normalmaß bedeuten, mit dem die Bürgerinnen und Bürger in anderen Bundesländern sehr gut leben können. Auch wir müssen das Geld, das uns fehlen wird, durch enorme Kraftanstrengungen kompensieren, indem wir nach der ersten Phase des strukturellen Aufbaus nach der Wiedervereinigung jetzt

davor stehen, den strukturellen Umbau voranzutreiben, der in seinem Ausmaß einer zweiten Aufbauleistung entspricht. Ich sehe das nicht als Rückschritt - ganz im Gegenteil. Es ist auch eine große Chance, um neue Wege zu gehen, auch mit Blick auf die nachfolgenden Generationen. Die werden es uns danken.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die Redezeit für diesen vierten Teil der Aktuellen Stunde ist erschöpft und ich schließe die Aussprache und damit auch den Tagesordnungspunkt 22.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 21** auf

Fragestunde

Als erste die Frage des Herrn Abgeordneten Bergemann, CDU-Fraktion, in der Drucksache 5/1001.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Zukunft von Spezialsportlehrern

"Keine Berufschancen für Thüringer Weltmeister" - so titelte die Südthüringer Zeitung am 18. Mai 2010. "Dem Sportgymnasium Oberhof fehlen Spezialsportlehrer, doch für Thüringer Wintersport-Weltmeister wie Marko Baacke (Nordische Kombination) und Andre Florschütz (Rodeln) gibt es im selbst ernannten 'Sportland Thüringen' keine Berufschancen." Marko Baacke hat im April an der Trainerakademie in Köln sein Diplomtrainerstudium erfolgreich beendet, Andre Florschütz steht kurz davor. "Als Spezialsportlehrer können sie aber" - z. B. am Sportgymnasium Oberhof - "nicht angestellt werden, weil der Trainerabschluss durch die Kultusministerkonferenz nicht fürs Lehramt anerkannt wird."

Ich frage die Landesregierung:

1. Das Kultusministerium verhandelte über zwei Jahre mit dem Landessportbund darüber, die ausgebildeten Trainer künftig so anzustellen, dass sie als Spezialsportlehrer am Sportgymnasium tätig sein könnten: Zu welchem Ergebnis ist man nach Abschluss dieser Verhandlungen gekommen?

2. Kann die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler im kommenden Schuljahr 2010/2011 am Sportgymnasium im Bereich Rodeln und Nordische Kombination durch Spezialsportlehrer abgesichert werden, damit Thüringen auch weiterhin als das Wintersportland mit erfolgreichen Sportlern aufwarten kann?

3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung in einem Personalbudget für die Spezialgymnasien, mit dem spezielle Lehrkräfte in eigener Verantwortung durch die Schule eingestellt werden könnten?

4. Wie steht die Landesregierung zu der Empfehlung des Thüringer Schlitten- und Bobsportverbandes, dass Thüringen eine Vorreiterrolle einnehmen und sich dafür einsetzen solle, das Berufsbild Trainer mit einem Sportlehrerabschluss zu verknüpfen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Diese Frage beantwortet für die Landesregierung Minister Matschie.

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin, Herr Kollege Bergemann, die Mündliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1: Im Ergebnis der Gespräche zwischen dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und dem Landessportbund haben sich die Partner darüber verständigt, dass auch zukünftig Trainer ohne Lehramt nicht in den Landesdienst übernommen werden. Diese sollen aber über den Landessportbund beschäftigt werden. Dazu soll eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit und dem Landessportbund zur personellen Absicherung des Spezialsports und -trainings an den drei Thüringer Sportgymnasien abgeschlossen werden.

Zu Frage 2: Ja, die Ausbildung kann abgesichert werden. Dazu wurde u.a. das Staatliche Schulamt Schmalkalden ermächtigt, mit den Trainern Andre Florschütz und Marko Baacke befristete Arbeitsverträge abzuschließen, so dass wir die Phase bis zur Rahmenvereinbarung jetzt in den dringenden Fällen lösen konnten.

Zu Frage 3: Im Rahmen des Pilotversuchs zur Personalbudgetierung wurden seit dem Schuljahr 2007/2008 insbesondere den Spezialgymnasien die Möglichkeit eröffnet, in Abstimmung mit dem zuständigen Staatlichen Schulamt befristete Beschäftigungsverhältnisse oder Honorarverträge bis zum 31. Juli 2010 abzuschließen.

Zu Frage 4: Ausgehend von den bestehenden rechtlichen Bestimmungen steht es jedem angehenden Lehrer oder Lehrerin frei, neben der regulären Ausbildung zum Lehrer oder zur Lehrerin eine Trainerlizenz zu erwerben. Damit wäre diese Kombinationsmöglichkeit gegeben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt offensichtlich eine oder zwei Nachfragen. Bitte, Herr Bergemann.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Ja, vielen Dank, Herr Minister. Nur eine kleine Nachfrage noch mal. Gibt es eventuell die Möglichkeit, dass der Pilotversuch fortgeführt werden kann? Das würde ich gern noch mal wissen. Die zweite Frage: Kann man im Umkehrschluss davon ausgehen, dass auch die Trainer die Chance kriegen, das Lehramt zu erreichen in irgendeinem Bildungsgang?

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Zur ersten Frage: Über die Fortführung des Pilotversuchs und gegebenenfalls, wie fortgeführt wird, ist noch nicht endgültig entschieden, die Debatte läuft im Moment noch. Da können Sie dann aber zeitnah eine Information bekommen, wenn die Entscheidung getroffen ist.

Zur zweiten Frage: Im Moment sind die rechtlichen Bestimmungen so, dass wir das nur so kombinieren können, dass jemand, der eine Ausbildung zum Lehrer oder zur Lehrerin macht, auch eine Trainerlizenz erwerben kann. Die Lehrerausbildung ist Voraussetzung für die Kombination.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt einen weiteren Wunsch zur Nachfrage. Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Minister. Meine Nachfrage geht in die Richtung: Sie haben angedeutet, es wird eine Vereinbarung geben zwischen dem Kultusministerium, dem Sozialministerium und dem Landessportbund. Ich unterstelle mal, dass damit keine größere finanzielle Aufstockung verbunden sein wird. Woher werden dann die entsprechenden Stellen, die im

Landessportbund requiriert werden, entnommen, aus den bis dato gezahlten Mitteln oder welche Informationen haben Sie seitens des Landessportbunds, damit diese Stellen dann abgedeckt werden?

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Wir verhandeln im Moment über die Rahmenvereinbarungen. Wir haben grundsätzlich vereinbart, dass die Trainer beim Landessportbund angestellt werden und dafür dann im Gegenzug die Mittel zur Verfügung gestellt werden und die Trainer dann auch Sportunterricht mit abdecken können.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Eine geht noch.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Nur eine Verständnisfrage: Werden die Mittel durch den Landessportbund oder sozusagen durch die Landesregierung bereitgestellt?

Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Wir verhandeln, wie gesagt, im Moment noch über die Rahmenvereinbarung. Wie die genaue Aufteilung ist, kann ich Ihnen im Moment aus dem Stand nicht sagen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe die nächste Frage auf und zwar die des Herrn Abgeordneten Kuschel, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/1077.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin.

Erhebung von Verwaltungsgebühren für abgelehnten Bürgerbegehrensantrag

Mit Bescheid vom 10. Mai 2010 hat die Gemeindeverwaltung Unterbreizbach einen Antrag auf Zulassung eines Bürgerbegehrens abgelehnt und zudem auch eine Verwaltungskostengebühr festgesetzt. Die Gemeinde vertritt die Auffassung, dass die

Ablehnung eines Bürgerbegehrensantrags kostenpflichtig sei, weil das Thüringer Verwaltungskostengesetz für derartige Antragsentscheidungen keine Kostenfreiheit vorsieht. In Beantwortung einer Mündlichen Anfrage (Drucksache 4/4324) in der 90. Plenarsitzung der 4. Wahlperiode am 11. September 2008 vertrat die Landesregierung die Auffassung, Entscheidungen von Gemeinden zur Beantragung von Bürgerbegehren seien nicht kostenpflichtig. Die in § 2 Abs. 1 Nr. 13 des Thüringer Verwaltungskostengesetzes festgeschriebene Verwaltungskostenfreiheit für Angelegenheiten des Wahlrechts, des Volksbegehrens und des Volksentscheids würden aus Sicht der Landesregierung auch für Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene gelten.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe hat die Gemeinde Unterbreizbach im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Bürgerbegehrensantrags mit Bescheid vom 10. Mai 2010 Verwaltungskosten erhoben und wie wurden diese seitens der Gemeinde begründet?
2. Inwieweit steht die nachgefragte Verwaltungskostenfestsetzung aus Sicht der Landesregierung im Widerspruch zu § 2 Abs. 1 Nr. 13 Thüringer Verwaltungskostengesetz?
3. Bleibt die Landesregierung bei der am 11. September 2008 im Thüringer Landtag geäußerten Rechtsauffassung, wonach Entscheidungen über Bürgerbegehrensanträge verwaltungskostenfrei erfolgen bzw. wie begründet sie eine möglicherweise nunmehr davon abweichende Auffassung?
4. Welche rechtsaufsichtlichen Möglichkeiten bestehen aus Sicht der Landesregierung, gegenüber der Gemeinde Unterbreizbach durchzusetzen, dass diese in Anwendung des § 2 Abs. 1 Nr. 13 Thüringer Verwaltungskostengesetz Anträge auf Zulassung kommunaler Bürgerbegehren verwaltungskostenfrei bearbeitet und entscheidet?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Innenminister Prof. Huber.

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel beantworte ich für die Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Die Gemeinde Unterbreizbach hat mit Bescheid vom 10. Mai 2010 im Zusammenhang mit der Ablehnung eines Bürgerbegehrensantrags eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 30 € sowie eine Auslagenerstattung in Höhe von 13,20 € festgesetzt. Zur Begründung wurde angeführt, dass es sich sachlich um einen Antrag auf Zulassung eines Einwohnerantrags gehandelt habe. Die Kostenforderungen wurden seitens der Gemeinde auf § 1, § 6 Abs. 1 Nr. 1, § 6 Absätze 3, 9 und 21 sowie § 11 Thüringer Verwaltungskostengesetz gestützt.

Zu Frage 2: Aus Sicht der Landesregierung steht die Kostenentscheidung im Widerspruch zu § 2 Abs. 1 Nr. 13 Thüringer Verwaltungskostengesetz.

Zu Frage 3: Ja.

Zu Frage 4: Die rechtsaufsichtlichen Möglichkeiten ergeben sich aus § 116 ff. der Thüringer Kommunalordnung. Die Gemeinde wurde zunächst von der Rechtsaufsichtsbehörde über die Rechtslage und die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Rücknahme des Bescheids informiert.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich nehme an, es gibt Nachfragen. Bitte, Herr Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Woher wussten Sie das, Frau Präsidentin? Danke.

Herr Innenminister, danke für die deutliche Antwort. Die Frage stellt sich nun, wenn die Gemeinde diesem rechtsaufsichtlichen Hinweis nicht Folge leistet, dann müssten die Betroffenen klagen mit guten Erfolgsaussichten, der Bürgermeister kann sagen, lasst die mal klagen, weil es bezahlt die Gemeinde, muss ich nicht selbst bezahlen. Ist denn da nicht, wenn einer vorsätzlich gegen eine klare Rechtsauslegung verstößt, eine Amtspflichtverletzung gegeben, wo das möglicherweise die Rechtsaufsichtsbehörde, die auch Disziplinarbehörde für den kommunalen Wahlbeamten ist, nicht über diesen Weg einen solchen Unsinn verhindern kann, dass man die Antragsteller eines Bürgerbegehrens in ein Klageverfahren zwingt?

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Herr Abgeordneter Kuschel, zum einen garantieren das Grundgesetz wie die Thüringer Verfassung effektiven Rechtsschutz im Sinne des Primärrechtsschutzes, so dass ein Klageverfahren für die Vertreter der Bürgerinitiativen möglich ist. Die Kostenentscheidung beim Obsiegen führt dazu, dass die siegende Partei die Kosten von der unterlegenen Partei einholen kann. Die Rechtsaufsichtsbehörde ist zweitens tätig geworden. Drittens, Schadenersatzansprüche gibt es nach dem Subsidiaritätsgrundsatz, der in § 839 BGB niedergelegt ist, nur, wenn man vorher alle Möglichkeiten des Primärrechtsschutzes ausgeschöpft hat. Insofern müssten die Vertreter zunächst in das Verwaltungsstreitverfahren eintreten. Ich gehe davon aus, dass sich Thüringer Behörden, auch die Behörden der mittelbaren Staatsverwaltung, entsprechend dem Rechtsstaatsprinzip an Recht und Gesetz halten, da die eindeutige Haltung der Landesregierung Zweifel nicht zulässt, der Bürgermeister dem auch Folge leisten wird.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als Nächstes die Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Lukin, Fraktion DIE LINKE, in Drucksache 5/1081 auf.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Saalfelder Zugwerkstatt

Obwohl nach Angaben des Statistischen Bundesamtes der Güterverkehr auf dem deutschen Schienennetz gegenwärtig wieder zunimmt und die Auflagen zur Wartung der Güterwagen deutlich verschärft wurden, plant die DB Schenker, die Bahnwerkstatt Saalfeld zu verkleinern und zum Instandhaltungsstützpunkt zurückzustufen, wie in der Ostthüringer Zeitung vom 5. Juni 2010 zu lesen war. Zudem wurde trotz momentan geleisteter Überstunden und Sonnabendarbeit eine Verringerung der Mitarbeiterzahl angekündigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung die konkreten Vorhaben der DB Schenker zur Verringerung der Reparaturkapazitäten und Arbeitsplätze in Saalfeld bekannt und wenn ja, wie stellen sich diese dar und wie werden sie von der Landesregierung bewertet?
2. Wie schätzt die Landesregierung die angekündigte Kapazitätsverringering vor dem Hintergrund ein, dass gegenwärtig die Stundenzahl der Beschäftigten erhöht und zunehmend Überstunden geleistet werden müssen?

3. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass mit der geplanten Umwandlung des Saalfelder Werkes in einen mobilen Instandhaltungsstützpunkt kein stationäres Reparaturwerk für Güterwagen in Thüringen mehr vorhanden ist?

4. Unterstützt die Landesregierung die ökologisch notwendige Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen und Konzepten?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Sie sehen, Herr Minister Carius ist bereits ans Pult getreten, um die Frage zu beantworten.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukin beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, der Landesregierung sind diese Vorhaben bekannt. Durch den Produktionsvorstand der DB Schenker Rail, Herrn Fricke, wurde die Landesregierung am 01.06.2010 darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Deutsche Bahn AG ab 01.01.2011 eine Planstellenreduzierung - Bestand sind 54, der Planansatz sind dann 43 - im Werk Saalfeld vorgesehen hat. Die Landesregierung bedauert die Planstellenreduzierung und hat dies gegenüber der DB Schenker Rail auch deutlich gemacht. Es handelt sich indes um eine unternehmerische Entscheidung der DB Schenker Rail.

Zu Frage 2: Der gegenwärtige Personalbestand wird bis zum 31.12.2010 beschäftigt. Der zurzeit erhöhte Anfall an Reparaturleistungen resultiert nach Auskunft der Bahn im Wesentlichen aus dem Achstausch von Güterwagen. Die Einigung mit dem Betriebsrat über den vorgesehenen Personalabbau aufgrund der zu erwartenden Leistungsentwicklung steht noch aus und ist eine Angelegenheit der Tarifpartner.

Zu Frage 3: Der Standort Saalfeld wird unter Berücksichtigung der veränderten Kapazitäten von einem Servicecenter in einen Instandhaltungsstützpunkt umgewandelt. Die bereitzuhaltenden Instandsetzungskapazitäten orientieren sich an dem aufkommensgerechten Anfall an Güterwagen. Die bisher praktizierte überregionale Zuführung von schadhaften Güterwagen entfällt nach Mitteilung der DB Schenker Rail aus Bedarfs- und Kostengründen ab 2011. Das ist dann eine rein konzerninterne Entscheidung der Bahn.

Zu Frage 4: Ja, die Landesregierung unterstützt die Verlagerung von Transporten von der Straße auf die Schiene. In der Koalitionsvereinbarung ist festgelegt, so viel Verkehr wie möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Hierzu soll auch die ab 2011 neu vorgesehene Förderung von Vorhaben nicht bundeseigener Eisenbahnen zum Erhalt und zum Ausbau der Infrastruktur für den Schienengüterverkehr beitragen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine Nachfragen. Dann kann ich die nächste Frage aufrufen, die der Frau Abgeordneten Enders, Fraktion DIE LINKE, in Drucksache Nr. 5/1082.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Einbeziehung der Landesregierung in die Planungen zum Bau der 380-kV-Trasse durch den Thüringer Wald

In den Tageszeitungen „Freies Wort“ und „Ostthüringer Zeitung“ vom 5. Juni 2010 wird Ministerpräsidentin Lieberknecht sinngemäß mit den Worten wiedergegeben, dass die 380-kV-Leitung durch den Thüringer Wald "... gänzlich ohne Berücksichtigung der regionalen Interessen geplant worden sei" und sie die EU kritisiere, dass sie ohne Mitsprachemöglichkeit die "... Vorrangtrassen festlegt". Zudem plädiere sie für Änderungen, um zukünftig die Einbeziehung der betroffenen Regionen zu gewährleisten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann hat die Landesregierung zum ersten Male Kenntnis vom Vorhaben des Baus der 380-kV-Leitung erhalten?
2. Was hat die Landesregierung seitdem unternommen, um sich ein Mitspracherecht beim Bauvorhaben zu sichern?
3. Wie wird in anderen von der EU vorgesehenen Projekten das Mitspracherecht durch die Landesregierung gewährt?
4. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der Tatsache, dass eine Reihe von Anzuhörenden in der Anhörung zur 380-kV-Leitung in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit am 18. Mai 2010 (so unter anderem Vertreter der Bundesnetzagentur und der EU-Kommission) explizit auf das Mitspracherecht und die Zustimmung des Leitungsbaues durch die Landesregierung verwiesen haben?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Enders für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Nach den mir vorliegenden Unterlagen bzw. nach meiner Kenntnis müsste die Landesregierung spätestens am 17. August 2004 im Rahmen einer Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren nach Landesplanungsgesetz für den Leitungsabschnitt Lauchstädt - Vieselbach von dem Projekt erfahren haben.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Planfeststellungsverfahren werden ja öffentliche und private Belange gegeneinander abgewogen. Dies geschieht unter Beteiligung aller Interessensgruppen und auch der betroffenen Bürger. Zu der Frage, inwieweit die vorherige Landesregierung das Leitungsbauprojekt unterstützt hat, kann man sagen, dass dies im Rahmen der Zustimmung zum Energieleitungsausbaugesetz im Bundesrat geschehen ist, weil das im Paket war.

Zu Frage 3: Wie bereits jetzt eben schon dargestellt, wirken ja die Länder durch den Bundesrat bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und den Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß mit. Das ergibt sich aus dem Artikel 50 Grundgesetz.

Zu Frage 4: Nach unserer Erinnerung haben die Anzuhörenden darauf verwiesen, dass das Vorhaben aufgrund EU-rechtlicher und bundesgesetzlicher Vorgaben zwingend umzusetzen ist. Sie sind dann auf das Mitspracherecht zur Art und Weise der Umsetzung des Leitungsbauprojekts im Rahmen der Durchführung des Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahrens eingegangen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine oder zwei Nachfragen.

Abgeordnete Enders, DIE LINKE:

Ich habe eine Nachfrage. Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung genutzt durch ihre Landesbehörden - ich sage zum Beispiel Staatsforst unter anderem - also hier gegebenenfalls im Planfeststellungsverfahren und Raumordnungsverfahren von Vieselbach nach Altenfeld bzw. jetzt im abgeschlossenen Raum oder sich im Verfahren befindlichen Raumordnungsverfahren Vieselbach-Altenfeld, Einfluss darauf zu nehmen.

Staschewski, Staatssekretär:

Wie in den Verfahren üblich, wird bei Anhörung entsprechend auch um eine Expertise gebeten, die stellen wir dann zur Verfügung. Aber wenn Sie es genauer haben wollen, dann kann ich Ihnen das noch zuarbeiten, inwieweit da Schriftverkehr vorhanden ist. Das würde ich Ihnen zur Verfügung stellen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen, so dass ich die nächste Anfrage aufrufe. Es ist die des Abgeordneten Hauboldt, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/1085.

Abgeordneter Hauboldt, DIE LINKE:

Änderungsvorschläge zum SGB II zur Entlastung der Sozialgerichte mit "Nebenfolgen"?

Am 3. Juni 2010 stellte Justizminister Dr. Poppenhäger zusammen mit dem Präsidenten des Thüringer Landessozialgerichts, Herrn Dr. Stoll, den Jahresbericht 2009 für die Thüringer Sozialgerichtsbarkeit vor. Es ist im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der Klageeingänge zu verzeichnen, wie sich auch ein kontinuierlicher und deutlicher Anstieg der Verfahrenszahlen für die vergangenen 15 Jahre nachweisen lässt. Den größten Anteil an dieser Entwicklung machen die Verfahren nach dem SGB II ("Hartz IV" genannt) aus. Mittlerweile wird in einer gemeinsamen Länderarbeitsgruppe der Justiz- sowie Arbeits- und Sozialministerien über konkrete Änderungen im Verfahrensrecht und bei den Regelungen des SGB II konkret debattiert, da allein über "logistische" Maßnahmen bei den Sozialgerichten die Überlastungsprobleme nicht zu lösen sind. Das Thema soll auch auf der Frühjahrstagung der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder (JuMiKo) besprochen werden, die am 23. und 24. Juni in Hamburg stattfindet.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form war/ist der Freistaat Thüringen personell bzw. inhaltlich (z. B. durch Stellungnahme/Zuarbeit) an der Arbeitsgruppe der Justizministerkonferenz zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit beteiligt?

2. Mit welchem Arbeitsziel und mit Blick auf welche Rechtsgebiete, z.B. konkrete Gesetzesänderungsvorschläge für SGB II und SGB XII, sollen die Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse der in Frage 1 genannten Arbeitsgruppe auf der Frühjahrstagung der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder besprochen werden?

3. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu den Vorschlägen zur Abschaffung des sozialrechtlichen Überprüfungsantrags nach § 44 SGB X, zur Pauschalierung der Kosten der Unterkunft (KdU) und zur Einführung der "Kostenhürden" im Prozessrecht, insbesondere Einführung einer "Pauschgebühr" für Klagen, und der weiteren Anhebung der Berufungssumme, mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Gewährleistungen eines menschenwürdigen Existenzminimums und eines wirksamen Rechtsschutzes gegen Maßnahmen der öffentlichen Hand?

4. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zum Rechtskonstrukt der "Bedarfsgemeinschaft" und welche Änderungsmöglichkeiten sieht sie in diesem Regelungsbereich mit Blick auf die Entlastung der Sozialgerichte?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Diese Frage beantwortet für die Landesregierung Staatssekretär Professor Herz.

Prof. Dr. Herz, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hauboldt beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Wie Sie in den Vorbemerkungen zur Mündlichen Anfrage bereits zutreffend feststellen, berät zurzeit eine gemeinsame Kommission der Justizministerkonferenz und der Arbeits- und Sozialministerkonferenz - also eine gemeinsame Kommission - über Maßnahmen zur Entlastung und Effizienzsteigerung der Sozialgerichte. Grundlage dieser Beratungen sind Empfehlungen einer vorangegangenen Länderarbeitsgruppe der Justizressorts, die sowohl das sozialgerichtliche Verfahren als auch das materielle Sozialrecht betreffen. Die Kommission arbeitet auf Staatssekretärebene. Beteiligt sind 6

Justiz- und 6 Sozialstaatssekretäre. Die Kommission wurde von den Fachministerkonferenzen eingesetzt. Thüringen ist in dieser Kommission nicht vertreten.

Zu Frage 2: Die genannte Kommission arbeitet auf der Grundlage der Empfehlungen einer vorangegangenen Länderarbeitsgruppe der Justizresorts vom 19. Oktober 2009. An dieser Länderarbeitsgruppe war auch Thüringen beteiligt. Die Arbeitsgruppe hatte unter Einbeziehung der Expertise der Sozialgerichtsbarkeit mögliche Änderungen aufgelistet und mit entsprechenden Bewertungen der Justizministerkonferenz als Arbeitsmaterial vorgelegt. Die Justizministerkonferenz hatte dann daraufhin im Herbst letzten Jahres die genannte Kommission eingesetzt. Wenn man diese Empfehlungen betrachtet und analysiert, kann man feststellen, dass sie inhaltlich darauf ausgerichtet sind, das sozialgerichtliche Verfahren zu vereinfachen und damit die Zahl der Verfahren zu verringern. Es geht aber auch darum, Ungenauigkeiten der bestehenden Gesetze zu korrigieren und vereinzelt gesetzliche Vorgaben präziser zu fassen. Die Kommission hat eine Reihe von Unterarbeitsgruppen gebildet und beabsichtigt bis zur Herbstjustizministerkonferenz einen Abschlussbericht vorzulegen.

Zur Konferenz, die nächste Woche beginnt: Das Land Berlin hat angekündigt, am 23. und 24. Juni 2010 in Hamburg, also während der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder einen Zwischenbericht zum Stand der Beratungen zu unterbreiten. Dieser Zwischenbericht lag bis gestern Abend noch nicht vor.

Erlauben Sie mir bitte, Frage 3 und 4 zusammen zu beantworten, weil das auch inhaltlich zusammen gehört. Wie bereits ausgeführt, liegen bisher keine Änderungs- oder Gesetzgebungsvorschläge der Kommission vor. Die Empfehlungen der Länderarbeitsgruppe vom Oktober 2009, das ist das Einzige, was bisher vorliegt, sind lediglich eine Sammlung von Vorschlägen und bilden kein abgestimmtes oder abgeschlossenes Gesamtkonzept für Gesetzesänderungen. Die in der Mündlichen Anfrage angesprochenen Problemfelder finden sich in den Empfehlungen neben einer Vielzahl anderer Vorschläge wieder, also insbesondere die Problemfälle, die Sie in den Fragen 3 und 4 angesprochen haben.

Bitte haben Sie bei dem geschilderten Verfahrenstand Verständnis dafür, dass sich die Thüringer Landesregierung bisher keine abschließende Meinung zu den von Ihnen beispielhaft genannten Teilbereichen des materiellen oder verfahrensrechtlichen Sozialrechts gebildet hat. Die Meinungsbildung kann erst erfolgen und wird dann auch zeitnah erfolgen, sobald konkrete Vorschläge oder Entwürfe von Gesetzesänderungen auf dem Tisch liegen, denn diese Vielzahl von Vorschlägen muss dann auch im Zusammenhang betrachtet werden.

Lassen Sie mich hinzufügen, in der Mündlichen Anfrage ist - ich glaube, ich interpretiere Sie richtig - die Besorgnis erkennbar, dass mit einer Reihe von Empfehlungen ein Abbau des Sozial- oder Rechtsschutzes zugunsten einer Verbesserung der Effizienz der Sozialgerichtsbarkeit verbunden sein könnte. Ich gehe zunächst mal davon aus, dass bereits die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Sozialressorts der Länder ein ausgewogenes Herangehen an die Problematik gewährleistet. Seien Sie aber außerdem versichert, dass die Landesregierung die Ergebnisse dieser Kommission gründlich prüfen wird. Weder die Empfehlungen vom Herbst 2009 noch die Vorschläge der Kommission werden ungeprüft übernommen werden. Das gilt auch für die Bereiche, die Sie gesondert angesprochen haben. In jedem Fall müssen die Entlastungseffekte für die Sozialgerichtsbarkeit auf der einen Seite mit der Rechtsschutzgarantie und der Ausgestaltung des Sozialprinzips abgewogen werden. Ich gehe davon aus, dass Konkretisierungen, bezogen auf die nötigen Gesetzesänderungen, frühestens im vierten Quartal dieses Jahres möglich sein werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Hauboldt noch ein Auskunftsbedürfnis.

Abgeordneter Hauboldt, DIE LINKE:

Das ist richtig, Frau Präsidentin. Herr Staatssekretär Professor Herz, zunächst erst einmal Danke für die ausführliche Beantwortung. Ich gehe jetzt in meiner Fragestellung nicht noch einmal ein auf die Empfehlungen für die Sozialgerichte oder was die Effizienz der Sozialgerichte betrifft, ich bedauere es auch zutiefst, dass Thüringen nicht in der Kommission vertreten ist, aber gerade deshalb meine Frage: In welcher Form nimmt denn die Landesregierung die Hinweise und Bedenken, die uns auch bekannt sind, oder auch Mängel schlussfolgernd zur Kenntnis, die sich aus der Rechtsprechung der Sozialgerichte gerade mit Bezug auf die Gesetzeslage ergeben, und wurden daraus Handlungsoptionen deutlich bis zur Bundesebene und in welcher Form werden diese eingebracht?

Prof. Dr. Herz, Staatssekretär:

Zunächst bedauere ich auch, dass Thüringen nicht in dieser Kommission vertreten ist, aber es war noch vor dem Amtsantritt der jetzigen Landesregierung, als die Justizministerkonferenz das beschlossen hat. Wir nehmen alle Vorschläge und alle Bedenken sehr ernst. Zum Beispiel ist von der Sozialeite der Arbeitsgruppe zu erwarten, dass die Kosten im Prozessrecht, also die Pauschgebühr für die Klagen auf jeden Fall sehr moderat und beschränkt sein wird. Auch die Gewerkschaften haben sich zu einigen Dingen

geäußert, beispielsweise zur Pauschalisierung der Kosten der Unterkunft. Hier liegen auch Sachverständigengutachten vor. All das wird in die Überlegungen mit eingehen. Es wird immer darauf ankommen, hier einen Ausgleich zu finden. Eine Effizienzsteigerung der Sozialgerichtsbarkeit nützt natürlich den Klägern, ihre berechtigten Anliegen durchzusetzen. Das ist insofern ein wirklich sinnvolles Ziel. Aber andererseits ist die ratio legis etwa von § 44 SGB, den Sie genannt haben, auch wichtig, ein berechtigter Anspruch. Man wird es gegeneinander ausgleichen müssen. Und hier wird die Ausgestaltung des Sozialstaatsprinzips im Zweifel auch angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Vorrang vor Effizienzgesichtspunkten haben müssen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen, so dass ich nun die nächste Mündliche Anfrage aufrufen kann, die der Frau Abgeordneten Jung, Fraktion DIE LINKE, in Drucksache 5/1090.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Nach der Neubildung der Landesregierung hat noch keine Beratung des Landesseniorenbeirats stattgefunden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird der Landesseniorenbeirat konstituiert?
2. Wie häufig soll der Landesseniorenbeirat tagen?
3. Soll die Satzung des Landesseniorenbeirats geändert werden?
4. Wird die inhaltliche Aufgabenstellung des Landesseniorenbeirats zur Erarbeitung der Konzeption zur Seniorenarbeit in Thüringen fortgesetzt, wenn nein, warum nicht?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Diese Frage beantwortet für die Landesregierung Staatssekretär Dr. Schubert.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Landesbeirat für die Fragen zur Lebenssituation älterer Menschen wird nicht neu konstituiert, sondern er ist 1994 konstituiert worden und fortlaufend. Es wird nur dann, wenn die Amtszeit der Entsendeten zu Ende ist, neu besetzt. Das ist bei den LIGA-Vertretern vier Jahre und im Landtag hängt es an der Legislaturperiode. Der wird das nächste Mal im September tagen, das sei dann die Antwort auf Ihre Frage. Ich wollte es nur noch mit der Konstituierung klären.

Zu Frage 2: Gemäß der geltenden Geschäftsordnung des Landessenorenbeirats vom 22. Oktober 1996 tritt der Landessenorenbeirat mindestens zweimal jährlich zusammen.

Zu Frage 3: Der Erlass zum Landessenorenbeirat, nicht die Satzung, ist am 15.12.2009 geändert worden und soll jetzt so bleiben, wie er damals geändert worden ist.

Zu Frage 4: Gemäß § 1 Abs. 2 des geltenden Richtungserlasses berät der Landessenorenbeirat das für Senioren zuständige Ministerium in grundlegenden Fragen der Seniorenpolitik, der Altenhilfe und der Altenpflege. Zugleich solle der Seniorenbeirat zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen die Lebenssituation älterer Menschen in Thüringen betreffend gehört werden. An dieser Aufgabenstellung soll auch hinsichtlich der zu erarbeitenden Konzeption der Landessenorenarbeit in Thüringen festgehalten werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt offensichtlich eine Nachfrage.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, Sie sagten, zweimal jährlich tagt er. Tagt er auch dieses Jahr zweimal jährlich?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Wenn das in der Satzung bzw. in der Richtlinie so vorgeschrieben ist, gehe ich davon aus. September ist ja noch nicht Jahresende, da ist schon noch ein Zeitraum da, wo man das dann umsetzen kann.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich rufe jetzt die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/1095 auf.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Verzögerungen bei der Ausreichung von Fördermitteln für die Landwirtschaft

Zunehmend beklagen Landwirtschaftsbetriebe, dass Förderzusagen zwar erteilt wurden, die Auszahlungen aber nicht erfolgen. Einige Unternehmen befürchten sogar den Verlust ihrer Liquidität. Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Worin liegen die Ursachen der Auszahlungsverzögerungen?
2. Wann gelangen die bewilligten Fördermittel nach dem Agrarinvestitionsförderprogramm zur Auszahlung?
3. Bis wann können Fördermittel für Maßnahmen ausgereicht werden, für die ein vorzeitiger förderunschädlicher Beginn beantragt wurde?
4. Wie viele Agrarbetriebe sind in diesem Jahr auf Grund von Auszahlungsverzögerungen in Liquidationsschwierigkeiten geraten?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Richwien.

Richwien, Staatssekretär:

Danke schön, Frau Präsidentin. Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Bei der Umsetzung der Landwirtschaftsfördermaßnahmen des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz kann im Grunde nicht von Auszahlungsverzögerung gesprochen werden. Eine derartige Verzögerung bei der Auszahlung zugesagter, das heißt mittels Zuwendungsbescheid bestandskräftig bewilligter Fördermittel liegt nur dann vor, wenn durch den Zuwendungsempfänger alle Zahlungsvoraussetzungen erfüllt werden, die Verwaltung aber den Zahlungen nicht innerhalb

einer einzuräumenden Bearbeitungsfrist nachkommt. Es ist richtig, dass in Einzelfällen Probleme mit den beantragten Auszahlungen bestehen. Ursachen dafür sind aber regelmäßig Verfahrensfehler auf Seiten der Antragsteller einschließlich der die Fördervorhaben betreuenden Planungsbüros. Diese haben zeitaufwändige Prüfungen durch die Bewilligungsbehörde und die zuständige Bauverwaltung zwingend erforderlich gemacht. Mittelabrufe, bei denen die allgemein bekannten Auszahlungsvoraussetzungen erfüllt werden, sind von diesen zeitlichen Verzögerungen nicht betroffen.

Zu Frage 2: Sobald die Unternehmen unter Vorlage bezahlter Rechnungen und unter Nachweis der Einhaltung vergaberechtlicher Voraussetzungen den Anspruch auf zuvor bewilligte Fördermittel belegen, steht einer Auszahlung nichts im Wege. Im Jahr 2010 sind bis Monat Mai - und das ist ja ein kurzer Zeitraum - bereits 2,3 Mio. € bewilligte Investitionszuschüsse zur Auszahlung gekommen.

Zu Frage 3: Fördermittel aus der Förderinitiative „Ländliche Entwicklung Thüringen“ können grundsätzlich bis 2015 ausgezahlt werden. Voraussetzung für die Auszahlung von Fördermitteln sind neben einer geltenden Förderrichtlinie die haushaltsseitige Ermächtigung, die Erteilung eines Bewilligungsbescheids sowie der Mittelabruf durch das Unternehmen.

Zu Frage 4: Der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, in denen im Zusammenhang mit dem Antrag auf Förderung nach dem AFP oder anderer Förderprogramme die Gefahr der Liquidation des Unternehmens entstanden wäre.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine Nachfragen? Dann kann ich als nächstes die des Abgeordneten Hartung, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksachenummer 5/1098 aufrufen.

Abgeordneter Dr. Hartung, DIE LINKE:

Freie Stellen an Thüringer Krankenhäusern

Nach Aussagen des Verbandes der Leitenden Krankenhausärzte und der Thüringer Landeskrankenhausgesellschaft können in den Thüringer Krankenhäusern ca. 250 Stellen nicht besetzt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Arbeitsstellen sind momentan an Thüringer Krankenhäusern ausgeschrieben?

2. In welchen Thüringer Regionen liegen für welche Fachrichtungen die Schwerpunkte der Stellenausschreibungen?
3. Inwieweit gibt es einen Schwerpunkt bezüglich der Trägerschaft der Kliniken und einen erkennbaren Zusammenhang zwischen Tarifsystem und freien Stellen?
4. Wie schlüsseln sich die freien Stellen nach Assistenzarzt-, Facharzt-, Oberarzt- und Chefarztstellen auf?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Dr. Schubert.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Gestatten Sie mir zunächst einige Sätze als Vorbemerkung. Dem Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit liegen keine Angaben zu Stellenausschreibungen der Thüringer Krankenhäuser vor. Es wurde daher die Landeskrankenhausesgesellschaft um Stellungnahme gebeten, die im März 2010 eine Abfrage bei allen Thüringer Krankenhäusern zu offenen Arztstellen gemacht hat. Die seitens der Krankenhäuser an die Thüringer Landeskrankenhausesgesellschaft gemeldeten Daten liegen der Beantwortung der Anfrage zugrunde.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass ich bereits in meiner Rede anlässlich der 20. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 26. Mai 2010 in der Aktuellen Stunde zum Thema „Werden in Thüringen die Ärzte knapp?“ bezüglich der Anzahl der unbesetzten Stellen Zahlen genannt habe, die ebenfalls von der Thüringer Landeskrankenhausesgesellschaft mitgeteilt wurden. Die unterscheiden sich etwas von denen, die ich jetzt nenne. Ich wollte nur erklären, wie das zusammenhängt: Mit der aktuell erfolgten Abfrage, die meiner Beantwortung der Anfrage zugrunde liegt, sind die Zahlen von damals überholt.

Zu Frage 1: Wie viele Arbeitsstellen momentan an den Thüringer Krankenhäusern ausgeschrieben sind, kann pauschal nicht beantwortet werden. Anhand der dem Fachbereich meines Hauses von der Landeskrankenhausesgesellschaft übermittelten Meldungen der Thüringer Krankenhäuser kann ich aber sagen, dass zum Zeitpunkt März 2010 insgesamt 273 Facharztstellen in Thüringer Krankenhäusern nicht besetzt waren. Ich

gehe davon aus, dass die entsprechenden Stellen von dem jeweiligen Krankenhaus ausgeschrieben worden sind.

Zu Frage 2: Ausweislich der gemeldeten Daten der Thüringer Krankenhäuser liegen die Schwerpunkte der offenen Facharztstellen in der Region Mittelthüringen. Die Fachrichtung mit den meisten offenen Stellen sind die Innere Medizin, die Intensivtherapie und die Chirurgie.

Zu Frage 3: Einen Schwerpunkt bezüglich der Trägerschaft der Kliniken und einen erkennbaren Zusammenhang zwischen Tarifsystem und freien Stellen gibt es nicht. Unbesetzte Stellen gibt es sowohl an Krankenhäusern in privater, freigemeinnütziger als auch öffentlicher Trägerschaft. Insoweit kann auch ein Zusammenhang zwischen Tarifsystem und freien Stellen nicht bestätigt werden.

Zu Frage 4: Eine Aufgliederung der vorgenannten Stellen in Assistenzarzt-, Facharzt-, Oberarzt- und Chefarztstellen ist nicht möglich, da die Abfrage der Thüringer Landeskrankenhausgesellschaft sich insgesamt nur auf unbesetzte Facharztstellen bezogen hat.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt dazu Nachfragen.

Abgeordneter Dr. Hartung, DIE LINKE:

Wenn sich die Landeskrankenhausgesellschaft nur auf die Facharztstellen bezogen hat, würde das bedeuten - verstehe ich das also richtig -, dass die Gesamtzahl der fehlenden Ärzte noch deutlich höher liegt?

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Es kommen noch die Ärzte in Weiterbildung dazu, das ist richtig. Das sind noch mal so ca. 150 Stellen, die dort unbesetzt sind.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine Fragen mehr dazu.

Ich rufe als nächstes die Anfrage der Frau Abgeordneten Renner, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksachennummer 5/1103 auf.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Ergebnisse der rechtsaufsichtlichen Würdigung von Aussagen des Arnstädter Bürgermeisters

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Metz (SPD) antwortete der Thüringer Innenminister am 24. März 2010, dass auch die kommunalen Wahlbeamten der Neutralitätspflicht und der Loyalitätspflicht gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterliegen. Hinsichtlich auf den durch den Arnstädter Bürgermeister in dieser Funktion unterzeichneten Brief an Herrn Thilo Sarrazin führte der Innenminister aus: „Es läge an der Auswertung des Briefes und natürlich der Frage, wie weit er in die Strukturen von ‚Pro Deutschland‘ eingebunden ist, ob sich daran disziplinarrechtliche Konsequenzen knüpfen lassen.“

Am darauffolgenden Sitzungstag teilte ebenfalls im Rahmen der Fragestunde der Innenminister mit, dass die Aufsichtsbehörde gebeten wurde, einen Sachstandsbericht zu erstellen und „die dem Bürgermeister zugeschriebenen Äußerungen zu ermitteln, auf sie einzugehen und sie rechtlich zu würdigen“. Der Innenminister fügte auf Nachfrage hinzu, dass er selbstverständlich geneigt sei, „die rechtlichen Anforderungen, auch die Mäßigungspflicht, die an kommunale Wahlbeamte durchaus zu stellen sind, durchzusetzen, und zwar ohne Nachsicht. ... und wenn sich das nicht einpegelt, werden wir alle möglichen Instrumente ergreifen. Das ist keine Frage.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchem Ergebnis wurde die rechtsaufsichtliche Würdigung von den dem Bürgermeister zugeschriebenen Äußerungen abgeschlossen und welche Konsequenzen ergolten im Einzelfall aus der Würdigung?

2. Welche Ergebnisse brachte die Auswertung des Briefes und die Beantwortung der Frage der Einbindung des Arnstädter Bürgermeisters in die Strukturen von „Pro Deutschland“ und welche disziplinarrechtlichen Maßnahmen schlossen sich daran mit welcher Begründung an bzw. mit welcher Begründung wurde auf die Einleitung disziplinarrechtlicher Maßnahmen verzichtet?

3. Welche Instrumente wurden zur Durchsetzung der rechtlichen Anforderungen an kommunale Wahlbeamte hinsichtlich des Mäßigungsgebots gegenüber dem Arnstädter

Bürgermeister mit welcher Begründung ergriffen bzw. aus welchen Gründen wurde diesbezüglich auf Instrumente zur Durchsetzung verzichtet?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es antwortet für die Landesregierung Innenminister Prof. Huber.

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten. Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Renner beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Der Bürgermeister wurde ausdrücklich auf seine beamtenrechtlichen Verpflichtungen hingewiesen und über das Mäßigungsgebot belehrt. In diesem Frühjahr ist die Rechtsaufsichtsbehörde nach der Würdigung des Briefes, den der Bürgermeister der Stadt Arnstadt mit unterzeichnet hat, zu dem Ergebnis gelangt, dass diese noch - ich betone noch - vom Recht des Bürgermeisters auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes gedeckt ist. Deshalb sind keine ausreichenden Anhaltspunkte vorhanden, die die Einleitung eines Disziplinarverfahrens rechtfertigen. Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister mittlerweile eingestellt.

Zu Frage 3: Wie im bereits im Märzplenum dargestellt, wurde die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde um Stellungnahme und Würdigung des Sachverhalts gebeten. Das Ergebnis der Würdigung habe ich gerade skizziert. Selbstverständlich missbillige ich, dass der Bürgermeister durch seine Äußerung Zweifel an seiner demokratischen Grundeinstellung hat aufkommen lassen. In einer Zeitung wird er so zitiert, dass er seine Äußerungen - ich zitiere wörtlich: „als komplett falsch“ bezeichnet. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt dazu Nachfragen. Frau Abgeordnete Berninger.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Innenminister, wie beurteilen Sie denn die Kritik an der Unterschrift, nämlich dergestalt, dass der Bürgermeister, indem er als Bürgermeister der Stadt Arnstadt unterschrieben hat, vorgibt, die Meinung der Stadt oder als Vertreter der Stadt dort zu unterschreiben - die Kritik ist, er hätte als Privatperson alles unterschreiben können, aber

einen solchen Brief nicht als Bürgermeister, insbesondere nicht mit solchen Mitunterzeichnern?

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Frau Abgeordnete Berninger, ich habe aus meiner Missbilligung keinen Hehl gemacht. Es gibt eine detaillierte Rechtsprechung darüber, ob kommunale Wahlbeamte auch im privaten Verkehr die Amtsbezeichnung führen dürfen, wenn deutlich ist, dass sie nicht für die Gebietskörperschaft sprechen. Nach meinem Eindruck ist die Grenzziehung relativ gewissenhaft austariert worden von dem in Rede stehenden Bürgermeister, so dass eine Sanktion gerade noch nicht möglich war.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Nachfrage. Herr Abgeordneter Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Herr Minister, das kommunalaufsichtliche Verfahren hat die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde, das Landratsamt Ilm-Kreis, durchgeführt. Inwiefern ist denn dabei berücksichtigt worden, dass der Bürgermeister der Stadt Arnstadt, Herr Köllmer, der Fraktion Freie Wähler im Kreistag angehört, die wiederum mit der CDU den Landrat stützt, sozusagen die Landratsfraktionen stellen? Sehen Sie da nicht einen Interessenskonflikt, dass derjenige, der auf die Stimme im Kreistag angewiesen ist, dann prüfen soll, ob möglicherweise beamtenrechtliche Verstöße vorliegen? Wäre es nicht besser gewesen, eine andere Rechtsaufsichtsbehörde mit der Prüfung der Vorwürfe gegen den Bürgermeister Arnstadt zu beauftragen und nicht gerade den Landrat, der im Kreistag auf die Stimme des Bürgermeisters von Arnstadt mit angewiesen ist?

Prof. Dr. Huber, Innenminister:

Herr Abgeordneter Kuschel, im Disziplinarrecht gilt zwar nicht wie im Strafrecht die strikte Garantie des gesetzlichen Richters, aber doch ein strenger Förmlichkeitsgrundsatz. Der macht es eigentlich unmöglich, auf Zuruf eine andere zuständige Behörde für zuständig zu erklären. Wenn es Befangenheitsbeteiligungshindernisse gegeben hätte, wie sie im Verwaltungsverfahrensgesetz niedergelegt sind, hätte ein anderer Angehöriger des Landratsamtes diese Prüfung durchführen müssen. Das sehe ich bei der zuständigen Kommunalaufsicht nicht.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen und rufe nun die Anfrage der Frau Abgeordneten Wolf, Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 5/1104 auf.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Untersuchungen zu den Umweltauswirkungen der Abraumhalde Wintershall

Dem Landratsamt des Wartburgkreises liegt eine Stellungnahme des Regierungspräsidiums (RP) Kassel bezüglich der Emissionen im Umkreis der Abraumhalde am Standort Wintershall vor. Demnach würden bisher noch keine verwertbaren Daten vorliegen. Die Betreiberfirma K + S Kali GmbH sei im Zusammenhang mit dem Genehmigungsbescheid für die Aufhaltung vom 5. Juni 1995 zur Untersuchung der Auswirkungen aufgefordert worden. Diese hätten zwar stattgefunden, seien allerdings nicht konform zu den Bestimmungen der TA Luft durchgeführt worden. Somit sei die Kali GmbH aufgefordert worden, die Messverfahren entsprechend umzustellen. Nunmehr läge ein Messplan für den Zeitraum von Januar bis Dezember 2010 dem RP Kassel vor.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die von der oben genannten Halde ausgehenden Risiken bzw. Gefahren ein, die beispielsweise durch Verwehungen kontaminierter Stäube verursacht werden können?
2. Sind nach Auffassung der Landesregierung das Messverfahren, die Messstandorte und Analyseverfahren zu ändern, wenn ja, warum und in welcher Weise und wenn nein, warum nicht?
3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den nicht TA Luftkonformen und damit z.T. falschen Messergebnissen im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für die Errichtung der Ersatzbrennstoffanlage in Heringen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Richwien.

Richwien, Staatssekretär:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Wolf beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt: Einleitend, Frau Wolf, ist darauf hinzuweisen, dass sich sowohl die Abraumhalde am Standort Wintershall als auch die Müllverbrennungsanlage Heringen in Hessen befindet und demzufolge die Zuständigkeit für die Genehmigung und die Überwachung bei den hessischen Behörden entsprechend den dortigen Regelungen liegt. Thüringer Behörden sind in Bezug auf Anlagen in Hessen generell nicht zuständig.

Zu Frage 1: Aufgrund fehlender Zuständigkeit liegt uns hierzu keinerlei verlässliche Erkenntnis vor. Im Übrigen verweise ich dann auf meine Antwort zu Frage 3.

Zu Frage 2: Ich möchte auf die Antwort zu Frage 1 Bezug nehmen.

Zu Frage 3: Nach Kenntnis der Landesregierung ist die vom Regierungspräsidium Kassel erteilte emissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 26.03.2007 zur Errichtung und zum Betrieb des Müllheizkraftwerkes in Heringen bestandskräftig geworden. Nachdem der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel die dagegen gerichteten Klagen im Mai 2009 abgewiesen hat. Die Richter des 6. Senats konnten keine Rechtsverstöße erkennen. Insoweit kann jede weitere Kommentierung erst einmal entfallen.

Die Thüringer Landesregierung hat sich aber der Sorge über mögliche Auswirkungen der Anlage auf die Werraregion angenommen und entsprechende Untersuchungen seit April 2007 durch die Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie veranlasst. Die bis heute andauernden Messungen zeigen keine signifikanten Auffälligkeiten. Die Messergebnisse zum Staubniederschlag und den darin enthaltenen Schwermetallen unterschreiten deutlich die auf einen Mittelungszeitraum von einem Jahr bezogenen Emissionswerte der bundeseinheitlichen ersten allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesemissionsschutzgesetz. Im Mai 2008 hat das damalige TMLNU dem Thüringer Landtag über die ermittelten Emissionswerte der Staubniederschlagsmessung berichtet.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt offensichtlich dazu Nachfragen, Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete Wolf, DIE LINKE:

Zu Beginn möchte ich mein Unverständnis zur Antwort insoweit äußern, weil auch Ihnen bekannt sein müsste, dass die Abraumhalde in Wintershall direkt bis an die thüringische Grenze geht, also sich gerade die Frage der Staubentwicklung auch aus der

Hauptwindrichtung von Westen her kommend natürlich ganz extrem auf Thüringen auswirkt. Von daher möchte ich ausdrücklich sagen, dass die Antwort, es geht uns alles nichts an, weil es liegt in Hessen, ausgesprochen unbefriedigt ist.

Die Nachfrage: Wie schätzen Sie ein, ob die Messergebnisse, die auch auf Thüringer Seite erhoben wurden, mit der TA-Luft konform sind? Können Sie mir da noch mal dazu eine Erläuterung geben? Sehen Sie da wirklich kein Problem damit, dass die Messergebnisse der letzten Jahre, die gerade deshalb gemacht wurden, um die Auswirkungen auf die Thüringer Bevölkerung zu untersuchen, dass das für Sie nicht wirklich problemrelevant ist.

Richwien, Staatssekretär:

Direkt oder nicht direkt - es bleibt hessisches Gebiet. Daran ist nichts zu ändern.

Die zweite Ausführung von meiner Seite her, ich habe klar und deutlich gesagt, in welchem Raster diese Werte liegen. Ich kann die erst einmal nur zur Kenntnis nehmen und würde nicht behaupten wollen, dass es uns nichts angeht, ansonsten hätten wir nicht im April 2007 rechtzeitig dort eine Messstation aufgestellt, um im Prinzip zu schauen, welche Ergebnisse hier vorliegen. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie ja auch selber vor Ort Mitte des vergangenen Jahres sich persönlich davon überzeugen können, in welchem Maßstab dort die Werte liegen, wo die Messgefäße gezogen wurden. Das ist Ihnen ja auch damals zur Kenntnis gegeben worden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Nachfrage.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, der Landrat des Wartburgkreises bezog sich ja mit seiner Äußerung, dass Messungen nicht nach TA Luft erfolgen würden, Aufmessungen, die in Thüringen stattfinden. Nun gehe ich eigentlich davon aus, wenn Thüringer Fachbehörden entsprechende Messungen durchführen lassen, dass die dann auch nach den entsprechenden Vorschriften erfolgen, und möchte dazu Ihre Einschätzung haben: Ist das hier der Fall, irrt also der Landrat des Wartburgkreises oder ist das nicht der Fall?

Richwien, Staatssekretär:

Ich gehe dem Vorwurf vom Landrat gern noch mal nach, um zu kontrollieren, ob hier die TA Luft eingehalten wird, und würde Ihnen das dann schriftlich zur Kenntnis geben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als letzte Frage in dieser Fragestunde auf die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Leukefeld, Fraktion DIE LINKE, in Drucksache 5/1105.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin.

Umsetzung Landesarbeitsmarktprogramm Thüringen 2010

Die Bewerbungsfrist für das Interessenbekundungsverfahren zur Förderung von regionalen Integrationsprojekten für Zielgruppen des Arbeitsmarkts im Rahmen der Richtlinie zum Landesarbeitsmarktprogramm, Programmteil A "Arbeit für Thüringen" lief per 28. Mai 2010 aus. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten sich Interessenten, die Anträge für Projekte zur Umsetzung der Richtlinie Landesarbeitsmarktprogramm stellen, auf der Webseite der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung registrieren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele diesbezügliche Interessenbekundungen sind insgesamt bei der GFAW zum Stichtag 28. Mai 2010 eingegangen bzw. wie viele Interessenten haben sich auf der Webseite registrieren lassen?
2. Wie viele und nach welchen Kriterien der unter Frage 1 genannten Interessenten wurden in die sogenannte nähere Auswahl übernommen?
3. Nach welchen Kriterien und durch wen erfolgt die endgültige Auswahl derjenigen, welche den Zuschlag und die Erlaubnis zur Antragstellung für die regionalen Integrationsprojekte erhalten?
4. Welche Träger/Verbände/Vereine haben letztendlich die Formulare für das Einreichen von Anträgen zur Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms, Programmteil A "Arbeit für Thüringen" erhalten?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Staschewski.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Leukefeld für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Zum Stichtag 28. Mai sind insgesamt 103 Interessensbekundungen von 56 Trägern eingegangen.

Zu Frage 2: Eine Interessensbekundung wurde doppelt eingereicht, keine weitere musste wegen formaler Fehler vom Verfahren ausgeschlossen werden, das heißt, 102 Konzepte wurden in das Bewertungs- und Auswahlverfahren übernommen.

Zu Frage 3: Entsprechend der Ziffer 4.2 der Richtlinie zum Landesarbeitsmarktprogramm stellt bezogen auf die Interessensbekundungen ein unabhängiges Gremium nach fachlichen Kriterien den Projektnutzen fest und gibt der Bewilligungsbehörde eine entsprechende Empfehlung zur Auswahl. Die Kriterien sind folgende:

- a) Fachkunde, Leistungsfähigkeit und regionale Einbindung des Trägers,
- b) Beitrag zur Zielerreichung, Bedarfsorientierung, quantifizierbare Erfolgsindikatoren, regionaler Bezug und Wirksamkeit,
- c) Umsetzungsplanung, methodische Kongruenz und Qualitätssicherung und
- d) Transferaktivitäten, Berücksichtigung der Ziele, Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Bewältigung des demographischen Wandels.

Zu Frage 4: Weil die Auswahl der eingereichten Interessensbekundungen zurzeit noch nicht ganz abgeschlossen ist, haben die Träger derzeit noch keine Formulare für das Einreichen von Anträgen zur Umsetzung des Programms erhalten.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt dazu eine Nachfrage.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke. Herr Staatssekretär, können Sie vielleicht sagen, bis wann jetzt diese Unterlagen den ausgewählten Trägern zur Verfügung gestellt werden. Zweitens: Wann ist mit dem Start der Projekte zu rechnen?

Staschewski, Staatssekretär:

Wir wollen das in den nächsten Tagen machen, weil wir auch wollen, dass die ersten Projekte zum 1. Juli schon beginnen können. Da sind wir dran. Es werden wahrscheinlich nicht alle Projekte zum 1. Juli beginnen können, aber die ersten auf jeden Fall. Das ist unser Ziel.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen, ich schließe damit die Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**

**Wahl der vom Thüringer Landtag
zu wählenden Mitglieder der
14. Bundesversammlung**

Wahlvorschlag der Fraktionen
der CDU, DIE LINKE, der SPD,
der FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/1118 - Neufassung -

Ich gebe dazu den Hinweis, dass gemäß der Bekanntmachung der Bundesregierung über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der 14. Bundesversammlung durch den Thüringer Landtag 18 Mitglieder zu wählen sind. Davon entfallen auf die Fraktion der CDU 6 Sitze, auf die Fraktion DIE LINKE 6 Sitze, auf die Fraktion der SPD 4 Sitze, auf die Fraktion der FDP 1 Sitz und auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1 Sitz.

Die Fraktionen haben sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag geeinigt. Dieser Wahlvorschlag liegt Ihnen in Drucksache 5/1118 - Neufassung - vor.

Aussprache wird offensichtlich nicht gewünscht. Ich frage, ob wir bei dieser Wahl durch Handzeichen abstimmen können oder ob dem widersprochen wird. Es wird nicht widersprochen.

Demzufolge rufe ich zur Abstimmung den gemeinsamen Wahlvorschlag in Drucksache 5/1118 auf. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Ich frage nach den Gegenstimmen. Es gibt keine Gegenstimmen. Ich frage nach den Stimmenthaltungen. Es gibt keine Stimmenthaltung. Bevor Sie weglaufen, bitte ich Sie, jetzt erst einmal sitzenzubleiben. Damit stelle ich zunächst fest, dass dieser gemeinsame Wahlvorschlag einstimmig angenommen worden ist.

(Beifall im Hause)

Ich habe noch etwas ganz dringend bekannt zu geben, und zwar möchte ich darum bitten, dass die hier anwesenden Mitglieder oder Ersatzmitglieder der 14. Bundesversammlung sich erst einmal nach Abschluss dieser Plenarsitzung im Plenarsaal weiterhin aufhalten, damit sie von den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung das Schreiben ausgehändigt bekommen, mit dem Sie bitte nach Zugang dieses Schreibens schriftlich erklären, dass Sie die Wahl annehmen. Der Präsident des Deutschen Bundestages hat darum gebeten, ihm das Ergebnis der Wahl bis zum 18. Juni 2010 mitzuteilen, damit die Einladung zur Bundesversammlung rechtzeitig verschickt werden kann. Ich bitte dringend darum, dass diejenigen, die jetzt hier gewählt worden sind, gleich dableiben, um diesen formellen Akt auch noch zu erledigen. Dann geht es auch noch darum, die hier nicht Anwesenden in diese Vorgänge möglichst schnell einzubinden.

In diesem Sinne kann ich die heutige Plenarsitzung schließen. Wir sehen uns morgen um 9.00 Uhr wieder. Ich wünsche natürlich auch beim Gartenfest des Thüringer Landkreistages einen schönen Abend.

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr